The Wayback Machine - https://web.archive.org/web/20241205102118/https://www.mao-projekt.de/BRD…
Zur Hauptübersicht der Datenbank MAO Zur nächsten Zwischenübersicht

März 1968

Materialien zur Analyse von Opposition

Von Jürgen Schröder, Berlin, 1.3.2018

Die Datenbank MAO ist ein vollständig selbstfinanziertes Projekt. Unterstützen Sie uns durch

Spenden

Der März 1968 wird hier im Spiegel der oppositionellen und studentischen Gruppierungen sowie ihrer Publikationen dargestellt, wobei die benutzten Quellen keineswegs erschöpfend sind und der Ergänzung bedürfen.

Der März 1968 war vor allem gekennzeichnet durch die Proteste gegen den Vietnam-Krieg der USA bzw. deren Folgen in Gestalt von Ausschlüssen aus der SPD Berlin, aber auch durch eine zunehmende Pogromstimmung gegen die APO bzw. gegen die 'Studenten' und Wahlerfolge der NPD.

Die Gruppen der APO organisieren die Solidarität mit den polnischen Studenten, führen aber auch die Aktionen zu Griechenland weiter.

Die Schüler bilden neue Gruppen und agitieren mit Flugblättern und Zeitungen, wobei sich in Berlin eine relativ enge Verknüpfung mit den Berufschülern ergibt, während an den Hochschulen aufgrund der Semesterferien nur wenig Aktivitäten entfaltet werden trotz der etwa in Baden-Württemberg und Berlin anstehenden Novellierung der Hochschulgesetze.

Auszug aus der Datenbank "Materialien zur Analyse von Opposition" (MAO)

März 1968:
Die 'Peking Rundschau' der VR China (PR - vgl. 14.9.1971) berichtet über die "Hauptfinanzkrisen der kapitalistischen Welt seit 1967" (vgl. 17.11.1967, Nov. 1968):"
Die zweite Krise: Da das Gerücht umlief, daß die Vereinigten Staaten (USA, d.Vf.) den Goldverkauf einstellen und den US-Dollar abwerten würden, brach im März 1968 wieder ein Sturm des Ankaufs von Gold und des Verkaufs von US-Dollars und Pfund Sterling (aus Großbritannien, d.Vf.) in der kapitalistischen Welt los, wodurch der tägliche Gesamtbetrag der Goldtransaktionen an größeren westlichen Devisenbörsen um Hunderte von Tonnen - um ein Mehrfaches oder Zehnfaches über den Durchschnitt - gesteigert wurde. Innerhalb von mehr als einem halben Monat flossen 1, 4 Milliarden US-Dollar aus der US-Goldreserve ab, so daß die USA sich gezwungen sahen, ein zweischichtiges Goldpreis-System einzuführen."
Quelle: Peking Rundschau Nr. 37, Peking 14.9.1971, S. 16

März 1968:
Das Sozialistischen Palästinakomitee (SPK) Heidelberg (vgl. Juli 1971) berichtet aus dem Südjemen (vgl. Dez. 1967, 30.11.1970), über den FNL-Kongreß von Zinjibar, auf dem sich die linke Fraktion habe durchsetzen können.
Q: Al-Djabha Die Front Nr. 12, Heidelberg 1971

März 1968:
Die 'Rote Fahne' Nr. 94 (vgl. 15.2.1968, Apr. 1968) der MLPÖ erscheint Anfang März mit den Artikeln:
- "Erfahrungen und Lehren aus der Schließung der 'Austria-Email'";
- "Der arme Johann von St. Nikola";
- "Konsequenzen ziehen. Erklärung des Tiroler Kommunisten, Genossen Franz Wagner";
- "Der Riss in der KPÖ lässt sich nicht mehr flicken";
- "Monarchist muss man sein und Beziehungen haben";
- "Vor 15 Jahren, am 5. März 1953 um 21,50 Uhr, starb Genosse Stalin";
- "Aus dem Aufruf des ZKL der KPÖ - Erfüllt das Vermächtnis Stalins";
- "Was fallen soll, muss gestoßen werden. Stalin über die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution";
- "Neue Triumphe der Wissenschaft und Technik im sozialistischen China";
- "Organisationsnachrichten";

- "Vom Klassenstandpunkt aus …";
- "Unsere Leser haben das Wort";
- "Zum ersten Geburtstag der MLPÖ";
- "Stimmen zu den jüngsten Siegen des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus"; sowie
- "Internationale Rundschau".

Über antiamerikanische Aktionen in Westdeutschland wird berichtet aus Mannheim, Frankfurt/M., Hamburg, München und West-Berlin. In den "Organisationsnachrichten" wird der Veranstaltungskalender für März 1968 veröffentlicht.
Q: Rote Fahne Nr. 94, Wien Anfang März 1968

März 1968:
Laut Schlomann/Friedlingstein entsteht in San Marino unter führendem Einfluß Giuseppes Fabbris das Movimento Marxista-Leninista di San Mariono mit dem Zentralorgan 'Notiziario Populare'.
Q: Schlomann, F.W. / Friedlingstein, P. : Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 161

März 1968:
Die Aktion Lateinamerika (ALA) Freiburg (vgl. 2.7.1973) berichtet aus Guatemala über Aktionen der Regierung gegen die rechte Terrorgruppe MANO (vgl. Feb. 1967):"
die Vierte im März 1968, als aufgrund der Entführung durch die MANO der ehemalige Erzbischof Mario Casariego der Regierung betonte, dies sei ein Teil einer Verschwörung, um sie abzusetzen. Bei dieser Gelegenheit verfolgte man diejenigen, welche als öffentliche Führer des Geheimbundes fungierten und zwei davon, Raul Lorenzana und Carlos Padilla, starben unter ungeklärten Umständen nach ihrer Inhaftnahme."

U.a. diese Entführung habe zur Bildung neuer politischer Zustände verholfen (vgl. Apr. 1968).
Q: Aktion Lateinamerika Nr. 1, Freiburg 1973, S. 15f

März 1968:
Die Nr. 7 der 'SDS-Korrespondenz' (vgl. Mai 1967) erscheint. Der Inhalt ist u. a.:
- Arnhelm Neusüss: Parlamentarische Aktion der außerparlamentarischen Opposition,
- Auszüge aus einem Brief von Fritz Lamm,
- Helmut Schauer: Unsystematische Anmerkungen zur Diskussion,
- Walmot Falkenberg/Hartmut Dabrowski: Langer Marsch - kurze Perspektive,
- Bernward Achterberg: Zwei Formen von Voluntarismus und die Suche nach einer marxistischen Alternative.
Q: SDS-Korrespondenz Nr. 7, Frankfurt März 1968

März 1968:
Die März-Ausgabe der Zeitung 'Roter Morgen' (vgl. Feb. 1968, Apr. 1968) erscheint. Berichtet wird u.a. von einem Streik bei Rheinstahl Union Brückenbau in Dortmund (vgl. 21.2.1968).
Im Leitartikel "Der Faschistenkongreß vom 21. Februar und die notwendige Konsequenz" wird ausgeführt:"
Die Hoffnung des Herrn Thadden auf 'Männer wie der Regierende Bürgermeister von Berlin' … wurden erfüllt. Zwar durfte er bei der Schmierenkomödie vom 21. Februar noch nicht selbst aufs Treppchen steigen … aber die anderen besorgten auch so sein Geschäft … Die überwiegende Mehrheit der Westberliner Bürger - auch der proamerikanisch eingestellten - mißbilligt entschieden die Vorbereitung krimineller Handlungen gegen Andersdenkende, lehnt die Pogromhetze der Springer-Presse ab, ist nicht bereit, sich vor den Karren neofaschistischer Gangster spannen zu lassen."

Weitere Artikel sind:
- "Ein noch schwereres Jahr für die US-Imperialisten angebrochen. Der endgültige Untergang der US-Imperialisten rückt immer näher";
- "Albanien, Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa"; sowie
- "Vom Treffen der rosa Krebse oder zur Konsultativkonferenz in Budapest".

Erstmalig erscheint auch ein Artikel von Helmut Günther: "Gleiwitz - Tonking
- Pueblo. US-Imperialismus - Weltfeind Nr. 1".
Angekündigt wird auch, daß der 'Rote Morgen' zu dem erschienenen "Entwurf eines Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands" Stellung nehmen wird:"
Unsere Aufgabe wird es sein, vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus den Entwurf unter die Lupe zu nehmen, um zu verhindern, daß sich die Genossen der KPD, vor allem aber die Jugend, fehlorientieren. Deshalb haben wir beschlossen, den nächsten Roten Morgen als Sonderausgabe in Form

einer Erwiderung auf den Entwurf erscheinen zu lassen." Tatsächlich aber erscheint diese Sonderausgabe erst im August 1968.
Q: Roter Morgen, Hamburg März 1968

März 1968:
Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei (IA) gibt die Nummer 60 des 'Informationsbriefes' (IB) heraus (vgl. Feb. 1968, April 1968). Er enthält die Artikel:
- Klaus P. Fuchs: Fragen an den "Roten Morgen"
- Ernst Huber: Schlagt Dutschke tot!

Zur Auseinandersetzung mit der maoistischen Gruppe "Roter Morgen" um den Ex-KPDler Ernst Aust siehe: Die Polemik zwischen dem "Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei" und der Gruppe "Roter Morgen".
Q: Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei: Informationsbrief, Nr. 60, Bergisch-Gladbach März 1968

Informationsbrief

Herausgeber: Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei

Postanschrift: Siegfried Markowski, 507 Bergisch Gladbach
Tel.: 59618 Bergisch Gladbach Dornröschenpfad 3
Postscheckkonto: 157 163, Postscheckamt Köln

Nr. 60 Einzelpreis DM -,50 incl. Porto März 1968

Fragen an den "R O T E N M O R G E N"

Daß innerhalb der KPD starke zentrifugale Kräfte wirksam sind, ist längst kein Geheimnis mehr. Und daß die weltweite Auseinandersetzung zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der KPdSU, oder, wie die propagandistisch-gängige Formel lautet, zwischen "Revisionisten" und "Marxisten-Leninisten" seinen Niederschlag in der deutschen KP finden würde, war klar und nur eine Frage der Zeit, bis Spaltungen der KPD offen zu Tage treten würden.

"Langjährige Studien des Marxismus-Leninismus, grundsätzliche Überlegungen und ein langes Abwägen der politischen Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit" - so der ehemalige Hamburger KP-Funktionär Hans Kolbe - bewogen einige ehemals prominente Hamburger Kommunisten, darunter auch den einstigen Herausgeber des Hamburger KP-Blattes "Blinkfüer", die Partei zu verlassen, dies auch auf die Gefahr hin, von "unbelehrbaren Ja-Sagern als Wirrkopf oder Agent beschimpft zu werden"(Kolbe). Diese ehemaligen Mitglieder der KPD rufen dazu auf, "in offener Diskussion die Plattform des Marxismus-Leninismus für die Bundesrepublik zu erarbeiten und sich in Unterordnung unter die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes auf dieser Plattform zu vereinigen und zu sammeln, zu einer neuen, wirklich marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse" (Kolbe in einem Rundschreiben v. Januar 1968).

Da diese ehemaligen einflußreichen KP-Funktionäre über die Organisation der verlassenen Partei Bescheid wissen, auch über Mitgliederlisten verfügen und die KP-Mitglieder in ihrem Sinne zu beeinflussen suchen, ist es verständlich, daß die KPD ob der Aktivität ihrer ehemaligen Genossen höchst beunruhigt ist. Wie Ernst Aust berichtete, hat man ihn telefonisch und in anonymen Briefen bedroht, ihn als "Chinesenschwein" beschimpft und die Reifen seines Autos durchstochen, angewandte Methoden also, die man nur als faschistisch klassifizieren kann.

Ernst Aust gibt seit einigen Monaten eine "Marxistisch-Leninistische Monatszeitschrift" heraus, die den Titel "ROTER MORGEN" trägt. Auf den "Roten Morgen" stützen wir uns, wenn wir uns in diesem Heft der "Informationsbriefe" mit den ausgetretenen KP-Funktionären bzw. den von ihnen vertretenen Theorien befassen.

Ernst Aust schrieb uns am 16. Januar 1968. Er habe nach dem

Studium der "IB" festgestellt, daß wir "in vielen wesentlichen Dingen und Hauptfragen einer Meinung sind.... Denn wie ihr, sind auch wir der Meinung, daß es in der Bundesrepublik zu einem Zusammenschluß, zu einer Partei auf marxistischer Grundlage kommen muß. Zusammenschlüsse auf reformistischer Basis, wie sie derzeit jetzt beispielsweise am 3. Februar in Offenbach oder in der Demokratischen Linken etc. stattfinden, lehnen wir ab."

Nun ist es eine gute und begrüßenswerte Sache, wenn sich Marxisten bereit finden, mit uns zusammenzuarbeiten und mit uns darin übereinstimmen, daß eine marxistische (leninistische) Partei in der BR geschaffen werden muß. Aber wir sind in anderen wesentlichen Fragen, und das haben wir dem Genossen Aust auch mitgeteilt, nicht seiner Meinung. Da diese Fragen eine breitere linke Öffentlichkeit interessieren, möchten wir die Diskussion auch in aller Öffentlichkeit führen. Wir sind überzeugt, daß sich der Gen. Aust und seine Freunde nicht scheuen werden, uns ebenso öffentlich zu antworten.

Im "Roten Morgen" v. Januar 1968 richtete Aust in einem Artikel unter der Überschrift "Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, vereinigt euch"! einen versteckten Vorwurf an den "I.A.". Aust schrieb:

> "Eine andere (Gruppe - die Red.) gibt seit Jahren ein Organ heraus, in dem zur notwendigen Einigkeit aufgerufen wurde, brachte es jedoch fertig, alle Genossen, die nicht ganz ihrer Meinung waren, vor den Kopf zu stoßen, anstatt den guten Willen zu respektieren und helfende Kritik zu üben".

Wir möchten den Genossen Aust fragen, wer denn die Genossen sind, die "nicht ganz" unserer Meinung waren, die wir "vor den Kopf" stießen?

Es ist richtig, daß wir seit unserem Zusammenschluß einen "Mehrfrontenkrieg" führen, weil wir ihn führen müssen. Das ist schon deshalb so, weil es in der BR keine einzige Partei oder Organisation gab oder gibt, die eine marxistische, unabhängige Politik betrieben hätte. Aus diesem Grunde schlossen wir uns im "Initiativausschuss" zusammen. Wir mußten und müssen uns mit den Methoden und der Politik der bürgerlichen Parteien, der SPD und KPD und all jenen Organisationen auseinandersetzen, die nicht am Zustandekommen einer wirklich unabhängigen, sozialistischen Partei in der BR interessiert waren. Wir mußten in legitimer Selbstverteidigung jene aus dem "I.A." hinauswerfen, die ihn kaputt machen wollten und wir mußten uns mit jenen Genossen in unseren eigenen Reihen auseinandersetzen, die uns dazu zwingen wollten, zu einem Zeitpunkt eine Partei zu gründen, als wir dazu finanziell und personell zu schwach waren.

Vergessen wir auch nicht, daß wir schon lange um eine organisatorische Neuorientierung der Linken in der Bundesrepublik kämpften und Opfer brachten, als der Gen. Aust und seine Freunde noch aktiv in der KPD eine verfehlte Politik unterstützten! Denn alle Vorwürfe, die die "Hamburger Marxisten-Leninisten" jetzt an die Adresse der KPD und der KPdSU richten, waren schon vor Jahren, von Nuancen abgesehen, genauso aktuell wie heute!

Das sollte in Erinnerung bleiben und ist auch nicht mit der lapidaren Feststellung aus der Welt zu schaffen, "einzelne Gruppen haben schon jahrelang gearbeitet, Opfer gebracht. Doch das taten andere auch" (Roter Morgen Jan. 1968). Gewiß,

das taten andere auch. Aber hier ist nur zu untersuchen, für wen und was diese Opfer gebracht wurden!

Wir möchten das an einem historischen Beispiel erläutern. Viele Genossen der KPD litten in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Hitlers unsägliches und brachten enorme Opfer an Leben und Gesundheit. Diese Opfer können, subjektiv gesehen, nicht genug gewürdigt werden und verdienen das Andenken kommender Generationen. Politisch waren sie nahezu wertlos. Aber, und das ist der entscheidende Punkt, diese Opfer in den Zuchthäusern und KZ's Hitlers waren doch nur dadurch notwendig, weil die Kommunisten vor 1933 nicht willens und in der Lage waren, Opfer für eine richtige Politik zu bringen. Als die Weimarer Republik in ihren Grundfesten wankte, und einheitliches Handeln für die deutsche Arbeiterschaft lebensnotwendig gewesen wäre, hatte sich die Leitung der KPD verblendet dem Moskauer Diktat gefügt. Die Opfer jener Sozialisten, die vor Hitlers Machtantritt eindringlich die KPD warnten, ihre falsche Politik aufzugeben, und die ebenso in die KZ's geworfen wurden wie linientreue Kommunisten, sind höher zu bewerten!

Der Gen. Aust schrieb, "die Bildung solcher Parteien, die sich prinzipiell von den "kommunistischen" Parteien unterscheiden, die sklavisch dem Kurs der revisionistischen Führung der Sowjetunion folgen, geht z.Zt. überall in Westeuropa vor sich".

Wir möchten den Genossen Aust und seine Freunde fragen, ob sie denn früher, als sie mit der Politik der KPD und der KPdSU einverstanden waren, nicht auch sklavisch dem Kurs einer Partei folgten? Sind sie nunmehr dagegen, daß sklavisch dem Kurs einer Partei gefolgt wird, weil die KPdSU jetzt eine "revisionistische" Politik betreibt? Und wollen sie ersatzweise der Politik der Kommunistischen Partei Chinas sklavisch folgen?

Wir waren schon immer der Auffassung, daß die Marx'sche Theorie eine Anleitung zum Handeln ist. Dazu gehört die eigenständige Analyse gesellschaftlicher Gruppen, Parteien, Staaten und der internationalen Situation. Und schließlich, in anlytischer Wechselwirkung, die Fixierung und Betreibung politischer Ziele. Haben Aust und seine Genossen ebenso gehandelt? Sind sie deshalb von der KPD abgeschwenkt? Das hat erst die "Große Proletarische Kulturrevolution in der Volksrepublik China" (Aust) bewirkt. Sie hat "eine klare Perspektive" gegeben. Nun denn, wir sind gespannt, welche konkreten organisatorischen und politischen Konzeptionen für die westdeutsche Gesellschaft, besser die politische Arbeit in der westdeutschen Wirklichkeit aufgrund dieser "klaren Perspektiven" von den Hamburger Genossen entwickelt werden.

Es scheint so, daß auch der Genosse Aust und seine Genossen wie die älteren Kommunisten immer eine "Linie" brauchen, der sie folgen können. Durch das Studium des "Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)", diese unverschämte und systematische Geschichtsfälschung, den ehemaligen Katechismus der kommunistischen Weltbewegung, wurde eine Zerstörung ihrer politischen Vernunft bewirkt. Sie lasen und glaubten, daß von den Mitkämpfern Lenins alle - außer Stalin - im Verlaufe der Geschichte nach "links" oder "rechts" abwichen oder aber überhaupt nie auf dieser "Linie" standen. Sie lernten, daß nur Stalin stets auf ihr blieb, so daß sich der Schluß selbst zwingend ergab: Stalin verkörperte die Linie der Partei. Stalin war die Linie selbst. Sie sind kaum mehr imstande,

selbständig politische Theorien zu formulieren, sie können nur noch "marxistisch-leninistische" Formeln herunterleiern.

Aus dieser Mentalität heraus ist es zu verstehen, wenn Aust und Genossen bedingungslos die Politik der KPCH vertreten. Ihre Abhängigkeit ist eine selbstgewollte, nicht etwa eine von den Chinesen verlangte. Sie glauben, mit Hilfe marxistisch-leninistischer Kernsprüche a la China in der BR den Interessen einer "echten" und neuzubildenden kommunistischen Partei am besten dienen zu können. Aber es ist nicht entscheidend, was jemand subjektiv glaubt, sondern was er objektiv ausrichtet und bewirkt.

In diesem Zusammenhang also einige konkrete Fragen an den Genossen Aust und den "Roten Morgen":

1. Eine Bürokratie kann ebensowenig wie ein Staat einfach beseitigt werden. Es ist positiv zu bewerten, daß die chinesische Kulturrevolution eine nachrevolutionäre bürokratisch-monolithische Struktur auflockert oder umstürzt und Volkskräfte, die aus der Tiefe der Gesellschaft aufsteigen, für spontane politische Aktionen entbindet; aber ist es nicht so, daß der chinesische Kommunismus genau so wie der Stalinismus die Rückständigkeit der angestammten Umgebung widerspiegelt?

2. Muß man nicht sehen, daß die Herkunft und Erfahrung der chinesischen Kommunisten, die tiefe Verstricktheit in die Rückständigkeit ihres nationalen Milieus, ihr Stolz auf ihren Nationalstaat - Preis ihres so langen Kampfes - ihre mangelhafte Verwurzelung in der Arbeiterklasse und das Fehlen jeder marxistischen Tradition, sie für nationale Engstirnigkeit und heilige Selbstsucht empfänglich macht? Neigen nicht aus diesem Grunde die Chinesen dazu, die Interessen der ausländischen kommunistischen und revolutionären Bewegungen ihrer eigenen Staatsraison und Machtpolitik unterzuordnen? Ermunterte Mao aus diesem Grunde nicht die indonesische kommunistische Partei, Sukarnos Führung zu akzeptieren und zugunsten einer Koalition mit der nationalen Bourgeoisie auf jede selbständige revolutionäre Arbeit zu verzichten? Spielte Mao daher gegenüber den indonesischen Kommunisten nicht eine sehr ähnliche Rolle wie Stalin gegenüber dem chinesischen Kommunismus in den zwanziger Jahren und sind die Resultate nicht sogar noch katastrophaler gewesen?

3. Ist Chinas ökonomische und soziale Struktur, verglichen mit den hochentwickelten Industriestaaten, nicht primitiv und rückständig und schleppt der Maoismus in seinen Ritualen und seinen Kulten die tote Last jener Rückständigkeit nicht mit sich herum?

4. Haben infolgedessen die Lehren Maos, genial und schöpferisch für die Probleme der unterentwickelten Welt und deren sozialrevolutionäre Bewegungen, zu oft wenig oder gar keine Bedeutung für die Probleme höher entwickelter Gesellschaften?

Die letzte Frage hat Aust teilweise schon beantwortet, schrieb er doch:

> "Wie für alle Marxisten-Leninisten der Welt ist der Genosse Mao Tse tung auch für uns in Westdeutschland der große Führer des Weltproletariats, ist die KP Chinas heute die Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung".

Man ersetze in diesem Treuebekenntnis zum großen Führer die Namen

Mao Tse tung und KP Chinas durch Stalin und KPdSU und alles liest sich wie gehabt.

Und wenn die chinesischen Kommunisten und natürlich auch der Genosse Aust versuchen, den Kult um Stalin wiederzubeleben, dann schockieren sie lediglich die fortschrittlichen Elemente in der UdSSR und auch in der BR. Man muß Arnold Künzli zustimmen, wenn er in der "FRANKFURTER RUNDSCHAU" v. 15.2.68 S. 8 schreibt, "der Maoismus mag eine adäquate Strategie und Taktik für die Dritte Welt abgeben - angewandt auf unsere Verhältnisse produziert er nur politische Narren".

Aust schreibt von dem "hervorragenden Marxisten-Leninisten Stalin", der "sich in praktischer und theoretischer Hinsicht große Verdienste um die Befreiung der Arbeiterklasse erworben hat".

Was soll man zu solchen verwaschenen, im Grunde doch ungeheuerlichen Phrasen sagen? Wir fordern den Genossen Aust und seine Freunde auf, endlich einmal exakt zu beschreiben, wieso

a) Stalin ein "hervorragender Marxist-Leninist" war und

b) durch was er sich in "praktischer und theoretischer Hinsicht große Verdienste um die Befreiung der Arbeiterklasse erworben hat"!

Aust komme uns nicht mit der Erklärung, Stalin habe gegen alle "Parteifeinde" den Sozialismus aufgebaut. Die Bolschewisten mußten sich Mitte der zwanziger Jahre damit abfinden, daß Rußland es allein durchstehen mußte und Stalin und Bucharin traten mit der Theorie vom "Sozialismus in einem Land" hervor. Es fiel weder Trotzki noch Sinowjew oder Kamenjew etwas dagegen ein. Die spezifische Deutung der neuen Lehre lag darin, daß sie aus der Not eine Tugend machte und verkündete, daß Rußland aus eigenen Kräften einen voll entwickelten Sozialismus, d.h. eine klassenlose Gesellschaft aufbauen könne. Das war im besten Fall ein Hirngespinst. Es war aber auch eine Lehre der Erpressung, denn im Namen des "Sozialismus in einem Lande" wurde von den Menschen nun verlangt, daß sie auf alle bürgerlichen Freiheiten verzichten und unaufhörliche schwere Opfer und Entbehrungen auf sich nahmen.

Weitere Fragen an den Genossen Aust also. Ist es nicht so, daß Stalin, indem er

1. den "Sozialismus in einem Land" proklamierte, dem bürgerlichen Westen andeutete, daß er am Sozialismus in anderen Ländern kein lebensrichtiges Interesse hatte?

2. Will der Genosse Aust bestreiten, daß während der großen Auseinandersetzung zwischen Stalin und Trotzki (den Aust einfach als Renegaten beschimpft, als wäre Trotzki aus der KPdSU ausgetreten und aus Rußland geflohen) die meisten Staatsmänner und Meinungsmacher im Westen der Ansicht waren, daß der Westen noch am besten mit Stalin bedient sei, denn er garantiere Mäßigung und friedliche Koexistenz?

3. Gibt der Genosse Aust zu, daß Stalin die Komintern und die kommunistischen Parteien des Auslands in reine Hilfsinstrumente seiner Diplomatie verwandel-

te, daß er aus den "Avantgarden der Weltrevolution", den ausländischen kommunistischen Parteien, pazifistische Grenzwachen der Sowjetunion machte?

4. Meint der Genosse Aust nicht auch, daß das stalinistische Streben nach nationaler Sicherheit im Rahmen des internationalen Status quo nur einen Sinn hätte haben können, wenn der Status quo in sich stabil gewesen wäre, was nicht der Fall war?

5. Sind nicht einige der schlimmsten Niederlagen des Sozialismus dem stalinistischen Einfluß auf ausländische kommunistische Parteien zuzuschreiben?

6. Ist dem Genossen Aust nicht bekannt, daß Stalin der Parteileitung der deutschen KP befahl, sich an dem Volksentscheid der Nationalsozialisten gegen die preußische SPD-Regierung zu beteiligen? Daß Heinz Neumann von Stalin gerügt (und später liquidiert) wurde, weil die KPD in Thüringen gemeinsam mit der SPD ein Mißtrauensvotum gegen den nazistischen Innenminister Frick eingebracht hatte, das dessen Sturz herbeiführte?

7. Ist der Genosse Aust nicht der Ansicht, daß Stalins Linie des abwartenden Schweigens, der Vogelstraußpolitik und des Zurückweichens nicht ein Verrat von einem Ausmaß war, nicht geringer als der Verrat der Sozialdemokratie vom 4. August 1914?

8. Es gibt keinen objektiven Grund, warum sich Stalin so hatte verhalten müssen. Hätten Stalin und die KPdSU nicht keinerlei Interesse daran haben müssen, die Politik der Kapitulation vor dem Faschismus zu begünstigen und beharrlich auf ihr zu bestehen? Entstammten ihre Apathie und Gleichgültigkeit nicht angesichts des aufsteigenden Nazismus einzig und allein der isolationistischen Konstitution des Stalinismus, dem Wunsch, die Sowjetunion aus jedem größeren Konflikt herauszuhalten? Untersagte Stalin, auf Sicherheit bedacht, nicht jede kommunistische Aktion, die zu einer Konfrontation der deutschen Linken mit dem Nazismus und vielleicht zum Bürgerkrieg in Deutschland hätte führen können? Auf der Jagd nach der Sicherheit im Rahmen des internationalen Status quo, nach dem Sozialismus in einem Land, führte der Stalinismus die Niederlage des Sozialismus in vielen anderen Ländern herbei und setzte die Sowjetunion einer tödlichen Gefahr aus.

9. Wurde nicht jeder, der lange vor 1933 behauptete, eine Naziherrschaft bedeute den Weltkrieg und Überfall auf die Sowjetunion in Moskau als Panikmacher, Kriegshetzer und Feind des deutschen Proletariats und der Sowjetunion verdammt? Wer, Genosse Aust, war denn objektiv ein Feind des deutschen Proletariats und der Sowjetunion, wenn nicht Stalin? Daß Stalin subjektiv das Beste wollte, ist historisch uninteressant.

10. Ist der Genosse Aust nicht der Meinung, daß die von Stalin zum größten Teil mitverschuldete Kapi-

tulation von 1933 nicht die vernichtendste Niederlage gewesen ist, die der Marxismus je erlitten hat? Eine Niederlage, die durch spätere stalinistische Maßnahmen noch vertieft wurde, eine Niederlage, von der sich die deutsche und internationale Arbeiterbewegung noch nicht erholt hat?

11. Zeigen diese Beispiele der stalinistischen Sicherheitsmanie nicht, daß sie zu einer katastrophalen Unsicherheit führte - ähnlich wie heute die sowjetische Vietnampolitik? War es nicht die Stalinsche Politik, die bewirkte, daß nicht so sehr die Stärke des westlichen Kapitalismus als der nationale Egoismus der Politik Stalins den Kräften des Sozialismus im Westen Niederlage um Niederlage beibrachte und jede dieser Niederlagen auch für die Sowjetunion einen Rückschlag bedeutete?

12. Blieb der Stalinismus nach dem 2. Weltkrieg nicht seiner nationalen Engstirnigkeit treu? Wurde in Westeuropa nicht die angeschlagene und diskreditierte bürgerliche Herrschaft im Einklang mit den Verträgen von Jalta und Teheran wiederhergestellt? Unterstützten die Kommunisten in diesen Ländern nicht die Restauration und nahmen an den Nachkriegsregierungen de Gaulles und de Gasperis teil, entwaffneten mit ihnen zusammen die Widerstandbewegung und zügelten den ungeduldigen Radikalismus der arbeitenden Klassen? Ist es nicht so, daß der Stalinismus daher den Klassenkampf in eine Sackgasse führte, was der Diplomatie ermöglichen sollte, die "friedliche Koexistenz der einander entgegengesetzten Gesellschaftssysteme" zu gewährleisten?

13. Schreckte das Beispiel der Sowjetunion die Arbeiterbewegung des Westens nicht davon ab, ihre sozialistischen Ziele zu verfolgen? Glaubt Aust denn nicht, daß gewissenhafte Sowjetführer, wie Lenin das getan hat, die Lage hätten gewissenhaft erklären müssen, daß sie hätten klarmachen müssen, daß selbst die großen Errungenschaften der Sowjetunion nur Vorbereitungen für den Sozialismus waren und sein konnten, nicht die Verwirklichung des Sozialismus selbst? Der Mythos vom Sozialismus in einem Land hat einen noch trügerischeren Mythos erzeugt - einen kolossalen Mythos -, den vom Fiasko des Sozialismus.

14. Billigt der Genosse Aust, daß auf Geheiß Stalins tausende und aber tausende verdienter Kommunisten aller Nationalitäten, daß die engeren Freunde Thälmanns wie Schubert, Schulte, Kippenberger und Kreutzburg und auch Heinz Neumann, Remmele usw. liquidiert wurden? Daß die Sowjetregierung am 7. April 1935 eines der barbarischsten Gesetze verabschiedet hatte, das die Justiz des 20. Jahrhunderts kennt, demzufolge schon 12 jährige Kinder mit den gleichen Strafen wie Erwachsene, einschließlich der Todesstrafe belegt werden konnten?

Man könnte diese Beispiele beliebig verlängern. Was zurück bleibt, ist Grauen. Sicher war Stalin der Überzeugung, daß seine Untaten und seine verheerende Politik "objektiv" dem Sozialismus und der internationalen Arbeiterklasse dienen

sollte. Aber was nützt das?

Das sind konkrete Fragen, Genosse Aust! Wir erwarten konkrete Antworten, was von dem "großen Marxisten-Leninisten Stalin" übrigbleibt und was seine "Verdienste um die internationale Arbeiterbewegung" waren!

Aust und seine Genossen werfen der Sowjetunion "Revisionismus" vor. Sie entdecken auf einmal den "ungerechtfertigten Unterschied zwischen Funktionären und arbeitenden Menschen in der Bezahlung" (Hans Kolbe). Ist ihnen während ihrer KP-Zeit verborgen geblieben, daß sich Stalins Arbeitspolitik auf äußerst unterschiedliche Lohn- und Gehaltsstufen konzentrierte und die Arbeiteraristokratie hoch über die Masse der unterbezahlten, halb- und ungelernten Arbeiter stellte? In einem gewissen Maß war das durch die Notwendigkeit, dem Fleiß und der Leistung einen Anreiz zu bieten, gerechtfertigt; aber die Lohnunterschiede gingen weit darüber hinaus. Während der Stalinära war eine wütende Hexenjagd gegen die Gleichmacher - oder die bürgerlichen Gleichheitsapostel, wie Stalin sie nannte - im Gang. War Aust und Genossen nicht bekannt, daß die oberen Schichten der Bürokratie, der Parteihierarchie, der Managergruppen und des Militärs schon lange zu Stalins Zeiten unter Bedingungen lebten, die jenen vergleichbar sind, deren sich die Reichen und Neureichen in den kapitalistischen Gesellschaften erfreuen? Daß ihre Einkünfte dem von den Arbeitern produzierten Mehrwert entstammen? Daß diese Schichten die Sowjetgesellschaft wirtschaftlich, politisch und kulturell beherrschten und beherrschen?

Wir warfen der Sowjetunion schon vor vielen Jahren Kapitulantentum vor und zeigten in sachlichen Analysen die Gefahren und den Inhalt der Theorie der "friedlichen Koexistenz" auf. Wir wiesen nach, daß die Nachfolger Stalins nur dessen Außenpolitik konsequent fortsetzten, die primär den nationalen Interessen der Sowjetunion untergeordnet war und ist. Daß die sogenannte Entstalinisierung in der SU eine gesellschaftliche Notwendigkeit war, die mit halbem Herzen durchgeführt wurde aus Gründen, die hier nicht erläutert werden können.

Aust und seine Genossen zetern wie die Chinesen, daß der Kapitalismus in der Sowjetunion wiederhergestellt werde, vermutlich meinen sie die gegenwärtige Dezentralisation der staatlichen Kontrolle über die Industrie. Der Beweis für diese Behauptung ist bisher mehr als dürftig gewesen. Sicher ist es möglich, daß die derzeitige Reaktion auf die stalinistische überzentralisierte Wirtschaftskontrolle neokapitalistischen Tendenzen unter Industriemanagern Vorschub leisten könnte. Höher ist es nicht zu veranschlagen.

Es ist für uns außerordentlich wichtig, zu erfahren, welche Vorstellungen die "Hamburger Marxisten-Leninisten" von der Organisation der Partei haben, die sie anstreben? Sind sie der Ansicht, daß

1. "Die Kommunisten keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien sind", daß sie keine "besonderen Prinzipien... aufstellen, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen" (Marx)?
2. Billigen sie die Ansicht des genialen Organisators Willi Münzenberg (1940 in Frankreich höchstwahrscheinlich von Agenten der GPU ermordet), die dieser anläßlich seines Austritts aus der KPD am 10. März 1939 in der "Zukunft"

veröffentlichte und in der es heißt:

"Die Arbeiterpartei muß sich zu den Grundprinzipien der klassischen Arbeiterbewegung bekennen, zu der Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit der innerparteilichen Demokratie und des Mitbestimmungsrechts aller Mitglieder. So wahr es ist, daß trotz aller Motorisierung und Technisierung der Kriegsmaschine der Krieg letzten Endes nur von Menschen entschieden wird, so wahr ist es, daß die proletarische Revolution nur von Menschen gewonnen werden kann und zwar von solchen Menschen, die von der Richtigkeit der durch eigene Erkenntnisse gewonnenen Ideen überzeugt sind und in freiwilliger revolutionärer Disziplin die größten Leiden und Opfer auf sich nehmen und durch ihr Beispiel in der Stunde der Entscheidung die Massen mitreißen und zum Siege führen. Mit reglementierten, kommandierten und schikanierten toten Seelen ist der revolutionäre Krieg nicht zu gewinnen"....

Sind die Hamburger Leninisten der Auffassung, daß sie die Leninsche Organisation der Partei auf die BR anwenden müssen? Lenin war bekanntlich, kurz skizziert der Meinung, daß in den Ländern an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems das Industrieproletariat keine hinlänglich starke soziale Gruppe war; konnte die Revolution nur dann Chancen haben, wenn es einer revolutionären Elite gelang, heterogene Gruppen, die sämtlich mit dem politischen und sozialen Status quo unzufrieden waren, auf dieses eine Ziel hinzulenken. Damit war gleichsam die "Notwendigkeit" des "Ersatzes" des Industrieproletariats durch eine "Partei neuen Typus" gegeben, welche es sich zur Aufgabe macht, aus Kleinbürgern, Bauern und Intellektuellen "Massen" für die Revolution zu rekrutieren, und die (zumindest der Funktion - bald aber auch ihrem Selbstverständnis nach) an die Stelle der revolutionären Klasse tritt. Gewiß war auch für Marx die Bildung einer eigenen revolutionären Partei entscheidend, aber während sich die Klasse mit Hilfe der Partei als selbstbewußtes historisches Subjekt konstituiert, konstituiert bei Lenin die Partei aus heterogenen Elementen ein Substitut für die fehlende revolutionäre Klasse.

Damit ist aber auch der nächste Aspekt wesentlich modifiziert: Das revolutionäre Klassenbewußtsein kann und muß nicht in einem großen Industrieproletariat lebendig sein, es genügt, wenn es in der politischen Elite, der "Partei neuen Typs", Gestalt gewonnen hat. Es löst sich aber damit das politische Klassenbewußtsein von seinem sozialen Substrat ab und wird zur auszeichnenden Eigenschaft einer Führungsansprüche erhebenden Minorität. Diese kann sich nicht mehr damit begnügen, das dem Industrieproletariat angemessene politische Bewußtsein zu wekken, den der objektiven Klassenlage angemessenen Bewußtseinszustand zu verkünden, sondern wird zur "Führerin und Erzieherin der Massen".

Wir bitten die Hamburger Genossen auch, uns zu sagen, welche politischen Ziele mit welchen taktischen und strategischen Einstellungen sie in der BR verfolgen wollen, wenn sie sich als Partei konstituiert haben? Sind sie der Auffassung, daß

1. die Unerträglichkeit des Systems nicht mehr absolut, sondern nur noch relativ ist, daß es also notwendig

geworden ist, die Dringlichkeit qualitativer Bedürfnisse für die Menschen zu enthüllen?

2. Man innerhalb des Kapitalismus antikapitalistische Lösungen durchsetzen kann, ohne daß sie sogleich von dem System aufgesaugt werden, weil es ja noch nicht abgeschafft ist?

3. Die Arbeiterbewegung die Wahl hat zwischen antikapitalistischen Reformen oder dem bewaffneten Aufstand?

4. Die westliche Arbeiterbewegung nicht darauf warten kann, daß ihr das positive Modell der zu errichtenden Gesellschaft von außen geliefert wird?

Wir wollen es für heute bewenden lassen, obwohl es noch einiges zu sagen und zu fragen gäbe. Wir erwarten von den Hamburger Genossen, daß sie uns auf unsere präzisen Fragen ebenso präzise Antworten geben werden.

Klaus P. Fuchs

- - - - - - - - - - - -

SCHLAGT DUTSCHKE TOT!

"Der Fisch stinkt zuerst am Kopf", lautet ein altes chinesisches Sprichwort. Der Kopf, das ist in Berlin der Senat und sein Parlamentspräsident Sickert, der gleichzeitig Berliner DGB-Vorsitzender ist, Bürgermeister Schütz und die CDU im Abgeordnetenhaus. Zu diesem Kopf gehört auch selbstredend der Großteil der Berliner Presse - und die gehört Springer.

Die vom Senat auf den 21.2.1968 in Berlin einberufene Großkundgebung und deren Verlauf sind erschreckend und lehrreich zugleich. "Die Welt weiß jetzt, wo wir stehen" sagte Schütz nach der Kundgebung - wie recht er hat!

In Berlin verbreitete sich der penetrante, widerliche Gestank des Faschismus. Dumm, verlogen, borniert und die im Grunde immer noch faschistisch infizierten Massen aufhetzend, röhrten die Schütz, Sickert und Amrehm ihre Phrasen in die Gegend. Schütz kann man nur eine geradezu abstoßende Feigheit bescheinigen. Er, der im vergangenen Spätherbst in der Kirchlichen Hochschule sich als zu feige und unfähig erwiesen hatte, mit Studenten über Vietnam zu diskutieren und seinen Standpunkt zu vertreten ("ich möchte heute dazu nichts sagen"), verteidigte vor den aufgehetzten Massen den Krieg der Amerikaner in Vietnam. Inmitten der Studenten fehlte ihm der Mumm dazu. Goebbels hatte wenigstens noch den Mut, in der Weimarer Republik KPD-Versammlungen aufzusuchen.

Die Kundgebung am Mittwoch, zu der Betriebe, Behörden und Schulen ihre Belegschaften in geschlossener Formation schickten, wie weiland im Dritten Reich zu Führerkundgebungen oder die SED es im Osten der Stadt praktizierte, war eine Art Sportpalast-Veranstaltung unter freiem Himmel. Wäre die anwesende Bevölkerung gefragt worden, "Wollt ihr den totalen Krieg gegen die radikale Minderheit unter den Studenten, wollt ihr ihn totaler und radikaler, als ihn sich diese Studenten überhaupt vorstellen können", die Massen hätten in ihrer Mehrheit ihr zustimmendes Ja gerufen.

Was sich in Berlin während und nach der Kundgebung abspielte, wahrt echte deutsche Tradition. Wer wie ein Student (auch Studentinnen wurden verprügelt) oder gar wie Dutschke aussah, schwebte in akuter Lebensgefahr. Selbst Leute, deren einziges "Vergehen" es war, den Reden von Schütz & Co, nicht Beifall zu spenden, wurden bedroht und beschimpft. Es war eine Massensuggestion zu beobachten, die, bis zur Tobsucht gesteigert jene Atmosphäre schuf,

die jederzeit den politischen Mord an Linken möglich macht.

Monströse Grotesken kann nur die Politik gebären. Da demonstrieren die Studenten am 2. Juni 1967 gegen den Schah, und die Polizei knallt einen Studenten ab. Was passiert? Mit einer Stur- und Frechheit, wie man sie nur von Faschisten kennt, werden die Studenten, die demonstrieren, von den Meinungsmachern pausenlos beschimpft (im Fernsehen gibt es noch einige Männer, die nicht hetzen, sondern informieren wollen) und bedroht. Die Studenten demonstrieren weiter gegen den Krieg in Vietnam. Ein paar Scheiben gehen zu Bruch, ein paar Tomaten und Eier werden geworfen, lächerliche Lapalien, es gibt keine Personen, die durch studentische Gewalt zu Schaden gekommen wären. Aber die Hetze steigert sich systematisch. Aus dem Wörterbuch der Unmenschen schöpft vor allem die Springer-Presse die unflätigsten Schimpfwörter. Es kann der Eindruck entstehen, als würde die vielgenannte radikale Minderheit die Bevölkerung mit Terror und Mord schier täglich überziehen.

Das scheinbar Sinnlose hat Methode. Jede sich formierende Opposition soll von vornherein verketzert werden, um zu verhindern, daß sie Einfluß auf die Bevölkerung gewinnt. Man wahrt dabei, wie gesagt, echte, deutsche Tradition. Schütz führte sinngemäß folgendes aus:

> Eine kleine radikale Minderheit bedroht die staatliche Ordnung. Ihr angeblich politischer Protest und der Protest gegen die Universitätsverfassung ist nur ein vorgeschobener Grund, in Wirklichkeit wühlen sie gegen die Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie predigt Revolution und Terror. Diese kleine radikale Minderheit gilt es mit allen (angeblich rechtsstaatlichen) Mitteln zu bekämpfen, wenn sie alles das, was wir, die Bevölkerung dieser Stadt in den letzten zwanzig Jahren aufgebaut haben, bedrohen.

So ungefähr hört sich das an, was der Schütz so von sich gibt. Vor fünfzig Jahren war man da wenigstens prägnanter und zackiger, damals klebten in Berlin Plakate an den Häuserwänden, auf denen es hieß:

> Arbeiter! Bürger!
>
> Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:
>
> VON DER SPARTAKUSGRUPPE.
>
> SCHLAGT IHRE FÜHRER TOT! TÖTET LIEBKNECHT!
>
> Dann werdet Ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!
>
> Die Frontsoldaten

Man hat sie totgeschlagen. Nicht nur Liebknecht, nicht nur Luxemburg, noch viele andere, von denen kaum jemand noch spricht. Und wieder ertönte in Berlin der Ruf "Schlagt sie tot", diesmal auf Studenten und solche gemünzt, die man für welche hielt.

Das Rezept der Frontsoldaten von 1918/19 hat sich bewährt. Wir schlagen daher dem Regierenden Bürgermeister von Berlin vor, sollten die Studenten, vor allem die "kleine radikale Minderheit", immer noch nicht zur Vernunft gekommen sein und immer noch demonstrieren wollen, Plakate drucken zu lassen und sie überall in Berlin anzukleben. Was Mao und die Roten Garden können, das können freiheitliche Berliner schon lange. Der Plakattext könnte etwa so lauten:

> Arbeiter und Bürger Berlins!
>
> Der rechte Staat und unser Wohlstand sind in Gefahr.

Rettet sie! Sie werden nicht bedroht von außen, sondern von innen:

VON EINER RADIKALEN STUDENTENMINDERHEIT!

SCHLAGT IHRE FÜHRER TOT! TÖTET DUTSCHKE!

Dann werdet ihr Frieden, Freiheit und Wohlstand erhalten!

Der Senat von West-Berlin

Die ganze freie Welt würde von dieser unmittelbaren Kommunikation zwischen Senat und Bevölkerung von West-Berlin und den Wandzeitungen des Senats begeistert sein. Franco-Spanien, Portugal, Formosa, Griechenland, Persien und Süd-Korea als prägnanteste Vertreter der freien Welt würden sicherlich Delegationen und Fachleute nach Berlin entsenden, um an Ort und Stelle unter dem Geläute der Freiheitsglocken die Methoden zur Bewahrung der Freiheit unmittelbar zu studieren.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Machen wir uns nichts vor. Die Brutalisierung und Primitivierung der Bevölkerung durch zwei Weltkriege und den Faschismus, artikuliert und gezüchtet von Springers Presse nach 1945 trat ein und erweist sich als entscheidender Hemmschuh jeder revolutionären Entwicklung. Sebastian Haffner schrieb richtig, mindestens neunzig Prozent der heute alternden Menschen waren vor dreißig Jahren überzeugte, mindestens die Hälfte fanatische Nazis. "Ich kann es bezeugen, denn ich habe es miterlebt. Nach 1945 wurden viele dieser Nazis plötzlich große Christen. Aber man braucht auch heute nur ein klein wenig an ihnen zu kratzen, und der alte Nazi kommt wieder zum Vorschein" (STERN Nr. 8 v. 25.2.1968).

Das nach wie vor faschistoide Verhalten eines großen Teils unserer Bevölkerung und West-Berlins ist ein psychologisches Problem, ein Problem, das in den theoretischen Diskussionen der Linken in der Bundesrepublik viel zu wenig berücksichtigt wird. Gewiss, die psychologischen Faktoren sind von sozial-ökonomischen Faktoren geformt, aber der Einfluß, den die faschistische Ideologie immer noch auf die Massen hat, muß auch unter psychologischen Gesichtspunkten verstanden und untersucht werden.

Einer Arbeiterschaft, der klar gemacht werden kann, daß die autoritäre Organisation der Industriearbeit, die gigantische Verschwendung von gesellschaftlichen Ressourcen im Rahmen der monopolistischen Konkurrenz, die privaten Investitionen nicht nur wegen der privaten Aneignung des Sozialprodukts skandalös sind, sondern wegen ihrer qualitativen und geographischen Orientierung, daß all dies als System der Verschwendung und Zerstörung dem Kapitalismus immanent ist und ihren ureigensten Interessen widerspricht, einer solchen Arbeiterschaft kann auch klar gemacht werden, daß der Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk ein Krieg gegen sie selber ist.

Die linken Studenten sollten begreifen, daß, wenn sie jetzt die Zerstörung und Zerschlagung des Staatsapparates postulieren, (Dutschke am 17.2.68 in Berlin) sie von der Arbeiterschaft nicht verstanden werden können, der das Bewußtsein über den Gang der Dinge und also auch erst recht revolutionäres Bewußtsein fehlt.

Ernst Huber

- - - - - - - - - - - - - - -

März 1968:
Der Internationale Bund Demokratischer Sozialisten - Deutschland (IBDS) gibt seinen 'Mahnruf' Nr. 62 (vgl. Dez. 1967, Juli 1968) als Ausgabe für März und erste Aprilausgabe heraus. Herausgeber ist Walther Pilz, Gersthofen, Mitbegründer ist Sepp Frey. Der Leitartikel "Umbruch" kündet von der Neubelebung der Linken durch den SDS. Der Artikel "Die böse Tat - Verbrechen an den Menschen!" berichtet vom US-

Bombenkrieg in Vietnam. Von Adalbert Hirmke erscheint der Beitrag "An verschiedene Freunde gerichtet", in dem er leugnet jemals den Stalinismus als richtig oder notwendig erachtet zu haben. Eine Seite wurde eventuell auch separat als Flugblatt verbreitet und berichtet unter der Überschrift "Kampf für Freiheit und Demokratie" über die Studentenproteste in Ost und West.

Dokumentiert werden Auszüge aus einem Gründungsaufruf des Sozialistischen Zentrums (SZ). Beigelegt sind Gedenkblätter an Sepp Frey, die seinen Brief vom 22.8.1945 aus dem KZ Dachau an seinen Bruder enthalten.
Q: Mahnruf Nr. 62, Gersthofen März/April 1968

Mitbegründer:

S e p p F r e y

Sozialistischer Freundeskreis 1955

Mahnruf

Herausgeber : W. P i l z

VIETNAM

Des Volkes Blut
verströmt in Bächen
und bitt're Tränen
rinnen drein
es kommt der Tag
dann wird's sich's
rächen -
das V o l k wird
der Richter sein !

Finkenstein

SOZIALISTISCH UND UNABHÄNGIG

INTERNATIONALER

BUND DEMOCRATISCHER SOZIALISTEN

Nr. 62 März - April 1 1968 / 8 J.

U M B R U C H

Die zunehmenden Krisenerscheinungen in allen kapitalistischen Ländern führ ten auch bei uns zur Neubelebung einer immer wieder totgesagten Linken. Die Situ ation in der BRD ist darum besonders interessant, weil nach dem natürlichen Ver fall der KPD keine der ständig zunehmenden linken Gruppen sich durchsetzen konnt (Der Durchbruch des SDS 1967 beschränkt sich bisher auf Studenten und Schüler. Ein e c h t e s N e u b e g i n n e n wäre damit möglich. Genau das ist es was der jungen Generation vorschwebt. Sie reden und schreiben von der Unfähigkei des Umdenkens bei der älteren Generation. Wenn man die Erklärungen und Programme der meisten Gruppen untersucht, dann ist dieser Vorwurf an die ' ewig Gestrigen durchaus verständlich. Gruppenegoismus und falscher Ehrgeiz behindern die notwen dige Diskussion und Klärung. Alles deutet daraufhin, dass der Konkurrenzkampf si in naher Zukunft noch verschärft.

Trotz dieser Behinderungen konzentriert sich die Diskussion auf die Kernfragen, die in keiner Weise neu, jedoch nach den enttäuschenden Erfahrungen und Ergebnis sen der Vergangenheit, sowie im Hinblick auf die neuen geänderten Verhältnisse, neu durchdacht und neu beantwortet werden müssen. Zu den alten immer wieder um - strittenen Fragen wie Reformweg oder Revolution, der Organisationsform, usw., ka men andere : p r ä z i s e Aussagen über das als Sozialismus bezeichnete Zie

Sind wir in einer Zeit des U m b r u c h s ? Kommt das Neue und Notwendige z Durchbruch, oder gewinnen jene mit grossen Geldquellen und erfahrenen ' Experte der ' Manipulation ' neuen Boden ? Wir sind ü b e r z e u g t , dass das dialektische Wesen der geschichtlichen Notwendigkeiten und die von daher kommend wissenschaftliche Erkenntniss stärker ist als alle noch so raffiniert ausgeklüge te Manipulation.

Wir werden uns durch Winkelzüge n i c h t ablenken lassen und mit unsern, we auch schwachen Mitteln, auf die Grund -und Kernfragen hinweisen und immer wieder daran erinnern -

S o z i a l i s t i s c h e D e m o k r a t i e bedeutet :
Selbst denken - selbst handeln - politisch mündig sein !

International.- Bund demokratischer Sozialisten

D I E B Ö S E T A T - Verbrechen an den Menschen

ANTONY CARTEW schreibt in der englischen Zeitung " S U N "

" In Südvietnam sind gegenwärtig die Hospitäler überfüllt mit Zivilisten die bei den amerikanischen Bombardements verletzt wurden. Was für Waffen haben die Verletzungen verursacht ? Vor allem Napalm ! Weisser Phosphor und der faule Hund. Ich war Zeuge der Anwendung von Napalm. Ich überflog in einem Hubschrauber das Schlachtfeld und sah die furchtbaren Verwüstungen des Feuers. Es verbrennt auf den überschwemmten Reisfeldern noch den Reis. Ich sah auch Napalm - Opfer. Nur einmal. Ich habe kein krankes Nervensystem aber ich zweifle daran, dass ich imstande bin, das noch einmal zu ertragen. Dieser Mann war von Napalm getroffen worden. Er brannte, von Kopf bis Fuss löste sich die Haut von seinem Körper. Obwohl der Leib regelrecht in eine Fackel verwandelt war, lebte das Opfer noch weiter ... . "

" Es scheint, dass die Amerikaner jetzt begonnen haben eine Politik der verbrannten Erde in Vietnam zu betreiben. Unfähig die Vietkong durch Erdkampf zu besiegen, versuchen sie sie nun mit Feuer auszulöschen. Ist das ein Mittel, Südvietnam den Frieden und die Sicherheit zu bringen ? Oder ist es ganz einfach die Gelegenheit - unter Anwendung neuester wissenschaftlicher Methoden - auszupropieren, wie man in einigen Wochen eine Wüste, eine verbrannte Erde - ohne Bewohner schaffen kann."

H.F.

Die Kriegsführung der amerikanischen Regierung in Vietnam ist unmenschlich, sie ist verbrecherisch ! Menschen vergasen, sie dann zu verbrennen, dass war Kriegsverbrechen ! Menschen am lebendigem Leibe verbrennen - was ist d

---

ADALBERT HIRMKE

An verschiedene F R E U N D E gerichtet :

Ich habe niemals den Stalinismus als richtig oder notwendig bezeichnet und schon gar nicht dafür gehalten. Die historische Entwicklung und die Geschichte der Sowjetunion zeigt uns aber, dass dieser Staat eine Union und niemals eine Förderation auch nur angestrebt wurde. Eine Union aber muss zentral geführt werden, soll sie nicht zerfallen. Ein Zerfall wieder schafft keinen Föderalismus sondern nur kleinere Absolutismen. Dies zu verhindern war Zweck der russischen Staatsführung, weil sonst der Staat zerfallen und die Reaktion wieder triumphieren könnte. Es war daher für das oberste Parteigremium eine Lebensnotwendigkeit a l l e Fäden politischen oder stattlichen Geschehens in Händen zu haben. Da ist es doch naheliegend dass alle Macht in einer Hand vereinigt wird. Stalin empfand diese Notwendigkeit und fühlte sich geeignet diese Konzentration zu verwirklichen, was sich in der Folge als richtig erwies. Stalin besass damals vor allen anderen Parteigenossen die nötige Rücksichtslosigkeit und durch Intellekt geschärfte Brutalität, mit der er sich durchzusetzen vermochte.

Sein System des Herrschens wurde erst nach seinem Tode als verwerflich bezeichnet und es war damals auch bereits überholt. Stalin hat abseits von aller Demokratie und Humanität eine straffe Führung der Partei und des Staates durchgesetzt. Bei aller Unmenschlichkeit seiner Methoden, diente er dennoch dem Staate den er zusammengehalten hat. Es dürfen die vielen Hindernisse nicht ausseracht gelassen werden, die sich ihm entgegen gestellt haben. Es waren Machtstreber in den eigenen Reihen und auch die reaktionären Kräfte anderer Staaten. All dies überwand Stalin mit jesuitischer Schlauheit und konsequenter Brutalität.

(Fortsetzung letzte Seite)

K A M P F f ü r

F R E I H E I T und D E M O K R A T I E

Studenten im West und Ost

demonstrieren für Freiheit und Demokratie.

Studenten im West und Ost

werden n i e d e r g e k n ü p p e l t.

Reaktionäre H ü b e n wie D r ü b e n zeigen ihr wahres Gesicht. Phrasengedresch wird entlarvt – übrig bleibt der brutale Machtkampf einer herrschenden Minderheit.

' Wir wollen kein intellektuelles Proletariat ' war der Schlachtruf unserer Reaktionäre noch vor wenigen Jahren. Sie wussten, was ihnen be = vorstand. Die scheinbar Wohlwollenden beteuern ihre Symphatie mit den Studenten und warnen zugleich vor utopischen Zielen. Freiheit und Demo= kratie wird damit von jenem, die sich als deren besondere Befürworter aufspielen, Utopie genannt. Doch der endgültige Sieg wurde zur Gewiss = heit :

Sozialismus als Wissenschaft
findet das ihn begreifende und beherrschende Proletariat.

Wir wissen, dass alles einer fortschreitenden Entwicklung unterliegt. Jeder Schritt nach vorne ist ein Schritt näher dem Ziel und erfordert K a m p f – K a m p f gegen die brutale Gewalt der Reaktion.

Sie rufen nach Notstandsgesetzen ! Wenn es in unsern Land einen Not = stand zu begegnen gilt, dann vor allen dem in den Bildungseinrichtungen.

Studenten in West und Ost kämpfen gegen die gefährliche Erstarrung ge= sellschaftlicher Verhältnisse. Jeder Fortschritt ist relativ : im Ver= gleich zur Vergangenheit, zur Umwelt und den theoretisch realen Mög = lichkeiten. S t i l l s t a n d ist R ü c k s c h r i t t ! Die Ent= wicklung führt i m m e r w i e d e r zu neuen geschichtlichen Hö= hepunkten mit klaren Alternativen.

Noch haben breite Teile der A r b e i t e r s c h a f t n i c h t erkannt, dass die demonstrierenden Studenten für ihre Interessen kämpfen. Noch ist vielen n i c h t bewusst, dass die geschichtlichen Notwendigkeiten alle zwingen werden, Stellung zu beziehen.

Es l e b e der Kampf für F R E I H E I T und D E M O K R A T I E !

Fort das alte Joch
Volk Du kannst es doch
fest zusammenstehn
eisern vorwärts gehn

Deine grosse Kraft
neue Werte schafft
das Ziel ist nicht mehr weit
Volk – Herr der neuem Zeit.

PL

.....

Es gibt keinen Sozialismus ohne D e m o k r a t i e !
Es gibt keine Demokratie ohne S o z i a l i s m u s !

Demokratie und Sozialismus sind untrennbar –
das ist das Grundproblem unserer Zeit –

Prinzip und Ziel des internationalen Bundes demokratischer Sozialisten.

W I R E R W A R T E N D E I N E U N T E R S T Ü T Z U N G U N D M I T A R B E I T !

Aus der Flugschrift Nr. 2 des internationalen Bundes demokratischer Sozialisten (Schweiz) :

D E U T S C H L A N D E R W A C H T

zur internationalen und permanenten sozialistischen Revolution.

Unerhörtes geschieht heute in Deutschland.

Seine Arbeiter und Studenten ertasten, unter Führung des SDS, des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, den gangbaren Weg zur sozialistischen Revolution.

Deutschland erwacht zur internationalen und permanenten sozialistischen Revolution.

In Westberlin und in der Bundesrepublik. In der DDR, in Österreich, in Elsass-Lothringen und in der Schweiz lauern viele gespannt auf Anschluss an die Verbreitung und Vertiefung der sich vollziehenden Bewegung. Auf ihre Verschmelzung mit der revolutionär-sozialistischen Arbeiterbewegung (wie in Bremen, Kiel, Bochum, Hannover, Freiburg usw.) und mit der Revolte der Dritten Welt. Auf ihr Anschwellen zum internationalen Sturm.
(Unsere vom 1. Januar 1965 datierte Flugschrift Nr. 1 " Deutschland Erwache! Gruss aus der Schweiz " wurde seither gross bestätigt.)

Völlig neue Perspektiven eröffnen sich Europa und der Welt. Gute hoffnungsvolle, internationale, weltsozialistische Perspektiven.
Bedenkt, was Russland und China, das grösste Volk Europas und das grösste Volk der Erde, durch kommunistische Revolution erreichten, und wohin es Deutschland mit seinem doofen Antibolschewismus brachte.

Schrumpfdeutschland ist nicht nur in drei, sondern in sechs Staaten zerteilt.

Und bedenkt, dass es Deutsche waren, H e g e l , E n g e l s , Marx, ..., die
* den Bolschewiki Theorie ... für ihren Umsturz geliefert haben. Deutschland kann infolgedessen heute ein grosses Verdienst am Zustandekommen der russischen Revolution für sich beanspruchen.
Die nationale Einheit und Freiheit der Deutschen wird nur in der internationalen Einheit des Sozialismus und Freiheit aller Völker der Menschheit verwirklicht werden.
Die seit Luthers Reformation endlich real und konkret sichtbar werdende Revolution in Deutschland bringt die Krönung der sozialistischen Weltrevolution.
Die nötige Spann-und Schubkraft zum siegreichen sozialistischen Durchbruch zur Spitze liefert, neben der sozialen Gewalt des Proletariats und der dritten Welt, das simple Faktum der Leere (des Vakuums), des äussersten Widerspruchs zwischen ökonomischer Macht und politischer Ohnmacht im Zentrum der europäischen Weltmitte.
" Ich bin nichts, und ich müsste alles sein. " Karl Marx.

Westdeutschland ist die zweite industrielle Potenz im Westen. Ostdeutschland ist die zweite Industriemacht im Osten. Zusammen enthalten die vereinigten deutschsprachigen Gebiete die grösste industrielle Kraft des Planeten.
Nach dem II. Weltkrieg - seit dem Bruch Jugoslawien mit Russland, seit Stalins Tod, seit dem 17.Juni 1953, seit den Ereignissen im Jahre 1956 (XX. Parteitag der KPdSU, Ungarn, Polen), seit dem Sieg der sozialen Revolution in Kuba, seit der Gründund des SDS, seit dem akuten Konflikt zwischen China und Russland, seit dem Ausbruch des amerikanischen Vietnamkrieges, seit der Ermordung Kennedys usw. - in Gang gekommene Entwicklung wird umso schneller und erfolgreicher fortschreiten, je klarer umfassender, je höher und tiefer der Grad des Bewusstseins und der Organisiertheit der sie vorantreibenden und führenden Sozialisten ist. Infolgedessen besteht die erste und dringenste Aufgabe der Sozialisten immer darain, den notwendigen Grad ihres Bewusstseins und ihrer Organisiertheit zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Die uns zur Verfügung stehnde wissenschaftliche und geschichtliche Erfahrung ermöglicht die Lösung dieser Aufgabe, sowie die bewusste Vorraussicht, Planung und Steuerung der sich entfaltenden Revolution.

(* f. D. Auslassungen)

A u s einem

GRÜNDUNGSAUFRUF des " SOZIALISTISCHEN ZENTRUMS "

" Sozialistische und r a d i k a l d e m o k r a t i s c h e Oppositi
werden in der Bundesrepublik nur dann zu einer neuen Qualität werden, wenn
sich a l l e Sozialisten zu g e m e i n s a m e n und k o o r d i
n i e r t e n Handeln entschliessen und in der Aktion und Diskussion ei
g e m e i n s a m e p o l i t i s c h e und o r g a n i s a t o r i s
Perspektive entwickeln ". (...)

Es zeigt sich nicht nur in der wachsenden Opposition in der Bundesrepubli
dass sich die herrschenden Interessen und die daraus resultierenden Polit
in einer Krise befinden. Immer mehr Menschen geleingt es, die Manipulatio
und die Parolen von Sozialpartnerschaft und konzertierter Aktion zu durch
schauen und sich ihrer wirklicher Lage bewusst zu werden. Im Bereich der
A r b e i t n e h m e r , der Studenten und der Schüler beginnen sich imme
antiautoritäre, antikapitalistische und somit potentiell s o z i a l i -
s t i s c h e Kräfte zu entwickeln.

Gefördert wird diese Bewegung durch den verstärkten Klassenkampf von oben
der spätestens mit Beginn der wirtschaftlichen Krise für jeden sichtbar wu
de. Der S o z i a l s t a a t wird immer mehr zu einem Rüstungsstatt u
gebaut durch soziale Demontage und die Lösung der wirtschaftlichen Krise
wird, auch von den sozialdemokratischen Ministern und Abgeordneten, mit ka
pitalistischen Mitteln versucht. Dazu wächst die E r k e n n t n i s
über den wahren Charakter der Notstandsgesetzgebung als eines Instrumentes
zur Niederhaltung der demokratischen Opposition. Auch der weitere Abbau de
mokratischer Einrichtungen, beschleunigt durch Bildung und Praxis der Gros
sen Koalition, lässt immer mehr Menschen über ihre wirkliche Lage nachdenk
Auch entfernt sich die Bundesregierung in der V e r w e i g e r u n g
der Anerkennung der O d e r - N e i s s e - G r e n z e und der DD
als Staat i m m e r m e h r von den allgemeinen Erwartungen des Bun
bürgers. In ihrer Unterstützung des brutalen Krieges der USA gegen Vietna
stösst sie auf einen immer stärkeren Widerstand.

Es wächst die Erkenntniss über den Umbau unserer Interessendemokratie zu ei
ner formierten Gesellschaft im Interesse kapitalistischer und machtpoliti-
scher Zielsetzungen. Im Schatten dieser Entwicklung stärkt sich ein Neo-Na
zismus, der diese Politik nur konsequenter vertritt.

Immer n o t w e n d i g e r wird daher auch, im Interesse einer demokr
schen und menschenwürdigen Zukunft, das Aufzeigen der gesellschaftlichen Z
sammenhänge dieser scheinbaren Einzelerscheinungen als Produkte unserer ka
talistischen Ordnung. Dazu gilt es, die K r ä f t e in der Arbeiterbew
gung, in den Gewerkschaften und im freien politischen Raum mit den jungen
Kräften der S t u d e n t e n b e w e g u n g zu einer Aktionseinheit u
zur Entwicklung eines sozialistischen Alternativprogramms zusammenzuführen

Neben freien Studienorganisationen bedarf es hierzu sozialistischer Gruppen, di
in ständiger Diskussion und Aktion ihr Bewusstsein stärken und erweiteren, fund
te Kritik an der bestehenden Ordnung üben und entsprechend handeln. D i e s e
A u g a b e hat sich das SOZIALISTISCHE ZENTRUM gestellt, das sich nicht als
e i n e P a r t e i betrachtet, sondern sich bewusst als aussenparlamentari
sche Organisation versteht und eine P l a t t f o r m für alle sozialisti -
schen, radikaldemokratischen und antiautoritären Kräfte ist.

Das Sozialistische Zentrum steht n i c h t im Gegensatz zu den vorhandenen
Formen und Organisationen linker Opposition. Auf Bundesebene arbeitet es mit der
Sozialistischen Büro in Frankfurt zusammen.

(Sperrschrift und Unterstreichungen von der Redaktion vorgenommen. Damit sollen
besondere Punkte herausgestellt werden. Wir fordern alle Mitarbeiter auf
Diskussionsbeiträge einzusenden.)

A. Hirmke - An verschiedene Freunde gerichtet :

Viele Opfer blieben auf der Strecke, aber staatliches Machtstreben hat niemals danach gefragt und bedenkenlos auch seine besten Köpfe geopfert, weil sie blos Menschen und nicht Werkzeuge sein wollten.
Es ist falsch, mir unterschieben zu wollen, ich heisse den Stalinismus gut. Das Gegenteil ist der Fall, ich versuche ihn nur zu verstehen, wieso dies möglich war und was die Ursachen hiefür sind. Stalin war mit deinem System der Erhalter des Staates und nicht mehr. Gegen den Stalinismus zu sein ist gut und recht, dies aber ist erst möglich, seit es keinen Stalin mehr gibt. Ich und meine Gesinnungsfreunde haben aber Stalin schon verworfen, kaum dass er an die Macht gekommen ist, weil wir klar erkannten, ihm geht es weniger um den Kommunismus, als um die Macht im Staate und damit auch um die Macht des Staates gegenüber der übrigen Welt. Sagte uns doch schon Lenin, dass der Kommunismus als Wirtscgaftsform den Staat einmal erübrigen und damit abbauen wird, was ich für richtig und natürlich halte.

In Russland ist 1918 der Staat der kommunistischen Partei in die Hände geraten, ohne dass sie darauf vorbereitet waren. Darum galt ihre primäre Sorge der Erhaltung des Staates und nicht dem Wohlstand der Bevölkerung. Wäre eine gut geschulte Partei vorhanden gewesen, hätten sie den Staat in kleine Gemeinschaften auflösen und den Kommunismus verwirklichen können, der ja keines mächtigen Staates bedarf.
Der kapitalistische Westen wollte damals seinen Einfluss nicht aufgeben und so bestand für den Staat, aber nicht für den Kommunismus eine Gefahr, der wieder nur auf staatlicher Ebene entgegen getreten werden konnte, wozu die Demokratie weniger geeignet ist.

Nun wäre es an der Zeit und auch die Möglichkeit hiezu ist gegeben, dass in dem nunmehr gefestigten russsischen Staat auf demokratischer Art die politische Verwaltung dezentralisiert und der Kommunismus verlebendigt werden könnte.
Ein in Wohlstand lebendes Volk führt keine Kriege und hat auch keine zu befürchten. Steht doch der Kommunismus als Wirtschaftsform allen Menschen offen, die sich daran beteiligen wollen. Nur den Staatspolitikern und Machtstrebern bedeutet der Kommunismus eine Gefahr, gegen die sie immer Stellung nehmen werden. Der Kommunismus braucht nur unbeschränkte Lebensmöglichkeit, wie sie im freien Schaffen gegeben ist und keine Panzer, Granaten und Atombomben.
Dies sind Dinge die nur eine Staatsmacht braucht und gerade der Kommunismus kann nur ausserhalb der Staatsmacht Wirklichkeit werden. Es macht sich immer wieder der Mangel an Aufklärung über das wahre Wesen des Sozialismus-Kommunismus bemerkbar, weil die Menschen durch die Staatspolitik davon abgelenkt werden und ihre Aufmerksamkeit auf Dinge gelenkt wird, die für sie weder interessant noch lebenswichtig sind. Der Kommunismus kann niemals staatlich eingeführt oder verordnet werden, er muss vielmehr als eine Natürlichkeit von überzeugten Menschen gewollt und verlebendigt werden.
Eine solche Entwicklung aber ermöglicht keine Waffenrüstung und lässt auch keine Schmarotzer mitzehren, weshalb alle"Bonzen"und Machtpolitiker darin eine persönliche Gefahr ersehen müssen.

Ehe sie sich aber zu produktiver Arbeit entschliessen und sich in die Reihen der Werktätigen einordnen, treiben sie lieber Staatspolitik auf Kosten der Werktätigen, züchten eine Klasse von Bonzen und verhindern damit die Verwirklichung des Kommunismus, weil sie seine Lebensgrundlagen zerstören, damit die arbeitenden Menschen ausser Stande sind, sich in persönlicher Freiheit ihren eigenen Wohlstand zu schaffen.
Historisch gesehen hat daher Stalin als Staatspolitiker richtig gehandelt, obwohl er als Mensch in Bezug auf seine Person und sein Regierungssystem absolut zu verwerfen und zu verurteilen ist.

Stalin hat durch seine Machtpolitik den Kommunismus schweren Verrat und Schaden zugefügt, hat seine Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen. Stalinismus bedeutet Unmenschlichkeit und Antikommunismus. Wer aber hat v o r Stalin dies sagen können und wer getraute sich ihm gegenüber zu treten? Deshalb ist es kein besonderer Verdienst h e u t e gegen Stalin und Stalinismus Stellung zu nehmen. Aber eine Lehre soll es sein und bleiben, zum Wohle der Entwicklung und Verwirklichung der Idee des S o z i a l i s m u s - K o m m u n i s m u s !

G E D E N K B L Ä T T E R S E P P F R E Y

Ein B R I E F an seinen Bruder . . .

Konzentrationslager Dachau 3 K
22. August 1943

Mein lieber Bruder Hans !

Wie oft weilen meine Gedanken bei Dir in den Gefilden des fernen Ostens, wehmütig gedenke ich all der gemeinsamer Freuden und Leiden, all der bitteren Erlebnisse, die unseren Lebensweg beschattetem ! Aber auch im Leid vermag sich der Sinn des Lebens zu dokumentieren, vielleicht ist doch der an glücklichsten, der des Glückes nicht bedarf ! Wer nichts mehr vom Leben erwartet steht über ihm ! Was bergen all die Jahre .... an Erkenntnissen, wieviel Reife an inneren Werten - dass Ahnen zum Schicksal ward, ist nur in der Logik dimensionalen Zeitgeschehens begründet, zwei Brüder, Hans - zwei Schicksale - beide tragisch !

Wie sagt doch ein Dichter : " Wo das Leben tief ist; ist es tragisch !" Solange wir Menschen fürchten, sind wir klein - wohl dem - der die Kraft hat zu verachten, was andere fürchten ! Vielleicht liegt in der Unerfülltheit der Sinn des Lebens ? Ziel ist ein Licht, das sich auf dem Altar der Sehnsucht entzündet; man kann Sehnsucht nicht töten, nur betäuben durch die Tat, die zu neuem Ziele führt - und Erkenntnisse sind nur Stationem des Lebens !

Geliebter Bruder ! Möge uns das Glück beschieden sein, gesund in die Heimat zurückzukehren. Mögen wir noch einmal trinken können am ewig labenden Quell der Natur, unser innerstes Sehnen nach Licht und Daseins - Sinn Erfüllung finden; dann lieber Bruder heilen unsere Narben des Schicksals in den geliebten Schwarzwaldbergen ! .....

Herzliche Grüsse Dein ferner Bruder S e p p l .

" SEPP FREY -
ER WAR EINER VON DENEN ' DIE SELBSTLOS IHR LEBEN FÜR ANDERE MENSCHEN AUFOPFERTEN!"

März 1968:
In Mannheim wird, laut Emil Ludwig, ein 'Roter Morgen' Lesekreis gegründet, der auch als Gruppe Roter Morgen Mannheim bekannt wird und sich an der Gründung der KPD/ML (vgl. 31.12.1968) beteiligt.
Q: Rote Fahne Nr. 12, Dortmund 20.3.1974

März 1968:
In München erscheint, laut 'BED', Ende März das linke Schülerorgan 'mobil'.
Redaktionsmitglieder sind u.a. Peter Brandt und Richard Rothgeber.
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 26, Berlin 1968, S. 2

März 1968:
Im Frühjahr 1968 konstituiert sich in München der Trikont-Verlag. Wichtige Schriften, von ihm herausgegeben, sind aus der Gründungszeit: Ho Chi Minh: "Gegen die amerikanische Aggression. Reden, Aufsätze, Interviews", Regis Debray: "Fidel Castro", G. Mandel/K. S. Karol: "Der lange Marsch der Revolution in Latainamerika", Ernesto Che Guevara: "Bolivianisches Tagebuch", Le Chau: "Bauernrevolution in Südvietnam."
Q: Che Guevara, Ernesto: Bolivianisches Tagebuch, München 1968, S. 220ff

März 1968:
In München veröffentlicht der Verein Club Voltaire sein Programm für den März 1968. Die Clubräume in der Fallmerayerstr. 28 seien ab sofort jeden Abend ab 20 Uhr geöffnet.
Q: Club Voltaire: Programm, März 1968, München O. J. (1968)

Verein Cluv Voltaire, 8 München 13, Fallmerayerstraße 28
Tel.: 33 76 94 - Bankkonto - Nr. 667, BfG, Promenadeplatz

P R O G R A M M, März 1968

1.) 8.3.68, 20 Uhr, Lothar Schubert (SDS, München)
"Zur Problematik der Notstandsgesetze" (Vortrag mit Diskussion)

2.) 13.3.68, 20 Uhr, Dr.Dr. Rolf Schwendter (Wien)
"Theorie der Subkultur" (Vortrag mit Diskussion)

3.) 18.3.68, 20 Uhr, Klaus H. Friedrich (Club Voltaire, München)
"Über das Widerstandsrecht" (Vortrag mit Diskussion)

4.) 23.3.68, 20 Uhr, Frl. Barbara Haug (München)
"Bericht über 'Eindrücke' in griechischen Gefängnissen"

5.) 28.3.68, 20 Uhr, "Die Hammersänger" (Berlin)
politisches Kabarett: "Volkskörperpflege"
(Unkostenbeitrag, DM 3,--)

Zu den Veranstaltungen 1-4 wird ein Unkostenbeitrag von DM 1,-- erhoben.
Die Clubräume in der Fallmerayerstraße 28 sind ab sofort jeden Abend von 20 Uhr an geöffnet. Gäste sind willkommen.

Der Vorstand ist zu erreichen über Tel: 39 03 90 (Friedrich)
52 85 53 (Walb)
48 05 77 (Lüdi)

Verantwortlich : Klaus H. Friedrich, 8 München 13, Postfach 552

März 1968:
Laut 'apo press' München konstituiert sich in Augsburg der Unabhängige Schülerrat als "zentralistische Organisation liberaler bis sozialistischer Augsburger Schüler".
Q: apo press Nr. 23, München 1968, S. 24

März 1968:
In Berlin erscheint eventuell im März ein Flugblatt "Wem nützen unsere Berichtshefte?", welches von Ezra Gerhardt, Alf Böhmert Michael Witte und Norbert Deutschmann unterzeichnet ist.
Q: Ezra Gerhardt, Alf Böhmert Michael Witte und Norbert Deutschmann: Wem nützen unsere Berichtshefte?, o. O. O. J.

WEM NÜTZEN UNSERE BERICHTSHEFTE?

Wochenbericht vom ..... bis .....

Arbeitsplatz: .....
(Werkstatt, Baustelle usw.)

Tage	Tagesbericht über ausgeführte Arbeiten, Berufsschulunterricht usw.	Einzel-stunden	Gesamt-stunden
Montag	Wir alle müssen Berichtshefte schreiben. Das ist nicht nur mühsam und nimmt uns Lehrlingen nur unsere ohnehin so geringe Freizeit, sondern es erscheint uns in der jetzigen Form auch ziemlich unsinnig!		
Dienstag	Das Berichtsheft hat in dieser veralteten Form seine Aufgabe verloren. War es einst nicht nur ein Tätigkeitsbericht, sondern auch das private fachliche Nachschlagwerk für die folgende Berufszeit, so gilt das heute nicht mehr. Bücher sind bedeutend bessere Nachschlagwerke.		
Mittwoch	Auch daran erkennt man wieder, daß im Ausbildungswesen noch nicht genügend der Wert eines Fachbuches als Nachschlagwerk anerkannt wird. Stures Auswendiglernen von Formeln, Daten, Zahlen, ja sogar ganzen Texten belastet unnötig den Lernenden und ist nur wenig effektiv.		
Donnerstag	Wissen wird leider immer noch "eingepaukt", autoritär vom Lehrer dem Schüler beigebracht und noch nicht genügend durch Erkennen von Zusammenhängen und Verstehen ersetzt.		
Freitag	Die sinnvolle Anlage eines Berichtsheftes könnte das Erkennen von Zusammenhängen fördern und entwickeln. Der individuellen Entfaltung des Schülers muß Raum gegeben werden. Nicht allein Arbeitsvorgänge sollen vom Schüler notiert werden, sondern auch Erkenntnisse über seine jeweiligen Arbeitsbedingungen. Man muß wirklich gewonnene Erkenntnisse aufschreiben dürfen, die ja auch soziologischer Natur sein können.		
Sonnabend	Nicht Faulheit ist also unser Motiv dafür, daß wir gegen das Schreiben von Berichtsheften sind, sondern die Erkenntnis, daß wir beim sturen Berichtheftschreiben kaum etwas hinzulernen. Wir wollen die Berichtshefte nicht abschaffen, sondern in ihrer bisherigen Form bekämpfen.		
	Das Schreiben von Berichtsheften könnte Anfang zum selbständigen Denken sein und zur Selbstkritik, wie es aber auch Platz bieten müßte zur Kritik von Betriebsverhältnissen und Mißständen.		Gesamt-stunden
	Dann muß aber auch jedem Lehrling die Wahl seines Themas überlassen werden. Man muß dem Lehrling die Zeit zum Schreiben des Berichtheftes in der Arbeitszeit zur Verfügung stellen, da wir ohnehin acht Stunden täglich arbeiten müssen.		
	Die Bewertung erfolgt nach optischen Gesichtspunkten. Handschrift und zeichnerisches Talent werden ebenso wie der äußere Zustand des Berichtsheftes zum Maßstab der beruflichen Eignung des Prüflings hinzugezogen.		
	Ist eine Lehrabschlußprüfung, bei der nichts weiter mehr zählt als die Leistung des Prüflings an zwei oder drei Prüfungstagen ohnehin schon das schlechteste Bewertungssystem, da wir alle "schlechte" und "gute" Tage haben, so werden durch die Einberechnung der Berichtshefte in das Prüfungsergebnis die Lehrabschlußprüfungen noch blödsinniger.		
	Das Berichtsheft ist nicht mehr als nur ein Symbol für die insgesamt unmoderne, veraltete Lehrausbildung, der wir uns tagtäglich fügen müssen.		
	Wir verlangen eine Lehrausbildung, die modernen Erkenntnissen in Ausbildungsforschung und Pädagogik gerecht wird.		

-Ezra Gerhardt Alf Böhmert Michael Witte Norbert Deutschmann-

Werkstattleistung:		Fleiß:	Führung:	Ordnung:	Bewertung		Ausbilder:
Güte:	Zeitaufwand:				des Berichtes:	der Zeichnung:	

März 1968:
Mitte März konstituiert sich in Berlin, laut 'BED', ein Linker Ordnungsdienst (Od). Aufgabe: "Verhinderung von Zwischenfällen (Schlägereien), Feststellen der Schläger und nach Möglichkeit Übergabe an die Polizei. Einleitung von Strafverfahren durch Abgabe von Anzeigen, im Falle erhöhter Gefährdung der Sicherheit der Demonstranten Anwendung körperlicher Gewalt unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel."
*Q: Berliner Extra Dienst Nr. 24, Berlin **.*.1968, S. 4*

März 1968:
In Berlin erscheint ein Flugblatt des Aktionskreis Schülerselbsthilfe (ASH) als Information Nr. 1 zu Klassenarbeiten und Sexualerziehung. Ebenfalls im März erscheint die Information Nr. 2 zur Versetzungsordnung.
Q: ASH: Information Nr. 1 und 2, Berlin März 1968

ASH

AKTIONSKREIS SCHÜLERSELBSTHILFE
März 1968

INFORMATION Nr.1

(KLASSENARBEITEN, SEXUALERZIEHUNG)

I) Schüler und Lehrer, unzufrieden mit der gegenwärtigen Hierarchie an den Oberschulen und unzufrieden mit den Unterrichtsformen und -zielen, haben sich im letzten Sommer zu einem Arbeitskreis zusammengefunden.
Wir beschäftigen uns bis jetzt in einzelnen Gruppen mit Disziplinarfragen, Unterrichtsformen und Unterrichtsinhalten (wie z.B. sexualpädagogischen Fragen und Fragen des Deutschunterrichts, zu denen jeweils Fragebogen herausgegeben wurden und deren Ergebnisse wir veröffentlichen werden!) .
mit dem Ziel uns: erstens über Mißstände klarzuwerden und Änderungs- und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten; zweitens konkrete Wege zur Verwirklichung dieser Vorschläge zu finden und drittens diese Punkt für Punkt durchzusetzen!

II) Eines unserer ersten Ziele ist die Information über wichtige Passagen der Schulgesetze und Ausführungsbestimmungen:

a) (aus Schulrecht V B I): Bei schweren Disziplinarverstößen eines Schülers soll der Schulleiter vor der Entscheidung den Schulsprechern und dem Klassensprecher Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

b) (Ausführungsbestimmungen betreffs schriftlicher Klassenarbeiten) (1./(2)/1): Klassen- und Übungsarbeiten sind nicht Mittel der Schulzucht. Sie sollen den Schüler nicht unsicher machen oder gar Minderwertigkeitsgefühle bei ihm hervorrufen. (4./4): Ist das Ergebnis einer schriftlichen Klassenarbeit bei mehr als einem Drittel der teilnehmenden Schüler mangelhaft und schlechter, so ist die Arbeit in der Regel ungültig. Eine Ausnahme davon bedarf der Zustimmung des Schulleiters. (5.): Die Klassenarbeiten sind pädagogisch sinnvoll über das Schuljahr zu verteilen. Eine Häufung vor den Zensurenkonferenzen ist daher zu vermeiden. An einem Tag soll in einer Klasse nur eine Klassenarbeit geschrieben werden. (7./1+2): In allen dafür geeigneten Fächern können im übrigen kurze schriftliche Übungsarbeiten geschrieben werden - im unmittelbaren Zusammenhang mit dem gerade behandelten Stoff. Sie nehmen nur einen Teil der Stunde ein, werden gelegentlich zensiert, sonst im Anschluß besprochen und evtl. nach Austausch der Arbeiten untereinander, durch die Schüler selbst korrigiert. Zettelarbeiten, die nicht im Zusammenhang mit dem gerade behandelten Stoff stehen, eine allgemeine Wiederholung voraussetzen und der Zensurenfeststellung dienen, sind unzulässig.

c) (Richtlinien für die Sexualerziehung a. d. Bln. Schulen/Schulrecht II G VI): (Rechtslage der Lehrer): Da die geschlechtliche Erziehung und damit auch die biologische Belehrung Teile der allgemeinen Erziehung des Kindes und des Jugendlichen sind, ist die Behandlung geschlechtlicher Fragen im Rahmen der Schule Aufgabe und Recht des Lehrers und bedarf daher keiner besonderen Genehmigung. (C/Ziel der Sexualerziehung/2.): Den Kindern und Jugendlichen soll das ihrem Alter und ihrer geistigen Reife entsprechende Wissen sachlich einwandfrei übermittelt werden.
(G/Plan): Bis zum Ende der OWZ...sollte...im Rahmen der Menschenkunde behandelt werden: die weiblichen und männlichen Geschlechts-

organe in einfacher Darstellung. Körperliche und seelische Erscheinungen der Reifungszeit. Menstruation. Pollution, Prostitution, Homosexualität, Schwangerschaft, Befruchtung. Verlauf und Verhütung von Geschlechtskrankheiten. Gesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, soweit es für die Jugendlichen von Bedeutung ist. - Bei der Behandlung ist der seelisch-geistige Bezug herzustellen und der Wille zur mitmenschlichen Verantwortung zu wecken. Bis zum Abi. sollten...folgende Themen angeschlossen werden: Geschlechtliche Probleme der Heranwachsenden. Die geistige Entwicklung in der Reifezeit. Sexualität und Alkohol. Kleidung, Geselligkeit. Das Verhältnis der Geschlechter zueinander. Ehe und Familie als Fundamente menschlichen Zusammenlebens. Vererbungslehre und Eugenik.

Diese Richtlinien sind abgelaufen (und von uns zitiert, um zu zeigen, was wir bisher zu diesem Thema "gelernt" haben sollten). Auszüge aus den neuen Richtlinien werden wir veröffentlichen, sobald wir sie irgendwie bekommen können.

III) Wir stellen fest: Das allgemeine Rauchverbot an den Schulen besteht nicht mehr. Eine Regelung bleibt Eurer eigenen Initiative überlassen. Informiert uns bitte, falls daraufhin schon irgendetwas erreicht worden ist!

IV) Einige unserer Ziele und Forderungen sind:

a) Stellungnahme von Klassenvertretern oder SMV-Vorsitzenden in Lehrerkonferenzen (über Disziplinarfälle).
b) Nach Möglichkeit Teilnahme der betroffenen Schüler bei Besprechungen zwischen Lehrern und Eltern.
c) Zusammenstellung eines Informationsblattes über die Rechte und Möglichkeiten der Schüler.
d) Psychologische Beratungsstelle für Schüler beim Bezirksamt. (Gleich dem Studenten-Beratunsdienst an der FU)
e) Echte Schüler-Mit-Verantwortung in Fragen der politischen Aktivität (Aushänge am schwarzen Brett, Flugblätter u.s.w.)
f) Anpassung der sexualpädagogischen Richtlinien an die veränderten Verhältnisse, evtl. mit Lösung vom Elternrecht (analog der Religionsmündigkeit); Änderung auch der Richtlinien über die Teilnahme von Schulklassen an Gerichtsverhandlungen.
g) Einrichtung von Zeitungsräumen, die auch nachmittags geöffnet sind.

V) Unser Arbeitskreis hofft, zunächst durch Information einige von Euch für eine positive Mitarbeit zu gewinnen!
Wir - Schüler - brauchen ein Verbindungsnetz über alle Schulen! Wir wissen, daß es schwierig ist, zu uns zu stoßen, und möchten daher alle bitten, zur eigenen Information und evtl. zur Mitarbeit (Schüler wie Lehrer) sich an uns zu wenden.

Wir sind zu erreichen unter:
C.Constantin Bartning, 1-33, Hohe Ähren 5, 76 18 22
Hans Peter Zierke, 84 31 68
Olaf Pallmer, 706 13 73

ASH

ASH

AKTIONSKREIS SCHÜLERSELBSTHILFE
März 1968

INFORMATION Nr. 2: VERSETZUNGSORDNUNG

Der Arbeitskreis Schülerselbsthilfe (ASH) besteht aus Schülern und Lehrern, die unzufrieden mit der gegenwärtigen Hierarchie an den Schulen und unzufrieden mit den Unterrichtsformen sind. Wir beschäftigen uns bis jetzt in einzelnen Arbeitsgruppen mit Disziplinarfragen, Unterrichtsformen und Unterrichtsinhalten, mit dem Ziel, uns über Mißstände klarzuwerden und Änderungs- und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. – Eines unserer ersten Ziele ist die Information über wichtige Passagen der Schulgesetze und Ausführungsbestimmungen:

Aus der Versetzungsordnung der Berliner Schulen (v. 28.6.65.):

A, §1: Die Versetzung oder Nichtversetzung eines Schülers ist eine pädagogische Maßnahme. Sie soll den Bildungsgang des einzelnen Schülers mit seinem geistigen Wachstum in Übereinstimmung halten und die Leistungsfähigkeit der aufsteigenden Klasse sichern.

§2 (1): Über die Versetzung entscheidet die Klassenkonferenz auf Grund der im zweiten Abschnitt des Schuljahres (d.h. seit der Erteilung des letzten Zeugnisses) gezeigten Leistungen unter Würdigung de Persönlichkeit des Schülers und seiner Leistungsentwicklung während des gesamten Schuljahres. (3) Der einzelne Lehrer entscheidet nicht nur auf Grund der Leistungen in seinem Fach, sondern unter Berücksichtigung der Gesamtheit der Leistungen.

3. Ein Schüler ist zu versetzen, a) wenn er nach Leistung und Reife allen Anforderungen, die in seiner Klasse an ihn gestellt werden, genügt oder b) wenn von ihm trotz gewisser Mißerfolge erwartet werden kann, daß er in der nächsten Klasse erfolgreich mitarbeitet und die Leistungsfähigkeit der Klasse nicht mindern wird.

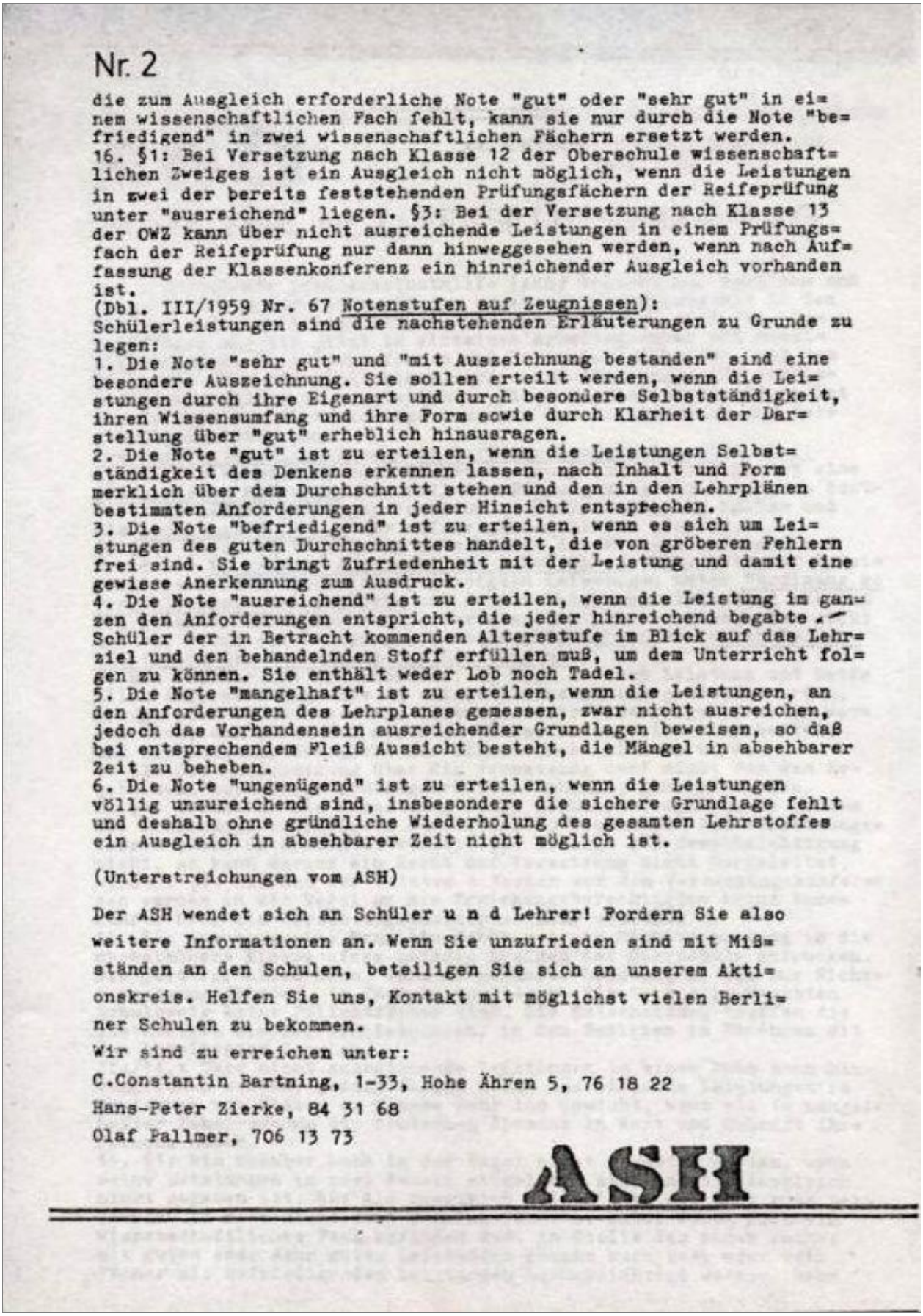
5. §2: Die Entscheidung über die Versetzung darf nicht von den Ergebnissen besonderer Prüfungsarbeiten abhängig gemacht werden.

8. §1: Erscheint die Versetzung eines Schülers fraglich, so sollen die Erziehungsberechtigten mindestens 10 Wochen vor dem Versetzungstermin davon unterrichtet werden. §3: Erfolgt die Benachrichtigung nicht, so kann daraus ein Recht auf Versetzung nicht hergeleitet werden. §4: Während der letzten 4 Wochen vor den Versetzungskonferenzen werden in der Regel an die Erziehungsberechtigten keine Auskünfte über die Versetzungsaussichten mehr erteilt.

11. §2: Ausnahmsweise kann ein Schüler trotz Nichtversetzung in die nächsthöhere Klasse eines anderen Zweiges der Oberschule aufrücken. Die gilt vor allem dann, wenn mangelhafte Leistungen, die zur Nichtversetzung führten, in Fächern vorliegen, die in dem gewünschten Schulzweig keine Pflichtfächer sind. Die Entscheidung treffen die zuständigen Schulaufsichtsbeamten, in den Bezirken im Benehmen mit den beteiligten Schulen.

II./14.: Über nicht ausreichende Leistungen in einem Fach kann hinweggesehen werden, jedoch fallen nicht ausreichende Leistungen im Deutschen von Klasse zu Klasse mehr ins Gewicht, wenn sie in mangelhafter Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ihre Ursache haben.

15. §1: Ein Schüler kann in der Regel nicht versetzt werden, wenn seine Leistungen in zwei Fächern mangelhaft sind und ein Ausgleich nicht gegeben ist. §2: Als Ausgleich gelten gute und sehr gute Leistungen in mindestens zwei anderen Fächern, unter denen sich ein wissenschaftliches Fach befinden muß. An Stelle des einen Faches mit guten oder sehr guten Leistungen können auch zwei oder mehr Fächer mit befriedigenden Leistungen berücksichtigt werden. Wenn



Nr. 2

die zum Ausgleich erforderliche Note "gut" oder "sehr gut" in einem wissenschaftlichen Fach fehlt, kann sie nur durch die Note "befriedigend" in zwei wissenschaftlichen Fächern ersetzt werden.
16. §1: Bei Versetzung nach Klasse 12 der Oberschule wissenschaftlichen Zweiges ist ein Ausgleich nicht möglich, wenn die Leistungen in zwei der bereits feststehenden Prüfungsfächern der Reifeprüfung unter "ausreichend" liegen. §3: Bei der Versetzung nach Klasse 13 der OWZ kann über nicht ausreichende Leistungen in einem Prüfungsfach der Reifeprüfung nur dann hinweggesehen werden, wenn nach Auffassung der Klassenkonferenz ein hinreichender Ausgleich vorhanden ist.
(Dbl. III/1959 Nr. 67 Notenstufen auf Zeugnissen):
Schülerleistungen sind die nachstehenden Erläuterungen zu Grunde zu legen:
1. Die Note "sehr gut" und "mit Auszeichnung bestanden" sind eine besondere Auszeichnung. Sie sollen erteilt werden, wenn die Leistungen durch ihre Eigenart und durch besondere Selbstständigkeit, ihren Wissensumfang und ihre Form sowie durch Klarheit der Darstellung über "gut" erheblich hinausragen.
2. Die Note "gut" ist zu erteilen, wenn die Leistungen Selbstständigkeit des Denkens erkennen lassen, nach Inhalt und Form merklich über dem Durchschnitt stehen und den in den Lehrplänen bestimmten Anforderungen in jeder Hinsicht entsprechen.
3. Die Note "befriedigend" ist zu erteilen, wenn es sich um Leistungen des guten Durchschnittes handelt, die von gröberen Fehlern frei sind. Sie bringt Zufriedenheit mit der Leistung und damit eine gewisse Anerkennung zum Ausdruck.
4. Die Note "ausreichend" ist zu erteilen, wenn die Leistung im ganzen den Anforderungen entspricht, die jeder hinreichend begabte Schüler der in Betracht kommenden Altersstufe im Blick auf das Lehrziel und den behandelnden Stoff erfüllen muß, um dem Unterricht folgen zu können. Sie enthält weder Lob noch Tadel.
5. Die Note "mangelhaft" ist zu erteilen, wenn die Leistungen, an den Anforderungen des Lehrplanes gemessen, zwar nicht ausreichen, jedoch das Vorhandensein ausreichender Grundlagen beweisen, so daß bei entsprechendem Fleiß Aussicht besteht, die Mängel in absehbarer Zeit zu beheben.
6. Die Note "ungenügend" ist zu erteilen, wenn die Leistungen völlig unzureichend sind, insbesondere die sichere Grundlage fehlt und deshalb ohne gründliche Wiederholung des gesamten Lehrstoffes ein Ausgleich in absehbarer Zeit nicht möglich ist.

(Unterstreichungen vom ASH)

Der ASH wendet sich an Schüler u n d Lehrer! Fordern Sie also weitere Informationen an. Wenn Sie unzufrieden sind mit Mißständen an den Schulen, beteiligen Sie sich an unserem Aktionskreis. Helfen Sie uns, Kontakt mit möglichst vielen Berliner Schulen zu bekommen.
Wir sind zu erreichen unter:
C.Constantin Bartning, 1-33, Hohe Ähren 5, 76 18 22
Hans-Peter Zierke, 84 31 68
Olaf Pallmer, 706 13 73

ASH

März 1968:
An der Walther Rathenau-Schule in Berlin-Grunewald erscheint vermutlich im März 'Das rote Waltherchen' - Zeitung zum Abitur anno 1968 bzw. herumgedreht die 'Splash!'. Die Redaktionsmitglieder betonen, dass kein Artikel ihre Meinung wiedergibt. Der Druck erfolgte im Jugendclubhaus Borsigwalde.

Während die 'Splash' hauptsächlich aus Grafiken und Zeichnungen sowie etwas Text ohne weitere Struktur besteht, hat 'Das rote Waltherchen' den Leitartikel "Diese Schule produziert die Staatsbürger, die unser System braucht" zum 2. Juni 1967 und der dazu geplanten Podiumsdiskussion, die durch die Schulleitung verhindert wurde.

Weitere Artikel sind:
- "Ictus Story" zur offiziellen Schülerzeitung, die sich bald nach dem Ausscheiden von Michael Wolffsohn "von einem unabhängigen, liberalen Blatt in ein von der Schulleitung lizenziertes, faschistisches Organ verwandelt" habe; und
- "Möglichkeiten des Widerstands".
Q: Das rote Waltherchen / Splash!, Berlin 1968

März 1968:
Der Artikel von Jörg Huffschmid: "Am Beispiel Springer" aus der März-Ausgabe des 'Express International' wird in der Berlin als Flugblatt "Springer und der Spätkapitalismus" verbreitet.
Q: N. N.: Springer und der Spätkapitalismus, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

März 1968

E0702

SPRINGER

UND DER SPÄTKAPITALISMUS

Jörg Huffschmid: Am Beispiel Springer

Axel Springer ist der persönliche Besitzer eines Pressekonzerns mit etw
einer Milliarde DM Umsatz, 12.000 Beschäftigten und 80 bis 90 Millione
DM Gewinn im Jahre 1967. Die Marktanteile, die seine Blätter erreichen,
liegen für Illustrierte bei 16 %, für Tageszeitungen bei 40 %, für Pro-
grammzeitschriften bei 50 %, für Jugendzeitschriften bei 90 % und für
überregionale Sonntagszeitungen bei 100 %. Allein die Bild-Zeitung ste
mit ihrer Auflage von gut 4,5 Millionen Exemplaren täglich mehr als ei
Fünftel der Gesamtauflage von 21 Millionen aller knapp fünfhundert deu
schen Tageszeitungen.

Auflagenhöhen und Marktanteile zeigen jedoch nur einen kleinen Teil de
Macht über die Meinungen der Deutschen, die Springer aufgrund seiner w
schaftlichen Position ausübt. Wie jeder Konzern beherrscht darüber hin
auch das Unternehmen Springer allein aufgrund seiner Größe alle jene kl
neren Geschäftspartner, die auf den Umsatz mit Springer angewiesen sin

a) Der größte Teil der Springerpresse wird über offiziell selbständige
Grossisten vertrieben, die jedoch ihren Umsatz nicht selten zu über 50
aus Springererzeugnissen bestreiten und in ihrer wirtschaftlichen Lebe
fähigkeit von diesen Aufträgen abhängig sind. Diese Position kann der
Hamburger Konzernherr dazu ausnutzen, andere, konkurrierende oder krit
sierende Publikationen in ihrer Auslieferung behindern oder boykottier
zu lassen; von dieser Möglichkeit hat er bekanntlich des öfteren Gebra
gemacht.

b) Springer läßt seine Bild-Zeitung an acht verschiedenen Orten drucke
davon in fünf Städten durch fremde Druckereien, In vier von diesen fün
Fällen macht der Bild-Druckauftrag über zwei Drittel des gesamten Druc
volumens der betroffenen Betriebe aus, deren Rentabilität damit untren
bar an das Geschäft mit Springer gebunden ist. Auch die sich hieraus e
gebenden Einflußmöglichkeiten auf die Produktion anderer Publikationen
wurden von Springer nicht ungenutzt gelassen.

c) Schließlich erlauben die technischen Vorteile des Großkonzerns Spri
ger, Anzeigenaufträge billiger anzunehmen als andere Presseunternehmen
es können. Das hat zur Folge, daß er mehr Aufträge erhält als andere,
was ihm wiederum einen weiteren Größen- und Rentabilitätsvorsprung sic
All das heißt, daß Springer aus ökonomischen Gründen einen erheblichen
Druck auf die gesamte deutsche Presse ausüben kann, einen Druck, der w
über den von zählbaren Marktanteilen hinausgeht. Allein die Möglichkei
daß er seine Macht zur Vernichtung von Konkurrenten einsetzen kann, en
hebt ihn zugleich in der Regel der Notwendigkeit, dies auch tatsächlic
zu tun: Fremde passen sich den Springerschen Vorstellungen klugerweise
an, ehe diese in Form von Druckmitteln unterstrichen werden. Und bei d
Journalisten wird das, was in Wirklichkeit von Springer diktierte exis

tenzsichere Notwendigkeit ist, rationalisiert und zu einem Denk- und Schreibstil entwickelt, der dem der Springerpresse zum verwechseln ähnlich ist und zu einer Gleichschaltung führt, die die gesamte deutsche Presse tendenziell zur Springerpresse werden läßt.
Daß dies so ist, liegt allerdings nicht an der Person und Leistung Springers. Es ist vielmehr das Produkt einer Entwicklung, in der individuelle Eigenheiten und kaufmännische Tüchtigkeit, die man gern für Springers Größe verantwortlich macht, eine allenfalls zusätzliche, keinesfalls aber entscheidende Rolle gespielt haben. Das Wachstum des Springerkonzerns ist Teil der sozio-ökonomischen Entwicklung nach dem Kriege, einer Entwicklung, in der die Vorkriegsverhältnisse in bezug auf Einkommen und Vermögensverteilung, Konzentration von Wirtschaftsmacht und Herrschaft der privaten Unternehmer im Prinzip unverändert wiederhergestellt worden sind. In dieser Hinsicht ist die Expansion Springers bei gleichzeitiger Not und Vernichtung vieler kleiner Zeitungsverlage ein "normaler" Prozeß in der Phase spätkapitalistischer Konzentrationsvorgänge, der hier infolge der kriegsbedingten Lücken besonders beschleunigt abgelaufen ist. Die objektive Ursache dieses Prozesses ist die Steuerung der Expansion von Zeitungsbetrieben genau wie von anderen Betrieben in unserer Gesellschaft nach dem Kriterium privatwirtschaftlicher Rentabilität, die zu ökonomischer Konzentration und zu Erscheinungen wieder Herrschaft eines Produzenten über einen ganzen Markt führen muß.
Diese weitgehend technologisch-formale Notwendigkeit hat im Bereich der Zeitungsindustrie jedoch Folgen, die nicht nur die Form der Herstellung der Waren, sondern auch den Inhalt der hergestellten Waren, der Zeitung also den Inhalt der Informations- und Meinungsbildung betreffen. Ein Blick auf die Erlösstruktur kann dies bestätigen und zugleich erklären: Die Erlöse von Zeitungen setzen sich seit Jahren zu etwa 25 bis 35 % aus Vertriebs- und zu 65 % bis 76 % aus Anzeigenerlösen zusammen. Was den Vertrieb angeht, so sind Presseerzeugnisse in dieser Hinsicht Waren unter anderen Waren, die sich mit verschiedenen Methoden ihren Absatz zu sichern haben. Anders verhält es sich mit den Anzeigen: Presseerzeugnisse sind selbst ein Absatzinstrument für alle Arten von Waren einschließlich ihrer selbst. Sie sind - trotz aller Lamentos der Zeitungsverleger über die mörderische Konkurrenz des Fernsehens - bei weitem das wichtigste Absatzförderungsmittel für die werbungstreibende Wirtschaft: 72 % der gesamten Umsätze für Wirtschaftswerbung entfielen noch im ersten Halbjahr 1967 auf Zeitschriften und Zeitungen. Die Rentabilität der Privatwirtschaft hängt zu einem erheblichen Teil von den Erfolgen der Werbekampagnen in der Presse ab, deren Rentabilität auf dem Beschaffen von Anzeigenaufträgen beruht.
Ein Unternehmen, dessen Erfolg und Lebensfähigkeit durch den Erfolg bei der Werbung für den Absatz der Produkte der Privatwirtschaft bestimmt wird, ist dadurch jedoch nicht nur formal, sondern auch inhaltlich auf dieses System der Privatwirtschaft festgelegt. Vom Gesichtspunkt dieser Grundlage aus, wird auch die heute noch immer formal aufrechterhaltene Trennung von Anzeigen- und redaktionellem Teil unbedeutend, da auch der letztere prinzipiell nur eine Bestätigung des ersteren, die "Fortsetzung der Anzeigen mit anderen Mitteln" sein kann. Vor jeder solchen Trennung und vor jedem anderen Interesse steht das Interesse an der Rentabilität einer Zeitung, die nur innerhalb eines systemkonformen Funktionierens der privatkapitalistischen Gesellschaft zu garantieren ist. Die Verleger, die - zuweilen sicher in gutem Glauben - ihr primäres Rentabilitätsstreben damit begründen, nur eine gutgehende, gewinnabwerfende Zeitung sei in der Lage, eine wirklich unabhängige Zeitung zu bleiben, übersehen, daß auch das Gewinnabwerfen an Bedingungen geknüpft ist, die eine Unabhängigkeit fraglich erscheinen lassen; sie übersehen, daß die Methode zur Realisierung der Unabhängigkeit, die über den Markt vermittelte Gewinnmaximierung, die angestrebte Unabhängigkeit selbst

schon ins Gegenteil verkehrt. Es geht nicht so sehr darum, daß einzelne Verlage durch einzelne Anzeigenkunden unter Druck gesetzt werden - hiergegen können sich die Verleger in der Regel wehren - es geht vielmehr darum, daß die Methode, verlegerische Unabhängigkeit zu erzielen, gleichzeitig die Methode ist, redaktionelle Abhängigkeit zu erreichen. Diese Methode äußert sich explizit meist nur in den allgemeinen Richtlinien des Verlagsleiters, implizit aber durch den sehr viel weiterreichenden Konsensus der Mächtigen im Verlag und die nachhaltige Durchsetzung dieses informellen Konsensus auf den unteren Ebenen der Redaktionen. Kritik als wichtige Funktion der Öffentlichkeit kann auf dem Boden einer solchen existenzsichernden Entscheidung nicht mehr umfassend, sondern nur noch partikulär sein; ihre Aufgabe ist darauf reduziert, das bestehende System in seiner Gesamtheit nur noch reibungsloser und perfekter funktionieren zu lassen.

Auf der Grundlage dieser Überlegung ist es nicht verwunderlich, daß im Springerverlag als dem technisch-ökonomisch am weitesten fortgeschrittenen Pressekonzern in der BRD die Implikationen des Rentabilitätsprinzips für die private Presse auch am deutlichsten Gestalt angenommen haben, daß mit anderen Worten Springer-Zeitungen im besonderen Maße die Interessen der Gruppen vertreten, die die unternehmerische Privatwirtschaft unter allen Umständen erhalten wollen. Diese Gruppen sind einmal die Unternehmer selbst und zum anderen die Regierung, welche mit Unterstützung und Hilfe der Wirtschaftsverbände die Macht gewonnen hat und sie in deren Sinne ausübt.

Springers Zeitungen sind wegen ihrer privatwirtschaftlichen Konstrukti und ihrer ökonomischen Basis notwendigerweise Unternehmer- und Regieru zeitungen und damit in der gegenwärtigen Situation notwendigerweise Zeitungen der Reaktionen. Die durch die ausgeübte Manipulation der Leser zeigt sich wirtschaftlich in der permanenten Aufforderung zum Konsum u in der Weckung ständig neuer Konsumbedürfnisse auch im redaktionellen Teil einerseits, in der systematischen Erziehung zur politischen Unmündigkeit und Gleichgültigkeit andererseits. Diese Manipulation zu einer leicht beherrschbaren politischen Masse findet sich besonders in der Bild-Zeitung, aber in einer anderen Weise auch in den Illustrierten, vor allem in "Eltern", wo die Probleme dieser Welt auf die der rechten Ernährung und Aufzucht der Kinder reduziert werden.

Das Gegenstück zur Bildzeitung, dem Blatt für das "dumme" und manipulierte Volk, ist "Die Welt", die Zeitung für die herrschende Elite, deren Eigenschaften bezeichnenderweise nach den Selbstanzeigen des Blattes schließlich ökonomisch definiert sind: Grundbesitz, Hausbesitz, Einfluß im Wirtschaftsleben, etc., ein Selbstverständnis, das eine stark polarisierte Gesellschaft mit sehr ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilungen impliziert.

Jede Art der Opposition gegen diese autoritär gelenkte Konsumgesellschaft deren Erhaltung die Überlebensbedingung für die gegenwärtig Herrschenden ist, muß demnach auch die Öffentlichkeitsmaschinerie, die in Wirklichkeit ein Apparat zur Vernebelung der bestehenden Verhältnisse ist, gegen sich aufbringen. Wo die Öffentlichkeit der Presse zur "Öffentlichkeitsarbeit" für den autoritären Staat und die Unternehmer geworden ist, fordert jede demokratische Opposition und jede Arbeiterbewegung die Springerpresse heraus. Das erfahren die Arbeiter, wenn ihre Organisationen sich gegen Notstandsgesetze oder Lohnabbau wenden. Streiks für diese Ziele gelten der Springerpresse als verantwortungslos und gegen die Bevölkerung gerichtet. Die Unterdrückungsmechanismen erfahren aber auch die Studenten, die den Pakt von Wirtschaft und Staat zu einer autoritären Einheitsfront gegen eine Demokratisierung in der Bundesrepublik durchschaut haben und dagegen protestieren. Ihre Kundgebungen, die von einer klaren Konzeption getragen sind, haben bisher die schlimmsten Früchte Springerscher Hysterie hervorgerufen und sind mit unverhohlener Aufforderung

zur Selbstjustiz und zum offenen Terror von Seiten der Bevölkerung beantwortet worden.

Die inhaltlichen Implikationen des Rentabilitätsprinzips für die Press lassen es illusorisch erscheinen, von einer liberal-kapitalistischen P se eine Unterstützung demokratischer Bestrebungen zu erwarten, die übe bestimmte Formalien hinausgehen. Nur eine konsequente antikapitalistis Organisation der Öffentlichkeit und damit auch der Presse kann eine solche Unterstützung sichern. Die Enteignung des Springerkonzerns, die sich viele politische Gruppen gegenwärtig als politische Lösung zu eig gemacht haben, kann als politische Programmvorstellung genügen, sofern das, was nach dieser Enteignung kommt, nicht durch ein antikapitalisti sches Organisationsmodell geklärt worden ist. Das heißt aber nicht, da diese Forderung nicht erhoben werden sollte, denn es dürfte klar sein, daß die Enteignung und Zerschlagung des Springerkonzerns eine unerläßliche Vorbedingung für die Herstellung demokratischer Kontrollen ist und daß sie in der Tat wie kaum eine andere dazu eignet, erste Ansät einer kritischen Öffentlichkeit zu wecken und zu entwickeln.

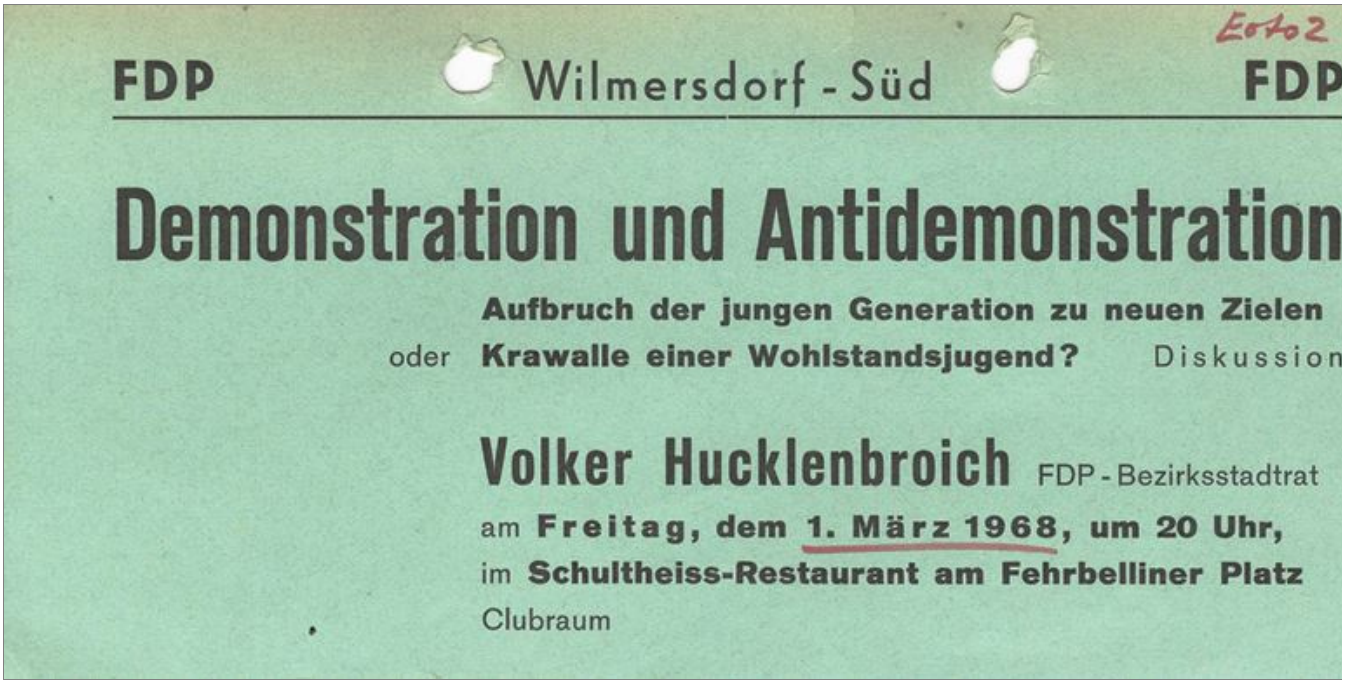
aus: express international, März 1968, S. 24

März 1968:
Peter Schütt verfaßt vermutlich im März seinen Artikel "Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68", der sich mit der Rektoratsfeier (vgl. 9.11.1967), den vorherigen (vgl. 7.11.1967) und den folgenden Entwicklungen (vgl. Dez. 1967, Jan. 1968, 4.1.1968, 13.1.1968, 30.1.1968, Feb. 1968, 26.2.1968) in den Bemühungen zur Säuberung der 'Braunen Universität Hamburg'.
Die Hamburger Kritische Universität, die für das Sommersemester weitere Aufklärungskampagnen zur 'NS-Vergangenheit und -Gegenwart Hamburger Dozenten angekündigt hat, wird vorerst an Belegen keinen Mangel haben. Ein vorbereitetes 'Weißbuch zur Professorenmoral' verspricht Bände."

U.a. über die Kritische Universität (KU) berichtet Schütt:"
Die Kontakte zu den Gewerkschaften, besonders zur IG-Metall-Jugend, sollen im Sommersemester intensiviert werden. Zum regelmäßigen Sprachrohr der Hamburger Studentenschaft gegenüber der Öffentlichkeit ist das 'Hamburger Extrablatt' geworden, das gegenwärtig alle vierzehn Tage in der Innenstadt, vor den Schulen und den Betrieben in einer Auflage von 12 000 Stück zum Preis von zehn Pfennigen verkauft wird. Zusammen mit der von der Hamburger SDS-Gruppe in unregelmäßiger Folge herausgegebenen 'Gegen-BILD-Zeitung' soll es dazu beitragen, die von der Springerpresse geschürten Vorurteile breiter Bevölkerungskreise gegenüber den Studenten und Intellektuellen abzubauen.
…
Der SDS nutzte die Schaufensterscheiben eines leerstehenden Kaufhauses, um die Bevölkerung mit Dokumenten, Wandzeitungen und Transparenten über seine Stellungnahme zum Vietnamkrieg, zu den Notstandsgesetzen (NSG) und zum Springerkonzern zu informieren."
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 380-389

01.03.1968:
Lars Müller berichtet vom Freiburger Fahrpreiskampf (vgl. 15.2.1968):"
Zwei Wochen später, zur Einführung der neuen Tarife, war die Nachbereitung der turbulenten Demonstrationstage bereits im Gange. Zahlreiche Schüler und Studenten hatten Vorladungen zur Kriminalpolizei erhalten. Sie wurden verhört und eingeschüchtert. 'Wir durften nicht zur Demonstration aufrufen (Rädelsführer)' aber 'wir können ja mal gucken, ob um 13 Uhr am Bertoldsbrunnen demonstriert wird' hieß es am Tag der Tariferhöhung in einem Flugblatt. Etwa 30 bis 40 Protestierer fanden sich ein, aber die Verkehrspolizei setzte sich mühelos durch. Die Straße wurde zwar nicht mehr blockiert, aber die Ereignisse der vorangehenden Wochen haben einen Damm gebrochen. Einmischung und Revolte wurden erprobt und gehörten seitdem zum Alltag, die Kämpfe wurden zu anderen Themen fortgesetzt."
Q: Müller, Lars: Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen. In: Stattzeitung für Südbaden Nr. 53, Freiburg Mai 2003.

01.03.1968:
In Berlin will die FDP Wilmersdorf-Süd eine Veranstaltung "Demonstration und Antidemonstration. Aufbruch der jungen Generation zu neuen Zielen oder Krawalle einer Wohlstandsjugend?" mit Volker Hucklenbroich durchführen.
Q: FDP: Demonstration und Antidemonstration, O. O. (Berlin) O. J. (1968)



01.03.1968:
Laut 'BED' erfolgt die Gründung des RC Düsseldorf.
Das Innenministerium NRW berichtet von den Republikanischen Clubs (RC - vgl. Berlin Mai 1967, 21.8.1968):"
Eine besondere Rolle spielt das 'Republikanische Centrum Düsseldorf', das sich nicht nur durch seinen Namen von den übrigen Clubs unterscheidet. Hier waren bereits bei der Gründung im Frühjahr 1968 kommunistische Funktionäre maßgebend beteiligt, die auch weiterhin ihren Einfluss geltend machen. Im Gegensatz zu den übrigen 'Republikanischen Clubs' kann in Düsseldorf von einer ausgesprochen kommunistisch gesteuerten Organisation gesprochen werden. Dem Vorstand gehören namhafte Vertreter der DKP an."
*Q: Innenministerium NRW: Extremismusberichte an den Landtag oder Landesbehörden 1969, Düsseldorf 1969, S. 14; Berliner Extra Dienst Nr. 16, Berlin ***1968, S. 5*

04.03.1968:
In München beginnt die 20. ordentliche Mitgliederversammlung des VDS, die bis zum 10.3.1968 dauert. Gefordert wird auch die Anerkennung der DDR. Im Vietnam-Bechluß wird eingetreten für die FNL und aufgerufen zu Protestaktionen.
Q: Diskus Nr. 3, Frankfurt Apr. 1968, S. 5; NHB: VDS-Politik anno '68…, Heidelberg O. J. (1968)

Parlamentarismuskritik: Protestkandidaten oder Mass

Die a. o. Delegiertenkonferenz des SDS

Foto ap

Denn die Organisation ist die Form der Vermittlung zwischen Theorie und Praxis.
Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein

Die außerordentliche Delegiertenkonferenz des SDS (29. bis 31. März), einberufen, um die Stellung des Studentenverbandes zur Bundestagswahl 1969 politisch und organisatorisch zu klären, begann mit einem Eklat:

Die Gruppe Bonn des SDS verlangte die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes „Denunziation". Der Anlaß war ein Interview Rudi Dutschkes mit der Zeitschrift „Capital". Aphorismen über sein finanzielles Gebaren (etwa: ich alles Geld, nur keines „aus der DDR, der Sowjetunion oder anderen kommunistischen Quellen"), geschmückt mit Fotos in Dressman-Manier, reichten aus, um einen Teil der SDSler auf die Palme zu bringen. Zumal er, laut „Capital", behauptet hatte, daß „ . . . auch die SDS-Gruppe Köln . . . nach Gerüchten mit DDR-Geldern unterstützt sein" solle. Die Forderung lautete: Ausschluß von Rudi Dutschke wegen „verbandsschädigenden Verhaltens".

In der anschließenden Diskussion wurde klar, daß das Aggressionsobjekt Dutschke lediglich Anlaß für die „Traditionalisten" gewesen war, während sie den Hauptfeind im angeblichen Antikommunismus des „antiautoritären Lagers" anprangerten. Die peinlich unkritische Solidarisierung eines Teils des SDS mit der DDR und der illegalen KP Westdeutschlands verhinderte eine inhaltliche Auseinandersetzung über die (Rückzugs-)Strategien der Kommunistischen Parteien Westdeutschlands und Westeuropas seit den fünfziger Jahren und eine Diskussion über die verdrängte sozialistische Revolutionierung in der DDR. Der von einigen Gruppen permanent vorgebrachte Vorwurf: „Ihr seid Antikommunisten — Ihr arbeitet dem Verfassungsschutz in die Hände", konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es hier um qualitative organisatorische und politische Differenzen in beiden „Lagern des SDS" ging. Die „Antiautoritären" verwiesen auf den Erfolg der Protestbewegung in den letzten Jahren, deren Stärke in „ihrem antiinstitutionellen, antibürokratischen Charakter" liegt und deren Kraft sich „im Kampf gegen die Institutionen und Verwaltungsapparate, in denen das Kapitalverhältnis seine Wirklichkeit hat" entfaltete (Antrag des LV Berlin). Die „Traditionalisten" verwiesen auf die Kaderarbeit der Rest-KP in industriellen Ballungsgebieten (Nordrhein-Westfalen) und beharrten auf der Adäquatheit von Geheimorganisationen Lenin'schen Typs unter den bestehenden Verhältnissen.

Die Antwort auf die Gretchenfrage: „Wie hält es der SDS mit dem Parlamentarismus?" war sition im Bundestag vertreten sollen) — sei es in Form einer Beteiligung an irgendeiner losen Wahlkoalition ab.

Die drei Beschlüsse, die zur Frage des Parlamentarismus durchgesetzt wurden, konvergierten nur in einem: in der entschiedenen Ablehnung jeglicher „positiven" Teilnahme am Wahlkampf. (. . . jedes Verhalten, wäre, die alte Illusion von der In gation an geschickte Interessenve aufzubauen" muß bekämpft werde Gäng).

Das politische Problem der auß Delegiertenkonferenz war jedoch taktische Frage der Beteiligung an tagswahlen 1969, sondern die org Veränderung des Studentenverban gang zu systematischer auße Arbeit: „Die Organisiertheit der au tarischen Opposition in Gestalt Kerne wird zur kardinalen Bedin teiligung der außerparlamentarisch an der Bundestagswahl." (Antrag Heidelberg).

Fast erscheint es selbstverständ Diskussion über die praktische U Ergebnisse der Kritik am Wahlsy Parlament keine konkreten Erg Aktionsvorschläge brachte. Relativ einstimmung zwischen beiden „Lag kam zustande, als festgestellt wurd hin die Hochschule die Ausgang zugsbasis des Studentenverbandes während die Berliner Fraktion Massenaktionen propagierte: „Im bestehende Herrschaft in der s schen Gesellschaft müssen Form ziation der rebellierenden Massen werden, die die Gegengesellsch modellhaft vorzeichnen" (Antrag d und die Heidelberger Resoluti „Gegenpropaganda" im Wahlkampf versuchte der Antrag des Bundesv sichtig, einige politische Leitlinien

Politisiertes Selbstverständ

Anmerkungen zur 20. ordentlichen Mitgliederversammlung

Vom 4. bis 10. März 1968 versammelten sich in München rund 300 Delegierte als Vertreter der rund 300 000 Studenten der bundesdeutschen Universitäten und Hochschulen zur 20. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), die in der Technischen Hochschule München eröffnet wurde. Neben der Diskussion um Hochschule und Hochschulreform standen rund hundert Anträge zum Teil hochschulpolitischen Inhalts auf dem Programm, so die Forderung, die DDR anzuerkennen, den Krieg der USA in Vietnam zu verurteilen oder eine Studentengewerkschaft zu bilden.

Während der dritten Nachtsitzung in der TH schälte sich zum ersten Male seit vielen Jahren eine neue Qualität politischer Diskussion im Studentenverband heraus. Was schon vorher durch die Abstimmung über den Vietnam-Antrag sichtbar geworden war, erhielt nun die notwendige theoretische Legitimation: der VDS war im Begriff, sich von einem Verband hochschulpolitischer Praktiker zu einem Organ der außerparlamentarischen Opposition zu entwickeln.

Der Antrag zum „Selbstverständnis studentischer Interessenvertretung", den die Hochschulkommission [1]) vorlegte, erschien der Mehrheit der Delegierten in seiner historischen Analyse zu unvollständig, zumal er praktisch-politische Konsequenzen aus der Analyse der Studentenvertretung vermissen ließ. Die politische Schlußfolgerung des Antrags: „Dabei muß sie (die Studentenvertretung) den Anspruch einer elitären Avantgarde aufgeben zugunsten einer breiten Zusammenarbeit mit allen radikaldemokratischen Kräften", war mehr ein Postulat, als daß es die Bedingungen politischer Aktivität zusammenfaßte. Ebenso verschwommen und abstrakt blieb der Antrag zur „Funktion und Organisation der Wissenschaft", in dem eine „angestrebte enge Vermittlung zwischen kritisch-wissenschaftlicher Tätigkeit und einer demo-

der Hochschule — in den Institute lungen — abzubauen." Konkret a fung jedes Listenwahlsystems an d zugunsten der direkten Delegation ten vom Arbeitsplatz aus in ü Gremien.

Zur Hochschulpolitik, deren ge Bedeutung im allgemeinen nicht bes lagen 3 Konzepte vor:

Vorstand und Hochschulausschu forderten neben dem bekannten Hochschul- und Studienreformmaß dabei ist nur die Vereinigung de ak. Räte und Lektoren im Status e ten") gleiche Beteiligung von V Professoren, Dozenten und Stud universitären Selbstverwaltung, d Drittelparität. Dagegen stand ein AStA Hamburg, jeder universit

Aus dem Vietnam-Be

Der VDS beschließt:

— Er verurteilt die US-Regieru Volk Vietnams und an ihren eige

— Er fordert die US-Regierung torium Nord-Vietnams definitiv mitsamt den Truppen und ihren Allianz, . . .

— Er sieht in der FNL Südvie vietnamesischen Volkes südlich

Der VDS fordert die Studentens

— koordinierte Protestaktione sieren . . .

— Widerstand (Auslieferungsb men zu initieren, die Kriegsmate

— Desertionskampagnen in de

— die Deserteure und ihre Hilfs

müsse ein devolutives Veto (d. h den Beratungsgegenstand noch Erörterung vor das sie entsenden

notwendig diffus: so einig sich die verschiedenen Gruppierungen des SDS in der Ablehnung des Parlaments als eines Instruments der Herrschenden waren, so uneinig waren sie sich in der Diskussion um einen etwaigen Eingriff in den Wahlkampf. Einige Gruppen hatten schon vor der DK eine Teilnahme am Zentrum (dem Zusammenschluß einiger linker Gruppierungen zu einem Wahlkartell, gegr. am 3. Febr. in Offenbach) beschlossen und hielten trotz entgegenlautender Beschlüsse der DK daran fest. Die „Antiautoritären" lehnten jede Form der Wahlbeteiligung, sei es in Form von „Protestkandidaten" (Kandidaten der außerparlamentarischen Opposition, die die Proteststimmen gegen die Manipulation der herrschenden Parteien sammeln und die außerparlamentarische Oppo-

kratisch organisierten politischen Praxis der Studentenvertretung" gefordert wurde. Dennoch wird der in diesem Beschluß formulierte Anspruch im folgenden Jahr die Legitimationsbasis sein sowohl für die Arbeit des VDS-Vorstandes als auch für die praktisch-politische Tätigkeit an den Universitäten.

Entschieden klarer gingen die politischen Leitlinien für das nächste Jahr aus dem Antrag der FU Berlin hervor: „Es wird daher notwendig sein, jeden Studenten in diesen Lernprozeß (der Interessenvertretung — M. W.) einzubeziehen, d. h. mit größtmöglichen Kompetenzen auszustatten. Damit wird es möglich, den heute häufig Fach und Politik trennenden (Studenten-)Parlamentarismus zugunsten einer bewußten Interessenvertretung an den entscheidenden Orten

Fahrschule E + E Hanslik
Civil-Ing.

Grundgebühr 50,– Fahrstunde 12,–

6 Frankfurt/Main Reuterweg 66 Telefon 72 59 83

6451 Dörnigheim a. M. Hermann-Löns-Straße 7 Telefon Hanau 9 84 19 30

H

zur Diskussion zu bringen) eingere
In den Entscheidungsgremien sel
orientiert an Sachaufgaben und
bereichen — eine „funktionsdiffere
tät" eingeführt werden.
Schließlich lag noch die von der F
„Selbstverständnisantrag" vertrete
tion vor, statt der Drittelparität e
Vetorecht für jede universitäre G
führen, da nur so erreicht werden
Entscheidungen rational begründet
so dem Bereich machtpolitischen In
entzogen werden".
Der Hamburger Ergänzungsantrag
lehnt, weil er nicht imstande sei, de
der Studenten auf eine demokratis
sität gerecht zu werden, zumal da
lich als nur devolutiv gekennzei
nicht den Zwang zu rationaler Be
der Beschlußanträge beinhaltet,
einem generellen Vetorecht der Fa
In der endgültigen Fassung des
wurde festgehalten, daß die gefor
nahmen — und damit auch die Drit
als „notwendige Zwischenfixierung"
kratisierungsprozesses zu betrachte
Forderung nach paritätischer Bete
(drei) in der Hochschule vertreten
wurde mit überwältigender Mehrhe
Trotz der auf der 14. ordentlichen M
sammlung 1962 beschlossenen
VDS", die bereits die prinzipielle
zu politischen Fragen aussprach [2]).

04.03.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Über den Drahtzieher Zundel und wie wir uns seiner erwehren können" des SDS zum Artikel von Günter Wallraff in der März-Ausgabe der 'Konkret' über seine Erfahrungen als Polizeispitzel gegen den SDS Heidelberg.
Q: SDS: Über den Drahtzieher Zundel und wie wir uns seiner erwehren können, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

Über den Drahtzieher Zundel und wie wir uns seiner erwehren können.

Günter Wallraff, der seinerzeit in "Pardon" die privaten Notstandsvorbereitungen der Unternehmer öffentlich gemacht hat, berichtet in der März-Nummer von "konkret" über seine Erfahrungen als SDS-Spitzel:
"Im Heidelberger Polizeigebäude ist das politische Kommissariat im 3. Stock, Zimmer 68. (...) Er (ein Kommissar) hört meine Geschichte an. Wir stehen dabei. Mit einem Blick auf die Sekretärin, die an der Schreibmaschine sitzt, flüstere ich. Er scheint den Fall nicht ganz verstanden zu haben, denn als er mich in sein Zimmer bittet, redet er mich mit "Herr Kollege" an. Als ein Telefongespräch zu ihm durchgestellt wird, sagt er mit einem Blick auf mich: "Nein, ich bin nicht allein, aber Sie können besorgt sprechen." Als ich Anstalten treffe, aufzustehen, um im Nebenraum zu warten, winkt er mir zu, ich soll sitzenbleiben. Am anderen Ende des Telefons muß gerade ein "V-Mann" sein, denn er sagt: "Ich habe bereits eine Ausarbeitung Ihres Berichts über den Studenten für den Oberbürgermeister erstellen lassen. Lassen Sie sich doch bald mal hier sehen." - Im weiteren Verlauf des Gesprächs wird ihm plötzlich klar, daß ich lediglich für einen Kontaktmann Material gesammelt habe, aber selbst kein "V-Mann" bin. "Dann haben Sie also gar nicht für uns gearbeitet?". Er nennt diese feste Agententätigkeit "arbeiten", im Gegensatz zum nebenberuflichen "spitzeln", was er aber auch nicht spitzeln nennt. Er umschreibt es: "Ihre Tätigkeit für uns..." Jetzt reagiert er wie der Beamte in Würzburg. Ich gebe ihm Name und Adresse an. "In ein paar Tagen sind wir soweit. Dann melden Sie sich wieder." - "Ich brauche ein Zimmer. Können Sie mir da behilflich sein?" - "Machen Sie schon mal eins fest. Das geht in Ordnung." Die Frage nach der Bezahlung scheint ihn nicht zu verwundern."

Das Gespräch in den Räumen der pol. Polizei läßt nicht erkennen, wer der betroffene Student ist, über den sich der Heidelberger OB Zundel informieren läßt. Soviel können wir jedoch feststellen, daß Zundel, der sich auf dem teach-in im Dezember noch als liberaler, toleranter, pluralistischer, überparteilicher Interessenausgleicher tarnte, dazu übergegangen ist, Dossiers über diejenigen, mit denen zu diskutieren er unfähig ist, anzulegen. Statt politisch mit der studentischen Opposition zu diskutieren, verfolgt er die Strategie der schleichenden Kriminalisierung der Studenten. Dem entspricht auch, daß inzwischen gegen 6 Heidelberger SDS Mitglieder Verfahren laufen. Auch gegen einen Teil der Studenten, die Selbstanzeigen erstattet haben, um die Rädelsführertheorie des Herrn Zundel zu durchbrechen, wurde bereits ermittelt. (Im Bundesgebiet und in West-Berlin laufen annähernd 1000 Verfahren bzw. Ermittlungen gegen SDS-Mitglieder.)

Die Kriminalisierung der Opposition ist die hysterische Antwort der winzigen Minderheit der Herrschenden. Da sie nicht demokratisch legitimiert sind, sondern technisch-manipulativ die Massen zu Objekten der Herrschaft degradieren, müssen sie hysterisch auf die Herausforderung durch die studentische Opposition reagieren. Die Studenten müssen darauf 2 Antworten geben:

1. Sich klar machen, daß die Herrschenden eine winzige Minderheit von Rädelsführern sind.
2. Durch direkte Aktionen die Kriminalisierung von einzelnen verhindern. Sowohl das Rathaus als auch das Gericht liegen in der Nähe der Universität.

S D S

06.03.1968:
Der AStA der Universität Mannheim bzw. dessen politischer Referent Richard Albrecht, gibt vermutlich heute ein Flugblatt "Schon wieder: Hochschulgesetz" heraus, in dem berichtet wird, dass der AStA das Gespräch mit Filbinger, dass dieser den ASten Heidelberg und Mannheim für den 5.3.1968 anbot, verweigert habe.

Auf der landesweiten Demonstration gegen das LHG in Stuttgart am 7.3.1968 werde man keine direkte Aktionen unterstützen und trete vielmehr für einen Streik dagegen ein.
Q: AStA: Schon wieder: Hochschulgesetz, O. O. (Mannheim) O. J. (1968)

02/03-68

Schon wieder: H O C H S C H U L G E S E T Z

Hier soll nicht noch einmal auf reaktionäre Tendenzen /Implikationen des Baden-Württembergischen Hochschulgesetzentwurfs eingegangen werden. Wir alle wissen, daß die drei wesentlichen Interessengruppen in der Universität - Studenten, Assistenten und Professoren - sich e i n d e u t gegen die Verabschiedung des Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode ausgesprochen haben.

Ungeachtet dieser Bedenken der vom Hochschulgesetz Betroffenen wird das Gesetz voraussichtlich wie geplant am 7. 3. 68 verabschiedet werden. Daß die Universität Mannheim möglicherweise § 69 (Ausnahmeparagrafen für Neu- und Reformunis) bekommt, erscheint in diesem Zusammenhang unwichtig. - Noch in letzter Minute - am 4. 3. 68, drei Tage vor der voraussichtlichen Verabschiedung - finden 'hearings' statt, die doch so kurz vor der 3. Lesung nur einen Zweck haben können: der studentischen und nichtstudentisch Öffentlichkeit soll glaubhaft gemacht werden, man bemühe sich um <u>strukturelle Reformen</u> des Universitätsbetriebs. Diese Behauptung kann ich nicht teilen. Ich glaube vielmehr, daß 'hearings' so kurz vor der Verabschiedung nur eine Verschleierungsfunktion haben; man versucht sich dann hinterher zu rechtfertigen: wir haben den beteiligten Gruppen genügend Möglichkeiten geboten, sich zu artikulieren. So betrachtet, man kann man diesen 'hearings' nur die Funktion eines 'demokratischen Feigenblatts' zugestehen.

Darüber hinaus wurde dem Heidelberger und dem Mannheimer AStA ein Gespräch mit Herrn F i l b i n g e r am 5. 3. 68 'gewährt'. Der AStA Mannheim lehnte dieses Gespräch ab und schickte keinen offiziellen AStA-Vertreter nach Stuttgart zur Villa Reitzenstein. Der Mannheimer AStA glaubt, daß nicht länger mehr hinter den Kulissen gemauschelt werden darf. Entweder die Institution Baden-Württembergischer Landtag spricht mit dem VDS-Landesverband, oder Herr Filbinger spricht mit Herrn Albrecht. (Und darauf legt Herr Albrecht keinen Wert) -

Der AStA Mannheim wird keine direkte Aktion, etwa go-in in den Landtag und Versuch eines sit-in's in der Halle des Landtagsgebäudes, initiieren noch unterstützen. Das würde am Donnerstag eine unvermeidbare Kollision mit den Ordnungsmächten bedeuten, die in diesem Zusammenhang einer langfristigen Kampfstrategie gegen das Hochschulgesetz nur schaden würde.

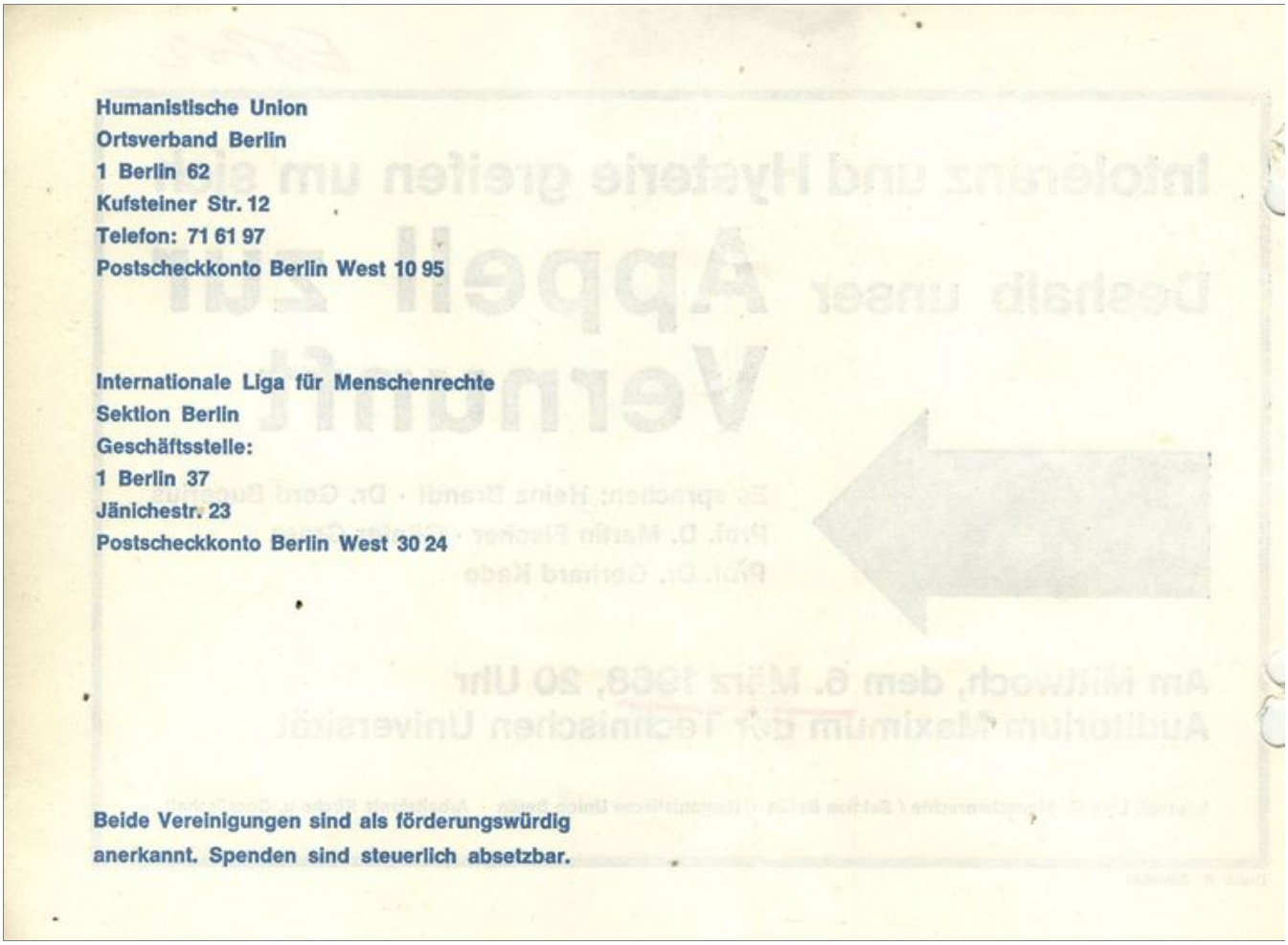
Statt dessen sollten nicht nur die offiziellen Studentenvertreter, politischen Hochschulgruppen und diejenigen, die bisher aktiv in die Hochschulpolitik eingegriffen haben, durchdenken, mit welchen adäquaten Mitteln die Studenten das reformhemmende Hochschulgesetz bekämpfen können (etwa einen V o r l e s u n g s b o y k o t t wie von den Teilnehmern der 20. o. MV des VDS vorgeschlagen).

Ich fordere alle Studenten auf, legitime und adäquate Kampfmaßnahmen gegen die Implikationen des von seinen Schöpfern als 'fortschrittlich' bezeichneten Hochschulgesetzes modellartig zu entwickeln und sie in den teach-ins, Aktionsbesprechungen u. ä. Veranstaltungen mit einer breiteren (studentischen) Öffentlichkeit zu diskutieren.

gez. Richard Albrecht
politischer Referent des AStA

06.03.1968:
Manfred Funke (vgl. Nov. 1977) berichtet vom linken Terrorismus in der 'BRD' (vgl. Berlin 2.6.1967, Frankfurt 2.4.1968) aus Berlin-Tiergarten:"
Brandanschlag auf das Kriminalgericht durch kombinierte Spreng- und Brandladung mit elektrischer Zeitzündung in abgestellter Aktentasche."
Q: Funke, Manfred: Terrorismus, Bonn 1977, S. 331

01.03.1968:
In Berlin riefen Internationale Liga für Menschenrechte (ILfM), Humanistische Union und der Arbeitskreis Kirche und Gesellschaft auf zur Veranstaltung "Appell zur Vernunft" mit Heinz Brandt, Dr. Gerd Bucerius, Martin Fischer, Günther Grass und Prof. Dr. Gerhard Kade im Audimax der TU auf.
Q: ILfM, HU, AKKuG: Appell zur Vernunft, Berlin O. J. (1968)



Humanistische Union
Ortsverband Berlin
1 Berlin 62
Kufsteiner Str. 12
Telefon: 71 61 97
Postscheckkonto Berlin West 10 95

Internationale Liga für Menschenrechte
Sektion Berlin
Geschäftsstelle:
1 Berlin 37
Jänichestr. 23
Postscheckkonto Berlin West 30 24

Beide Vereinigungen sind als förderungswürdig
anerkannt. Spenden sind steuerlich absetzbar.

07.03.1968:
In Heidelberg wird eine Wahlversammlung der SPD mit Dr. Brückner durch den SDS massiv gestört. SDS, SHB und Jusos verteilen dort ein Flugblatt, in dem es abschließend heißt:"
Schon ist die SPD selber nicht mehr vor faschistischen Methoden gefeit. Das SPD-Mitglied Schütz hat bewiesen, daß es auch im Faschismus funktioniert hätte".
Q: Innenministerium Baden-Württemberg: Verfügung: Verbot und Auflösung der Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Stuttgart 24.6.1970, zitiert nach: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 10, Bochum 29.6.1970; SDS, SHB, Jusos: Sehr geehrte Damen und Herren!, Genossinnen und Genossen!, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

07/05 -68

Sehr geehrte Damen und Herren !

Genossinnen und Genossen !

Die SPD sitzt in Bonn und in Stuttgart in einer großen Koalition mit der CDU. Die CDU ist die Partei, die seit Bestehen der Bundesrepublik die SPD, die bis Ende der fünfziger Jahre noch die Interessen der abhängig Arbeitenden vertreten wollte, erbarmungslos und mit allen Mitteln diffamierte. Systenatisch wurde die Sozialdemokratie, vor allem ihre Führer von dieser christlichen Partei durch Lügen, Verdrehungen und Manipulation fertig gemacht. Wie reagierten die SPD-Führer? Statt den Kampf aufzunehmen und die Arbeiterschaft zu mobilisieren, um gegen die reaktionäre CDU-Clique vorzugehen, flüchteten die SPD-Führer schließlich in die große Koalition mit der CDU.

Wie erklären wir uns als Sozialisten diesen Vorgang?

Die Entwicklung der Gesellschaft der Bundesrepublik war gekennzeichnet durch die Wiederherstellung der Herrschaft der Kapitalisten. Sie wurde durch die Westmächte vorangetrieben, die in Gestalt der Bundesrepublik ein anti-kommunistisches Bollwerk errichteten. Dabei mussten sie sich auf die herrschende Klasse stützen. So rückten die durch ihre Kollaboration mit dem Faschismus korrumpierten bürgerlichen Kader nach und nach wieder in ihre Positionen im Wirtschaft, Justiz und Politik win. Die SPD und ihre Führung, die aus dem Untergang der weimarer Republik nichts gelernt hatten, ging in dieser Situation des verschärften Klassenkampfes auf Rechtskurs, statt sich auf die Arbeiter zu stützen und den Widerstand zu organisieren. Sie machte die Politik der Restauration der Herrschaft des Kapitals mit, um so das Kapital zu "besänftigen." Vollendung dieser Entwicklung war das Godesberger Programm von 1959, wo verkündet wird: "Die SPD ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden", Nicht durch Kampf, Revolution, Absetzung der Herrschenden Klasse, nicht einmal durch einen Wahlsieg - durch bloßen Parteitagsbeschluß wurde so die SPD zur "Partei des Volkes".

Was tun ?

Gegen SPD, CDU, FDP und NPD hat sich die außerparlamentarische Opposition im Kampf gegen die Notstandsgesetze, [illegible] Springerkonzern und den US-Imperialismus gebildet. In ihr haben sozialistische Studenten eine Avantgarde Rolle inne. Die außerparlamentarische Opposition stellt den Rückhalt dar für diejenigen Genossen in der SPD, die versuchen eine linke Fraktion zu bilden, um die Arbeiter-Verräter von Schmidt-Schnauze bis hin zu Wehner samt ihren Anhängern zu stürzen und die Partei von der Karriere-Mafia, die Heute den Arbeiter-Genossen über das Maul fährt, zu säubern. Die SPD muß entweder und zwar sehr bald- eine sozialistische Partei werden oder sie wird zerschlagen werden! Für den Kampf gegen den Faschismus, der nicht nur in der NPD, sondern vor allem in der CDU und im Staatsapparat sich eingenistet hat, müssen klare Verhältnisse geschaffen werden.

Schon ist die SPD selber nicht mehr vor faschistischen Methoden gefeit. Das SPD-Mitglied Schütz hat bewiesen, daß es auch im Faschismus funktioniert hätte

S D S S H B und Jungsozialisten

07.03.1968:
Auf der landesweiten Demonstration gegen das LHG in Stuttgart verteilt der SDS Heidelberg ein Flugblatt, das sich an die Abgeordneten des Landtags richtet.
Q: SDS: Abgeordnete!, Heidelberg O. J. (1968)

07/03-68

ABGEORDNETE!

Solidarisch mit allen demokratischen und deshalb oppositionellen Gruppen im Lande protestieren wir scharf gegen Euer Hochschulgesetz. Wir sind leider nicht in der Lage, da Argumente für Euch nicht ausreichen, Euch Vertreter staatlicher Macht an der Verabschiedung des reaktionären und autoritären Gesetzes zu hindern. Ihr "Volksvertreter" werdet keineswegs für eine Universitätsreform, sondern gegen die Universitäten und über sie hinweg entscheiden. Eure Unfähigkeit, ein fortschrittliches Gesetz zu schaffen, habt Ihr zudem in vielen privaten und öffentlichen Stellungnahmen bewiesen.

Der Regierungsentwurf Eures Kultusministers vom Sommer 67 war, wenngleich ein Abklatsch des hessischen Hochschulgesetzes, noch fortschrittlich im Vergleich zum jetzigen Entwurf, obwohl etwa Immatrikulations- und Exmatrikulationsbestimmungen schon damals schärfsten Widerspruch fanden. Mit der Präzisierung der studentischen Forderungen und der Wünsche des Mittelbaus nach 1/3-Parität und Öffentlichkeit, nach Beseitigung der Bestimmungen über numerus clausus, Zwangsexmatrikulation und Disziplinarrecht ging eine Präzisierung Eurer reaktionären und restriktiven Bestimmungen im Gesetzentwurf parallel. Die Willensbildung unter den Studenten und den Mittelbauvertretern bewegte Euch, o Parlamentarier, dazu, die eigentlich den Grundordnungskommissionen zugedachten Bestimmungen schon bis ins unerträgliche Detail vorwegzunehmen. Offenbar fürchtet Ihr Euch vor der Einflußnahme der politisch wach gewordenen Studenten auf die Arbeit der Grundordnungskommissionen. Ihr habt damit versucht, die politische Willensbildung und den Demokratisierungsprozeß an den Universitäten zu übergehen und zu unterdrücken.

Die progressiven Kräfte an den Universitäten werden mit erbittertem Widerstand auf Eure und der Administration autoritäre Maßnahmen, die durch Euer Gesetz legitimiert werden, antworten und durch Selbstorganisation des Wissenschaftsbetriebes die Position der Universität als Avantgarde einer demokratischeren Gesellschaft neu bestimmen.

Ihr "Volksvertreter" wißt sehr wohl, daß dieses Gesetz weder

fortschrittlich, noch liberal, sondern teilweise grundgesetzwidrig ist, wie einige Verfassungsbeschwerden in Zukunft beweisen werden. Daß Ihr mit unseren Gegenaktionen rechnet, zeigt der Antrag der Volksboten von der CDU-Fraktion, der Blankovollmachten gegenüber Demonstranten verlangt: die Polizei soll vor Vorwürfen bei gewalttätigem Vorgehen "konsequent abgedeckt" werden. Dabei habt Ihr Euch wohl eines Polizeigesetzes von Hermann Göring erinnert, das inhaltlich und formal schon kaum mehr erstaunliche Übereinstimmungen mit dem Antrag Eurer Freunde von der CDU aufweist.

Wirklich oppositionelle Kräfte werden in Deutschland von den Herrschenden, das seid wohl bis jetzt noch Ihr, offensichtlich stets mit ähnlichen Methoden liquidiert. Das beweisen Eure Bestrebungen um ein SDS-Verbot, brutale Polizeiaktionen, diffamierende Behauptungen bis hin zur Pogromhetze, Eure Anträge, die den Charakter von Ermächtigungsgesetzen haben (s.o.) und schließlich Euer unglaubliches Hochschulgesetz!

ABGEORDNETE DENUNZIERT EUCH SELBST ALS ANTIDEMOKRATISCH UND STIMMT FÜR DIESES GESETZ !!!

SDS-Heidelberg

07.03.1968:
Auf der landesweiten Demonstration gegen das LHG in Stuttgart verteilt der SDS Stuttgart ein Flugblatt "Unruhe durch Hochschulgesetz!" an die Bevölkerung.
Q: SDS: Unruhe durch Hochschulgesetz!, Stuttgart O. J. (1968)

07/02-68

UNRUHE DURCH HOCHSCHULGESETZ!

Arbeiter, Bürger, Schüler!

Ihr wundert Euch vielleicht über die Form unseres Protestes; man sagt Euch, wir sollten lieber studieren, wir würden die Demokratie gefährden und dergleichen mehr.

Mit unserer Demonstration wenden wir uns an Sie.
Wir mußten erkennen, daß sachliche Diskussionen mit Abgeordneten zum Teil nicht geführt werden können und daß jahrelange Gespräche nutzlos waren. Ausser einem Teil der Professoren, die nach wie vor wie kleine Fürsten über ihre Assistenten und Studenten verfügen wollen, wehren sich alle Angehörigen der Hochschulen gegen das Hochschulgesetz der Regierung der großen Koalition. Trotzdem will die Regierung rücksichtslos dieses Gesetz durch den Landtag peitschen.

das legitime Recht der Bevölkerung ist es, ihre Meinung auf der Straße zu sagen. Wenn die gewählten Vertreter versagen, wie in dieser Frage, ist es sogar die Pflicht zu protestieren.

Wir brauchen endlich demokratische Verhältnisse an unseren Hochschulen - Studenten und Assistenten wollen endlich entsprechend ihren Fähigkeiten an den Hochschulen bei Forschung und Lehre mitsprechen.

Autoritäre Gesetze und Polizeimaßnahmen, wie zum Beispiel gestern in Tübingen, als die politische Polizei Flugblätter beschlagnahmte, sind keine geeignete Antworten auf die Argumente von Studenten und Assistenten. Mit autoritären und polizeistaatlichen Mitteln werden Hahn & Co. nicht erreichen, daß wir zu den alten Zöpfen an den Hochschulen schweigen.
Wir teilen die Meinung von Professor Gottschalch:
" Faktisch sind die Parlamente zur Bedeutung von Standesämtern herabgesunken. So wie häufig längst und anderswo vollzogene Ehen von den Standesämtern nachträglich legalisiert werden, so legalisieren die Parlamente längst und anderswo gefaßte Beschlüsse.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Stgt., Schellingstr.6

07.03.1968:
Auf der landesweiten Demonstration gegen das LHG in Stuttgart verteilen HSU Tübingen, SDS Tübingen und Studentische Linke (SL) Tübingen ein Flugblatt an die Bevölkerung.
Q: HSU, SDS, SL: Liebe Mitbürger!, Tübingen O. J. (1968)

07/03-68

Liebe Mitbürger!

N a t ü r l i c h sind das wieder die Studenten, die da heute demonstrieren und auch Ihnen dieses Flugblatt in die Hand drücken!
Schon möchten Sie es wieder weglegen und möchten in Ruhe gelassen werden. Sie verstehen nicht, warum wir immer demonstrieren müssen, und Sie finden, wir sollten lieber nach Hause gehen und studieren.
Nach allem, was Sie im Fernsehen und in den Zeitungen über uns hören, müssen Sie eine sehr schlechte Meinung von uns haben. Aber das Fernsehen gehört den großen Parteien, und die Zeitungen gehören einigen reichen Leuten, die ihr Geld damit verdienen, Zeitungen zu machen.
W i r haben keine Möglichkeit, unsere Meinung zu verbreiten, außer dadurch, daß wir solche Demonstrationen machen und uns mit Flugblättern und in Gesprächen direkt an Sie wenden.
Darum sollten Sie allein schon aus Fairness einmal lesen, was wir Ihnen hier sagen wollen.

Heute wird hier im Stuttgarter Landtag ein sogenanntes neues "Hochschulgesetz" verabschiedet.
Daß ein solches Hochschulgesetz gemacht wird, ist dringend notwendig, denn 17 Jahre lang haben unsere Gesetzgeber in dieser Hinsicht nichts getan. Nun plötzlich, als der Bildungsnotstand offensichtlich wurde, und es an den Universitäten anfing, unruhig zu werden, wollte unsere Regierung Hals über Kopf ein solches Gesetz machen.
Schon als hier in Stuttgart die Große Koalition gebildet wurde, hatte es einen unschönen Kuhhandel gegeben:
Die SPD hatte einen viel fortschrittlicheren Gesetzentwurf ausgearbeitet als die CDU, aber da sie um jeden Preis in die Regierung wollte, ließ sie den eigenen Entwurf kurzerhand fallen, und die CDU machte dafür ein Zugeständnis in irgendeiner anderen Frage. (Motto: zwei links, zwei rechts) So war man sich schnell einig. Alle Gegensätze verschwanden im großen christlich-sozialdemokratischen Koalitionseintopf.
Die Regierung legte also im Landtag nun den ehemaligen CDU-Entwurf vor. Daraufhin gab es eine Vielzahl von Protesten an den Universitäten. Der Landtag wurde unsicher und bildete einen Ausschuß. Um die Studenten zu beruhigen, machte man sogenannte "Hearings", in denen die verschiedenen Vertreter der Universitäten angehört wurden.
Es muß ein ziemlicher Schock für die Abgeordneten gewesen sein, als sich nun nicht nur die Studenten, sondern auch Assistenten und Professoren gegen den Entwurf der Regierung aussprachen und eine große Zahl von Gegenvorschlägen machten. Die Vertreter der Studentenschaften und Assistentenvereinigungen des Landes legten sogar einen vollständigen eigenen Gesetzentwurf vor, und ebenso auch die Jungsozialisten. Und nicht nur das: Die Studenten luden zu öffentlichen Diskussionen ein, denen sich die Landtagsabgeordneten aber regelmäßig entzogen; sie drückten ihre Meinung in Resolutionen aus; sie nutzten alle denkbaren Möglichkeiten.
Statt aber mit ihnen diese Vorschläge zu diskutieren, zog sich der Ausschuß zurück und umgab seine Arbeit mit höchster Geheimhaltung. Erst kurz bevor der neue Entwurf dann wieder dem Parlament vorgelegt wurde, erfuhr man, was die Volksvertreter ausgebrütet hatten. Und das war höchst enttäuschend. Im Grunde hatte sich nämlich gar nichts geändert, es war nur anders ausgedrückt. Nahezu alle Vorschläge, die gemacht worden waren, waren einfach übergangen worden.
Alle Gruppen an allen Hochschulen reagierten mit eindeutiger und scharfer Ablehnung. Aber das konnte nichts mehr ändern.
Alles ging nun ziemlich schnell, und heute wird man das Gesetz bereits verabschieden.

Vielleicht langweilt Sie diese ganze Geschichte. Aber stellen Sie sich doch einmal vor, was das bedeutet:

b. w.

Unsere Volksvertreter machen über uns Gesetze, und wir haben überhaupt keine Möglichkeit, darauf Einfluß zu nehmen. Das zeigt aber doch, daß unsere Volksvertreter überhaupt keine Volksvertreter mehr sind. Die zwei großen Parteien teilen sich die Macht, und alle vier Jahre wieder schenken wir ihren Kandidaten unser Vertrauen - und die fassen das dann so auf, als sei ihre Wahl eine Art Generalvollmacht und sie schuldeten ihren Wählern keine Rechenschaft mehr.
(Demnächst wird wieder so eine Wahl stattfinden. Wollen Sie nicht Ihre Wahlgewohnheiten überprüfen? Übrigens: es wird auch wieder eine Linkspartei geben!)

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus"

- steht in unserem Grundgesetz. Genau das ist der eigentliche Gedanke der Demokratie. Haben Sie das Gefühl, daß das noch stimmt?!
Die Wahrheit ist doch: Wir werden verwaltet. Eine kleine Gruppe von Leuten in den Spitzengremien der Parteien, in den staatlichen Bürokratien und in der Industrie haben uns völlig in der Hand. Und wir haben keinen Einfluß mehr darauf, was sie mit uns machen.
Die Wahrheit ist doch: Das Volk hat keine Macht mehr. Und es wird in den Parlamenten auch nicht mehr vertreten. Denn die Abgeordneten, die heute das Hochschulgesetz beschließen werden, wissen überhaupt nicht, was sie da eigentlich beschließen.
Ihre Parteiführer haben ihnen gesagt, sie sollen für das Gesetz stimmen, und so heben sie willig die Hand. Und bei den übrigen Gesetzen ist das nicht anders.
Bei all den wichtigen Entscheidungen, die unseren Alltag bestimmen, sind wir nur Statisten. Und das wissen S i e so gut wie wir. Warum T U N S i e n i c h t s ?!

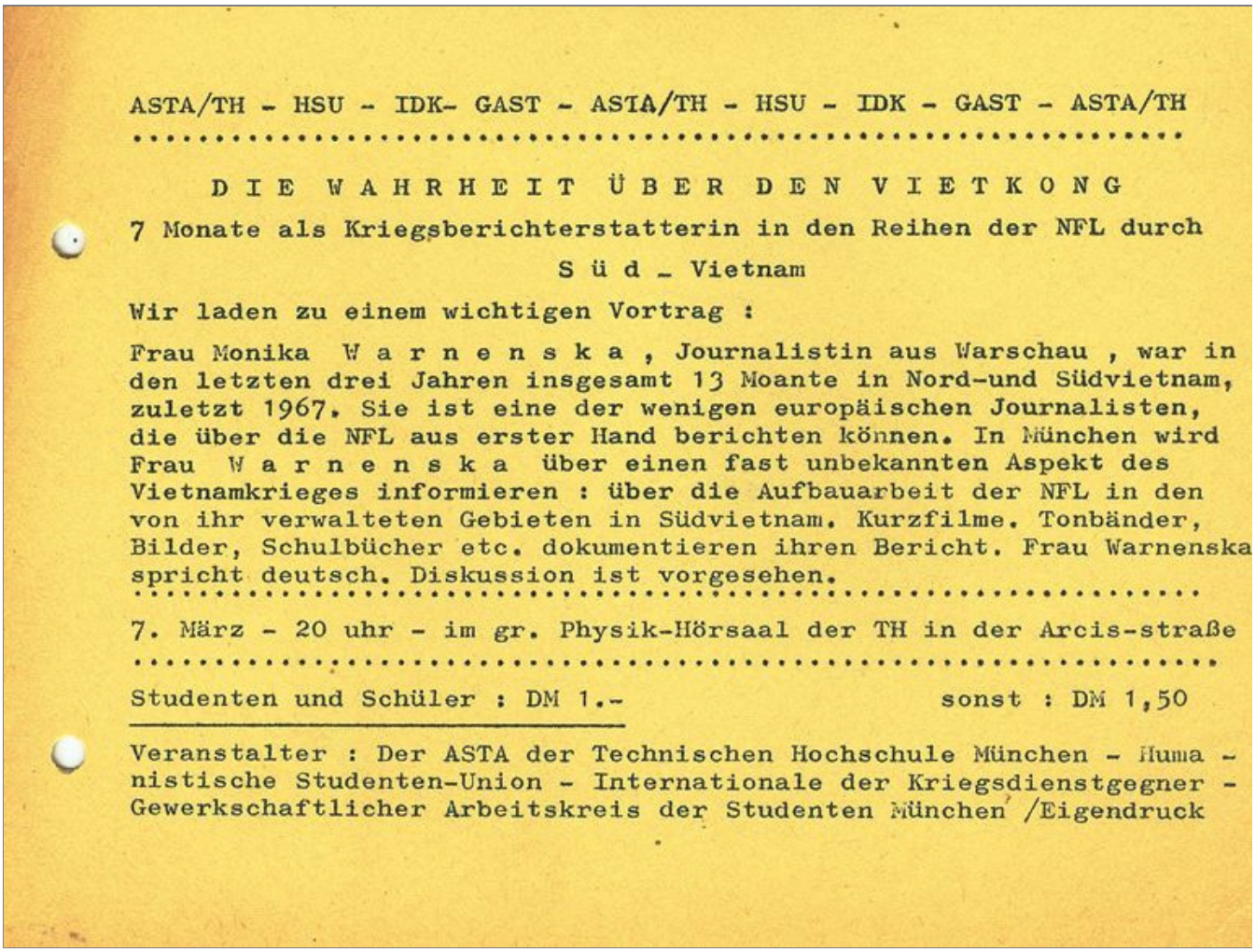
Wir Studenten kämpfen nicht nur für Mitbestimmung in der Universität. Wir kämpfen zugleich dafür, daß in diesem Staat alle Staatsgewalt wieder vom Volke ausgeht. Dafür werden wir von denen, die jetzt die Macht haben, verleumdet, und man versucht, die Bevölkerung gegen uns aufzuhetzen.
Aber wir haben die Hoffnung, daß Sie bald begreifen werden, daß unser Kampf für Demokratie auch Ihr Kampf ist.
Wir müssen jetzt endlich lernen, uns selbst zu regieren. Verdammt noch mal, ist denn unsere Universität nicht auch f ü r u n s da, damit wir uns darin ausbilden ?!
Und ist Ihr Betrieb denn nicht auch für S i e da, damit Sie von dem Wert Ihrer Arbeit vernünftig leben können ?!
Warum nehmen wir nicht endlich in Besitz, was doch von u n s e r e r Arbeitskraft lebt ?!
Warum nehmen wir nicht endlich diesen Staat in Besitz, der doch f ü r u n s da sein soll, denn er hat keine andere Daseinsberechtigung ?!
Von den wenigen starken Männern in den Spitzenpositionen bis zu dem einen starken Mann ist es kein so großer Schritt.
Wir müssen aufpassen!
Mehr noch: Wir müssen etwas tun!

S I E G E N A U S O W I E W I R !

Humanistische Studentenunion Tübingen
Sozialistischer Deutscher Studentenbund Tübingen
Studentische Linke Tübingen

(Verantwortlich für den Inhalt: Franz-Josef Meyer, 74 Tübingen, Wilhelmstr. 90)

07.03.1968:
In München luden der AStA der TH, die Humanistische Studentenunion (HSU), die Internationale der Kriegsdienstgegner und der Gewerkschaftliche Arbeitskreis der Studenten (GAST) ein zum Vortrag von Monika Warnenska, "Die Wahrheit über den Vietkong" in der TH.
Q: AStA TH, HSU, IdK, GAST: Die Wahrheit über den Vietkong, München O. J. (1968)



ASTA/TH - HSU - IDK- GAST - ASTA/TH - HSU - IDK - GAST - ASTA/TH

D I E W A H R H E I T Ü B E R D E N V I E T K O N G

7 Monate als Kriegsberichterstatterin in den Reihen der NFL durch

S ü d _ Vietnam

Wir laden zu einem wichtigen Vortrag :

Frau Monika W a r n e n s k a , Journalistin aus Warschau , war in den letzten drei Jahren insgesamt 13 Moante in Nord-und Südvietnam, zuletzt 1967. Sie ist eine der wenigen europäischen Journalisten, die über die NFL aus erster Hand berichten können. In München wird Frau W a r n e n s k a über einen fast unbekannten Aspekt des Vietnamkrieges informieren : über die Aufbauarbeit der NFL in den von ihr verwalteten Gebieten in Südvietnam. Kurzfilme. Tonbänder, Bilder, Schulbücher etc. dokumentieren ihren Bericht. Frau Warnenska spricht deutsch. Diskussion ist vorgesehen.

7. März - 20 uhr - im gr. Physik-Hörsaal der TH in der Arcis-straße

Studenten und Schüler : DM 1.- sonst : DM 1,50

Veranstalter : Der ASTA der Technischen Hochschule München - Huma - nistische Studenten-Union - Internationale der Kriegsdienstgegner - Gewerkschaftlicher Arbeitskreis der Studenten München /Eigendruck

07.03.1968:
In Hamburg erscheint das 'Hamburger Extrablatt' Nr. 4 (vgl. 22.2.1968) mit dem Leitartikel "Vietnam: Donald Duck verliert Federn". Dazu erscheint die EXTRA-Dokumentation: "Amerikas langer Marsch ins Meer".

Aus Berlin wird von Pogromen gegen Kommunisten berichtet in: "Schneidet ihr die Haare ab, schlagt sie tot!". In "Nazi sein dagegen sehr" wird auf die Vergleiche der APO mit den Nazis eingegangen. Berichtet wird: "Ledige Mütter: Das Finanzamt schläft mit". Dokumentiert wird eine "Neue Schweinerei für den Volkswartbund: Ihre süßeste Stelle".

Aus Hamburg wird berichtet über die CDU bzw. Erik Blumenfeld und seinen Nachfolger Dietrich Rollmann in "'Kohlen-Erik' fiel vom Stuhl". Aus Berlin wird in "Harry schafft die SPD" berichtet über Harry Ristock.
Q: Hamburger Extrablatt Nr. 4, Hamburg 7.3.1968

EXTRA

HAMBURGER EXTRABLATT

-,10

Nr. 4/68 7. März erscheint 14täglich

Geheimdokumente enthüllt:

Amerikaner planen Diktatur in Natostaaten

Sensationelle Enthüllungen in der März-Nummer.

ko

an jeden

Vietnam: Donald Du verliert Fe

Um Sai
vietnamesi
heiten zu
Dschungel
einem neu
gegen. Üb
ten Kaiser
Wochen la
Die ame
Truppen (
Wochen an
unterlegene
Zähne aus.
Der viels
Vietnam-Kr
de des Krie
kennen.
Lesen S
Dokument

Schneidet ihr die Haare ab, schlagt sie tot!

FOTO: dpa

Das Mädchen lag am Boden. Die Sadisten um der Ordnung willen - die Ordentlichen Menschen - standen bereit, ihr den Rest zu geben.

So begann, Februar in Berlin, der lange, heiße Sommer des Jahres 1968, der die bestellten Emotionen einer beschädigten Generation in Form brutaler, nackter Gewalt auf die Straße bringen wird.

Weiter auf Seite 4

Nächtliche Revoluzzer in der CDU: Blumenfeld fiel vom Stuhl

Bericht Seite 3

Nazi sein dagegen sehr

Das Forum der jungen außerparlamentarischen Opposition sind die Straßen und Plätze der großen Städte. Je weniger sie gehört wird,um so lauter fordert sie Gehör.

Die Nazis vor 1933 auch - vergleichend warnend Bundestag, Regierung, Parteien, Kirchen.

Die Tatsachen: Die Nazis marschierten für Ordnung und autoritäre Formierung der Gesellschaft in wohlor-

Die Nazis von damals erprobten die irrationalen Kräfte von Blut und Nation.

Die junge Generation fordert gesellschaftliche Bewußtheit und internationale Verständigung.

Die Nazis waren schon damals die Älteren und forderten die Reaktion. Sie hatten mit der Jugend ein leichtes Spiel, die erst heute gelernt hat, nicht blindlings zu folgen.

ganisierten Kolonnen. Sie marschierten gegen die Demokratie, die sie für eine „schwache" Staatsform hielten.

Die protestierende Jugend fordert demokratische Diskussion und Demokratisierung eines erstarkenden Staates.

Die Nazis waren eine straff organisierte Partei. An der Spitze eine Gruppe, die die Zügel in der Hand hielt, die Parolen und Befehle ausgab.

Die Studenten und Schüler von heute wehren sich gegen die Uniformierung ihres Willens und pochen auf Diskussion in den eigenen Reihen.

Die heute Herrschenden werfen der protestierenden Jugend ihre eigenen damaligen Versäumnisse vor und sprechen trotzdem von faschistischen Methoden.

Sie können die damals noch nicht Geborenen recht gut als Alibi dafür gebrauchen, daß in Deutschland heute alles anders sei.

Aber sie wissen auch, daß die Jugend ihnen gefährlich werden kann, w e i l sie bewußter, also anders ist.

EXTRa

EXTRA

dokumentation

Amerikas langer Marsch ins Meer

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1967 flogen die Amerikaner über Vietnam 31 431 Einsätze und warfen 681 000 Tonnen Bomben ab. In Deutschland kennt man das. Allerdings fielen in ganz Deutschland während des ganzen zweiten Weltkrieges nur 641 000 Tonnen Bomben.

In Vietnam wird gestorben. Die Zeitungen berichten täglich darüber.

Seit Jahren gibt es einen weltweiten Protest gegen den Krieg der Amerikaner. Auch in den USA. Aus politischen Gründen meldeten die Regierungen der dritten Welt und Frankreich Bedenken an. Aus Gründen der Humanität protestieren Menschen unterschiedlicher Bekenntnisse. Die Liberale Partei Englands wie der Weltkirchenrat wie die Sozialisten Dänemarks.

„Wir haben die jetzige Generation der Vietnamesen abgeschrieben. Die Vietcong haben sie in der Hand. Wir hoffen nur, wir ziehen die nächste mit den Bombardierungen auf unsere Seite. Das ist die Art, wie man einem Bauern-Gegner beikommt. Wir werden sie mit unseren ausgeklügelten Waffen, die sie sich nicht leisten können, solange bearbeiten, bis sie um Gnade winseln."

General Westmoreland, Oberkommandierender der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam, Sommer 1967.

Inzwischen detonierte aber auch im Befehlsbunker General Westmorelands eine Vietcong-Granate, inzwischen beschießen die Vietcong das Zentrum Saigons direkt aus den Vorstädten.

„Die amerikanischen Soldaten in Vietnam wissen am besten, wie sicher die Soldaten des Vietcong mit der Bevölkerung leben können, ohne verraten zu werden. Hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, so erbrachte ihn die große Offensive...", schreibt die Frankfurter Rundschau am 19.2.1968.

Um die Solidarität der Bevölkerung mit dem Vietkong zu erklären und die Lage der Amerikaner zu verstehen, ist ein Blick auf die Vorgeschichte notwendig.

1. Die Besonderheiten der Kolonialpolitik Frankreichs in Vietnam vor 1941.

Bereits 1930 kommt es zu den ersten Aufständen gegen die Fremdherrschaft. Unter dem Namen Viet-Minh wird 1941 eine Nationalbewegung aller Schichten gegründet, die die Befreiung des Landes von den japanischen Invasoren und der kollaborierenden französischen Ko-

in das Land eingefallen waren.

5000 französische Soldaten, gerade aus japanischer Gefangenschaft entlassen, von den Briten bewaffnet, gehen gegen die Viet-Minh-Verwaltung in Saigon vor und lösen sie auf. Frankreich weigert sich 1946, die Souveränität der Demokratischen Republik Vietnam anzuerkennen.

Nach Zusammenstößen zwischen Einheiten der Viet-Minh-Volksarmee und französischen Truppen beginnt Ende 1946 der Indochina-Krieg.

3. Das amerikanische Interesse am Indochina-Krieg nach Begründung der Volksrepublik China.

Nach 1945 setzen die Franzosen in den von ihnen besetzten Gebieten Vietnams die traditionelle Kolonialpolitik fort. Die Landverteilung wird wieder rückgängig gemacht. Die Bauern müssen sogar rückwirkend hohe Pachtsätze an ihre ehemaligen Grundherren zahlen.

Bis 1950 stehen hinter den Viet-Minh ca. 80 Prozent der Bevölkerung Gesamtvietnams. Ein Jahr später verlieren die Franzosen die Kontrolle über ganz Nordvietnam nördlich des Roten Flusses. Die Amerikaner finanzieren zu diesem Zeitpunkt den Krieg zu zwei Dritteln.

„provisorisch" geteilt. Der Norden des Landes fällt an die Viet-Minh, der Süden wird französisches Einflußgebiet. Bis 1956 soll Vietnam im Zuge allgemeiner freier Wahlen wiedervereinigt werden.

Das Abkommen bestimmt weiter, daß die militärische Demarkationslinie am 17. Breitengrad „in keiner Weise als eine politische oder territoriale Grenze angesehen werden solle." Das Abkommen verbietet die Heranführung weiterer Militäreinheiten und die Einfuhr von Waffen und Munition. Die Errichtung von ausländischen Stützpunkten in beiden Zonen wird ausdrücklich untersagt.

5. Die den Genfer Abmachungen widersprechende, aber mit voller amerikanischer Unterstützung getroffene Entscheidung von „Kaiser" Bao Dai, daß Südvietnam ein eigener Staat ist und nicht die Absicht habe, über die Abhaltung von gemeinsamen Wahlen zu verhandeln.

1954 ernennt „Kaiser" Bao Dai, 1945 vertrieben, 1949 von den Franzosen wieder eingesetzt, von seinem Regierungssitz an der Riviera aus, Ngo Din Diem zum Premierminister. Bao Dai wird 1955 in einer „Volksabstimmung" abgewählt.

„Wir mußten die Stadt zerstören, um sie zu retten." Der befehlshabende amerikanische Offizier, der die Stadt Ben Tre einäschern ließ, 1968.

Diem, der von amerikanischen Beratern umgeben ist, läßt in einer manipulierten Wahl eine Versammlung wählen, die eine Verfassung mit besonderen Vollmachten für den Präsidenten Diem verab-

ungsfront (FNL) wird gegründet. Ende 1961 kontrolliert sie bereits mehr als die Hälfte der ländlichen Gebiete.

Das Diem-Regime erhöht seinen politischen und katholischen Druck auf die in der Mehrzahl buddhistische Bevölkerung. Buddhistische Mönche verbrennen sich 1963 öffentlich aus Protest.

Die Zahl der amerikanischen Berater wird auf 15 000 erhöht. Amerikanische Flugzeuge werfen Napalm auf „Vietcong-Dörfer".

„Wir haben nur bewiesen, daß wir selbst mit einer Armee von einer halben Million Menschen und 300 Mill. Mark am Tag nicht imstande sind, diesen nationalen Befreiungskrieg zu beenden." US-Senator Fulbright, 1967.

7. Die zunehmende Abhängigkeit der nach der Ermordung Diems amtierenden Militärregierungen von den Amerikanern und die direkte Beteiligung der USA am Bürgerkrieg in Vietnam

Nach einem Staatsstreich ergreifen 1963 die südvietnamesischen Generäle die Macht.

1964 kommt es zu den ersten Angriffen gegen Nordvietnam. Nach einem Zwischenfall im Golf von Tonking vernichten amerikanische Bomberverbände die gesamte nordvietnamesische Kriegsmarine.

Im gleichen Jahr gelingt es dem jungen Fliegergeneral Nguyen Cao Ky nach einem Umsturz die Regierung zu übernehmen.

8. Die Ausweitung des amerikanischen Krieges in

lonialmacht erreichen will.

2. Die Organisation des Widerstandes durch Ho Chi Minh.

Nach der Wahl von Ho Chi Minh 1943 von Vertretern aller vietnamesischen Gruppen zum Vorsitzenden der „Liga der revolutionären Parteien Vietnams", befreit die Volksarmee 1945 große Teile Vietnams von den Japanern, die 1939

1954 gewinnen die Viet-Minh die entscheidende Schlacht bei Dien Bien Phu.

4. Die einseitige Erklärung der USA, mit der sie „versprechen", sich an das 1954 abgeschlossene Genfer Abkommen zu halten.

Mit der Genfer Friedenskonferenz wird die französische Kolonialherrschaft beendet und Vietnam am 17. Breitengrad

schleust. Mehrere Millionen Dollar werden verwandt, um die Führer einflußreicher Sekten zu bestechen.

1958 bestreiten die Amerikaner 60 Prozent des südvietnamesischen Haushalts.

6. Der rasche Aufbau einer Militärmacht für den Separatstaat Südvietnam durch Amerika.

1960 kommt es zu den ersten Kämpfen zwischen Partisanen und Diem-Truppen. Die Nationale Befrei-

Vietnam auf Nordvietnam.

1965 verhängt das Regime Ky über Südvietnam den Ausnahmezustand und festigt durch einschneidende diktatorische Maßnahmen seine Macht. 36 Saigoner Zeitungen werden geschlossen.

Amerikanische Flugzeuge fliegen täglich Einsätze gegen Nordvietnam. Die amerikanischen Streitkräfte werden auf 180 000 Mann erhöht.

„Kohlen-Erik" fiel vom Stuhl

Erik Blumenfeld, nach Meinung der von ihm herausgegebenen „Hamburger Illustrierten" kommender „Mann fürs (Hamburger) Rathaus", ist seinem Verlagsleiter böse: Dietrich Rollmann, 36, Bundestagsabgeordneter, Ehrenvorsitzender der Jungen Union Hamburg, wurde vom CDU-Kreis Hamburg Mitte in nächtlicher geheimer Wahl zum Gegenkandidaten für den Hamburger CDU-Vorsitz nominiert.

Erik Blumenfeld, 52, seit zehn Jahren Landesvorsitzender der Hamburger CDU, Bürgerschaftsabgeordneter, Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Europa - Parlaments in Straßburg, Vorsitzender der Politischen Kommission der Westeuropäischen Union in Paris und Hamburger Kohlenhändler, muß sich am 11. März zum Zweikampf bereit halten.

Erik Blumenfeld hat sich um die liberalen Traditionen der Hansestadt auf eine etwas eigentümliche Weise verdient gemacht.

Etwa seine Vorstöße im Bundestag, durch Verbot der Werbesendungen in Radio und Fernsehen Axel Springer doch noch zu seinem Fernsehprogramm zu verhelfen.

Etwa seine Äußerungen über die Offiziersclique nach einem Besuch in Athen: „Ich glaube den Putschisten, daß sie die demokratisch - parlamentarische Ordnung ohne Verzögerung wieder herstellen wollen." Oder über den Vietnamkrieg: „Es ist verbrecherisch, die Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam zu fordern." Über Gottesdienst - Diskussionen: „Die Grenze des Zumutbaren ist jetzt erreicht. Die Kirche muß ihre Feinde erkennen - sie muß sich auch zur Wehr setzen." Über die Opposition: „Ewige Miesmacherei."

Solche Bekundungen haben den reisenden Hanseaten bekannter werden lassen als seine konkrete politische Absicht.

Ledige Mütter:

Das Finanzamt schläft mit

Ledige Mütter müssen sich in der Bundesrepublik dafür, daß sie ihr Kind nicht abtreiben ließen, von einem denkfaulen und muffigen Staat eine unwürdige Behandlung gefallen lassen.

Sie müssen Fragen wie „Haben Sie auch wirklich nur mit einem Mann verkehrt?" beantworten. Sie müssen sich beaufsichtigen lassen.

Ein Leserbrief bringt jetzt noch einen neuen Mosaikstein in das Bild: Die - wie der Leser schreibt - „rücksichtslose Plakatierung des Familienstandes (der ledigen Mutter) auf der Lohnsteuerkarte":

„Es liegt kein hinreichender Grund vor, eine ledige Mutter, die als Arbeitnehmerin tätig wird, von vornherein durch die Offenlegung von Tatsachen zu diskriminieren, die im allgemeinen durch das Steuergeheimnis geschützt sind.

Tritt die ledige Mutter als Arbeitnehmerin (in eine Firma) ein und übernimmt damit zwangsläufig noch die staatspolitisch wertvolle Funktion einer Steuerzahlerin, dann spricht sich ihr persönlicher Status durch Indiskretion des Lohnbüros rasch herum und wird zum beliebten Thema des Betriebsklatsches." Das sagt ein angesehener Steuerfachmann.

Neue Schweinerei für den Volkswartbund:

Ihre süßeste Stelle

Hier hat EXTRA wieder etwas Schönes für den Sittlichkeitsverein seiner Wahl - für den katholischen Volkswartbund in Köln, der sich so rührend um gerichtliche Verbote für erotische Bücher bemüht. Denn was mußten wir da mit abgewandten Augen lesen:

„Sie schien durcheinander zu sein, rannte weg, stolperte dabei über seine Füße, stürzte zu Boden, fing sich mit den Händen ab, tat sich an der Schulter weh und konnte nicht verhindern, daß ihre süßeste Stelle genau unter seiner Nase sich wölbte. Er küßte sie dort, wo sie ihrer eigenen Feststellung

torin dieser Geschichten, erschienen im Merlin Verlag Hamburg zum Preis von 19,80 Mark unter dem Titel „Ellenbogenspiele".

So etwas wollen wir nie wieder lesen! Und darum fordern wir den Volkswartbund auf, schnell und endgültig seine Vorstöße zum Erfolg zu führen.

Denn schon in der nächsten Ausgabe wird EXTRA ein neues Beispiel erotischer Literatur präsentieren. An dieser Stelle - unter genauer Angabe der Gründe, des Preises und des Verlages.

Schäm Di

zufolge noch nie geküßt worden war. Das sommersprossige Schätzchen kannte diese Freistilübungen nicht. Sie wurde von dieser Art des Küssens überrascht, zauderte, ob sie sich für Genieren oder Genießen entscheiden sollte, begann zu genießen, wurde freundlich, zahm, liebevoll, streichelte sein Haar, zog seinen Kopf hoch, zu den Weihnachtskugeln, zu den Silbermünzen, den Sterntalern, Bernsteinküste, hinauf zum hohen Gelände, zu den braunen Gondeln..."

Auf den Seiten 195 und 196 steht diese Sittenlosigkeit bei Draginja Dorpat, der Au-

Jo Imog — Die Wurliblume

Der modernste und stärkste
ich nach Jahren anbieten ka
Konzentration, die einem den
320 Seiten, Oktav, Leinen

Ihre B
mit An
nügt!
TIEDE
Ha

EXTRA
HAMBURGER EXTRABLATT
-,10
Nr. 4/68 2. Jahrgang

ZITAT

Die Bundesregierung hat ihre Aufgaben, der „Bund der Vertriebenen" hat seine. Aber der BdV muß um zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung einen Ton stärker werden kann.

Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

HAMBURGER EXTRABLATT
2 Hamburg 50, Königstr. 30
Tel. 22 - 73 - 46

Herausgeber: Rüdiger Freiherr von Hanxleden
Chef vom Dienst: Peter P. Dahl
Dokumentation: Hans Jürgen Plaumann (verantwortlich)
Mitarbeiter: Hans Peter Herbst, Thomas Schwieger, Mathias Wessel
Lay-out: Helma Weber
Verlagsleiter: Gerhard Has
Commerzbank Hamburg Kto. Nr. 38/672 64
Rollenoffset: Rundschau GmbH & Co, KG, Itzehoe

Harry schafft die

An der Spitze des Demonstrationszuges gegen den Krieg in Vietnam hatten sich Berliner SPD-Genossen eingehakt.

Harry Ristock, Volksbildungsstadtrat und Charlottenburger SPD-Chef; Erwin Beck, Stell-

vertretender Bürgerme
dere weniger bekannte.
demonstrieren gegen d
bin SPD-Mitglied," pro
SPD.

Daß sie „die Jugend der Stadt in ihrem moralischen Protest" nicht allein lassen wollten (Ristock vor dem SPD-Landesausschuß), reizte 12 Parteigenossen, ihren Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei zu beantragen.

Harry Ristock und seine Freunde marschierten mit den 15 000 Demonstranten vom Kurfürstendamm bis zur Berliner Oper. Sie wurden Zeuge, wie Passanten auf die Straße sprangen, um sich schlugen, Transparente zerrissen und Fahnen verbrannten.

Diese hatten die Aufforderung ihres Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz, keine Selbstjustiz zu üben, aber „Straftäter festzustellen," eben doch handgreiflich verstanden.

Die Demonstration blieb verboten, bis das Berliner Verwaltungsgericht Recht sprach: Das Verbot des Polizeipräsidenten wurde außer Kraft gesetzt.

Der Regierende Bürgermeister hatte seine Argumente den Berliner Springerzeitungen entnommen. Schütz auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 11. Februar: „Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt ihr, denen geht es nur darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören."

Es war sein Kollege Werner Stelzer, Leiter des Informationszentrums beim Berliner Senat, der (vor Zuhörern der Evangelischen Akademie Arnoldsheim) vor der Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Studenten warnte:" .... die Feindschaft zwischen Teilen der Bevölkerung und der Studentenschaft, die durch die Schlagzeilen der Springerpresse noch forciert wird, stellt für Berlin ein ernstes Problem dar."

Die Redner der Gegendemonstration vor dem Schöneberger Rathaus vertrauten eher dem Volkszorn der Versammelten als Argumenten.

Harry Ristock sieht die Aufgabe der SPD anders als ihre Berliner Füh-

Sie erhalten EXTRA auf Wunsch jetzt frei Haus.

Überweisen Sie bitte DM 2.40 halbjährlich unter dem Stichwort „Abonnement" auf unser Konto Commerzbank Hamburg 38/6 72 64

Der Berliner Senat hatte den Protestzug vom 18. Februar verboten, weil er vom SDS beantragt worden war. Anträge der anderen Gruppen und Persönlichkeiten betrachtete Schütz ebenso wie die Bitte von Landesbischof Dr. Kurt Scharf als „Anschlußanträge" des SDS.

EXTRA
KLEINANZEIGEN

Alle Versicherungen durch: Udo Jagow, 2 Hamburg 73, Wildschwanbrook 95, Tel. 678-09-93

Gesellschaftsspiel der Ordentl

Mädchen aufs

Fortsetzung von S. 1

Die Ordentlichen Menschen haben wieder eine Lösung nach ihrem Geschmack gefunden. Zuerst, aber nur zuerst in Berlin.

Der Berliner Korrespondent der „Zeit", Kai Hermann, wurde bewußtlos geschlagen, als er mäßigend auf einen Schläger einzureden und dessen Personalien festzustellen suchte. „Schlagt ihn tot", riefen die Umstehenden, als er regungslos auf dem Boden lag. Die Berliner Polizei, sonst mit dem Knüppel rasch bei der Hand, übte auffallende Zurückhaltung. Sie sah zu. So zeigten die Ordentlichen Menschen auf ihrer größten Demonstration, wie sie sich für die Freiheit einsetzen.

Der Kreisschulpfarrer Gerd Böttcher wurde von mindestens zwanzig Leuten als „Kommunisten - schwein" beschimpft und verprügelt, als er einem am Boden liegenden Mädchen zu Hilfe eilen wollte, das von der Menge („Schneidet ihr die Haare ab, schlagt sie tot!") zusammengeschlagen worden war. Wie beim Journalisten Hermann war die Polizei auch bei Böttcher trotz seiner Bitten um Hilfe nicht bereit, gegen die „Kommunistenverfolgung" einzuschreiten und die Personalien der Schläger festzustellen. Die alte Reichshauptstadt hat in der Agonie noch einmal eine makabre überregionale Rolle übernommen: Auf ihrem Rathausplatz, der den Namen Kennedys trägt, gaben sich die ordentlichen Menschen das Signal.

In Regensburg kennzeichnete der Universitätsrektor Prof. Meier diskutierende Assistenten und Verwaltungspersonal als „Gesindel" und erklärte: „Freimaurer, Liberale und Sozialdemokraten kommen hier (in die Universität) nicht rein".

Wochenlange Pressekampagnen und die Bundestagsdebatte vom 9. Februar fanden draußen im

08.03.1968:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, beantwortet eine Presseerklärung des AStA der RWTH Aachen vom 28.2.1968, in der dieser sich um die Sicherheit von Schülern und Studenten in Westberlin sorgte.
Q: Landespressedienst Nr. 50, Berlin 8.3.1968

Landespressedienst | BERLIN

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78 01 33 09

8. März 1968
Nr. 50

E0702

EIN SCHREIBEN DES REGIERENDEN BÜRGERMEISTERS KLAUS SCHÜTZ

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz hat am Freitag, dem 8. März, an den Allgemeinen Studentenausschuß der RWTH Aachen ein Schreiben gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

"Sehr geehrte Herren!

Dieser Tage erhielt ich Ihre Presseerklärung vom 28. Februar.

Ich halte Ihre Sorgen für unbegründet. Die Sicherheit von Studenten und Schülern, die Berlin besuchen, ist keineswegs gefährdet. 'Präfaschistische Zustände', wie Sie sich ausdrücken, gibt es in dieser Stadt ebenso wenig wie eine Pogromstimmung. Aber davon sollten Sie sich selbst überzeugen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn der AStA der RWTH Aachen nach Berlin käme und wir Gelegenheit hätten, miteinander in offener, fairer Diskussion die Fragen zu erörtern, die Sie in Ihrer Presseerklärung für sich bereits eindeutig beantworten zu können glauben.

Ich stehe bereit und erwarte Ihre Vorschläge.

In vorzüglicher Hochachtung

(gez.) Klaus Schütz"

- - - - -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Elimar Arendt

08.03.1968:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, beantwortet einen Brief von Günter Grass vom 7.3.1968, der Pogrome gegen Studenten beklagte.
Q: Landespressedienst Nr. 50, Berlin 8.3.1968

Landespressedienst | BERLIN

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78 01 33 09

8. März 1968
Nr. 50

E0702

DIE ANTWORT DES REGIERENDEN BÜRGERMEISTERS KLAUS SCHÜTZ

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz antwortete dem Schriftsteller Günter Grass auf dessen Brief vom 7. März mit einem Schreiben, das folgenden Wortlaut hat:

"Sehr geehrter Herr Grass!

In Berlin wurden vor wenigen Wochen Fensterscheiben von Zeitungsfilialen eingeworfen. Manche waren schnell bei der Hand mit dem Wort 'Reichskristallnacht'. Ich habe sofort gesagt, daß dieser Vergleich falsch und angesichts des unsagbaren Leids unserer jüdischen Mitbürger völlig außerhalb der historischen Proportionen liegt.

Wer in Berlin heute von 'Pogrom' spricht, muß sich die gleiche Kritik gefallen lassen. Ich habe das, was sich am Rande der großen Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg zugetragen hat, entschieden mißbilligt. Aber 'Pogrom' ist immer noch Synonym für staatlich organisierten Mord und und grausame Verfolgung. Wer diesen Begriff undifferenziert gebraucht, kommt in den Verdacht, die Leiden von damals verniedlichen zu wollen. Und das will wohl niemand in Berlin.

Sie haben in Ihrem Brief von Ernst Reuter gesprochen. Ich berufe mich nicht auf ihn. Aber er hat in dieser Stadt Maßstäbe gesetzt. An ihnen mußte und muß sich jeder Regierende Bürgermeister orientieren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(gez.) Klaus Schütz"

- - - - -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Elimar Arendt

10.03.1968:
Die NPD erhält bei den Kommunalwahlen (KW) in Hamm mit 5, 98% der Stimmen (2 462) 2 Sitze.
Q: Innenministerium NRW: Extremismusberichte an den Landtag oder Landesbehörden 1969, Düsseldorf 1969, S. 5

10.03.1968:
Die NPD erhält bei den Kommunalwahlen (KW) in Kamen mit 7, 51% der Stimmen (1564) 2 Sitze.
Q: Innenministerium NRW: Extremismusberichte an den Landtag oder Landesbehörden 1969, Düsseldorf 1969, S. 5

10.03.1968:
Die NPD erhält bei den Kommunalwahlen (KW) in Unna mit 11, 51% der Stimmen (2905) 4 Sitze.
Q: Innenministerium NRW: Extremismusberichte an den Landtag oder Landesbehörden 1969, Düsseldorf 1969, S. 5

11.03.1968:
Im Landespressedienst Berlin erscheinen die "Ergebnisse einer Blitzumfrage" des Infas zur Vietnam-Demonstration vom 18.2.1968 und zur Kundgebung am 21.2.1968.
Q: Landespressedienst Anhang, Berlin 11.3.1968

L P D (Anhang)

11. März 1968

E0702

ERGEBNISSE EINER BLITZUMFRAGE

Die differenzierten Meinungen zu Demonstrationen, die bei einer repräsentativen Blitzbefragung geäußert wurden, die das Institut für angewandte Sozialwissenschaft - infas - im Auftrage des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin im Zeitraum vom 23. bis 26. Februar durchführte, zeigen, daß die Berliner Bevölkerung die Aufrufe des Regierenden Bürgermeisters und anderer politisch Verantwortlicher in unserer Stadt verstanden hat.

Es wurden insgesamt 301 repräsentativ ausgewählte Bürger West-Berlins über 18 Jahre nach ihrer Meinung zur Vietnam-Demonstration am 18. Februar und zur Kundgebung am 21. Februar befragt.

Auf die Frage, ob sie "generell Demonstrationen für eine zulässige Art der Meinungsäußerung" hielten, hatte sich jeder der 301 Befragten eine Meinung gebildet. Sieben von zehn bejahten im allgemeinen das Recht auf politische Demonstrationen; weitere 15 Prozent taten es nur bedingt ("es kommt darauf an"); gleich viele lehnten das Demonstrationsrecht ab.

Über die Beweggründe politisch aktiver Studenten sind die Berliner eindeutig geteilter Meinung. Gleich oft meinen sie, daß es den Studenten dabei eher um "politischen Radau" gehe (37 Prozent) als um ernsthafte Meinungsäußerungen (35 Prozent).

"Welchen Eindruck haben Sie persönlich, wenn Studenten zu politischen Fragen Stellung nehmen: Kommt es den Studenten dabei in erster Linie nur auf politischen Radau an oder wollen sie ernsthaft ihre politische Meinung zum Ausdruck bringen?"

	Berlin Nov./Dez. 1967 %	Febr. 1968 %	Übriges Bundesgebiet Sommer 1967 %
Politischer Radau	37	37	32
Ernsthafte Meinungsäußerung	30	35	24
Kommt darauf an	23	26	26
Keine Antwort	10	2	18
	100 (589)	100 (301)	100 (722)

Bemerkenswert ist der Vergleich mit einer Umfrage vom Sommer 1967 übrigen Bundesgebiet. Die Berliner lassen die Ernsthaftigkeit politischer Meinungsäußerungen bei Studenten stärker gelten als dies bei Westdeutschen der Fall war. Im Vergleich zu einer Repräsentati Befragung im November/Dezember 1967 in Berlin zeigt die Umfrage im Februar dieses Jahres eine Zunahme an positiven Einschätzungen der Motive der politisch aktiven Studenten.

-I

Nach der Demonstration am 18. Februar und der Kundgebung am 21. Februar - vermutlich unter dem Eindruck beider Veranstaltungen - sind tolerante Einstellungen gegenüber demonstrierenden Studenten eindeutig gewachsen und repressive deutlich schwächer geworden. Das zeigt sich am deutlichsten in der Blitzbefragung, als sich die Befragten auf einer vorgelegten Liste mit zehn Antwortmöglichkeiten mit einer oder mehreren Verhaltensweisen identifizieren konnten. Von den Alternativantworten hatten fünf eindeutig repressiven Charakter; vier gaben eine tolerante Einstellung wieder. Eine Antwortmöglichkeit ("ignorieren") läßt sich in dieses Repressions-Toleranz-Schema nicht einordnen.

Die Frage lautete:

"Wenn Studenten auf den Straßen demonstrieren, was sollte man Ihrer Meinung nach mit ihnen tun?
Geben Sie mir an Hand der Karte Antwort, welches Verhalten Sie den demonstrierenden Studenten gegenüber für richtig finden?"

	Nov./Dez. 1967 %	Februar 1968 %
1. Die Studenten verhaften	3	2
2. Die Studenten verprügeln	5	2
3. Die Demonstranten aus Berlin ausweisen	12	9
4. Den Studenten das Studium verbieten	21	9
5. Die Demonstrationen verbieten	14	7
6. Studentendemonstrationen ignorieren	16	13
7. Die Studenten demonstrieren lassen	20	24
8. Die Studenten anhören	15	14
9. Mit den Studenten diskutieren	23	25
10. Die Studenten unterstützen, wenn sie recht haben	18	30
Insgesamt Doppelnennungen	147	135

Noch seltener als im November/Dezember vorigen Jahres haben nach den Februar-Ereignissen Berliner sich in der Interview-Situation bereit gezeigt, gewaltsame Handlungen gegen demonstrierende Studenten zu befürworten: "sie verhaften" (zwei Prozent) oder "sie verprügeln" (zwei Prozent) sowie "ausweisen" (neun Prozent).

Das trifft auch eindeutig auf die Bereitschaft zu, ihnen Studium oder Demonstrationen zu verbieten.

Der Zuwachs an Toleranz zeichnet sich jedoch am eindeutigsten durch die Bereitschaft ab, sich mit demonstrierenden Studenten zu identifizieren "wenn sie recht haben". Während gegen Ende vergangenen Jahres unter diesen Umständen 18 Prozent die Studenten unterstützen wollten, waren Ende Februar 1968 sogar 30 Prozent der befragten Berliner dazu bereit.

- III

Bei den Befragungszeiträumen ist zu den Mehrfachnennungen die Feststellung relevant, daß die repressiven Äußerungen von 55 Prozent auf 29 Prozent zurückgingen, während die toleranten Meinungen von 76 auf 93 Prozent zunahmen.

Die Berliner haben sich über die Vietnam-Demonstration am Sonntag, dem 18. Februar, gut informiert. Zweidrittel von ihnen wissen, daß der Sozialistische Deutsche Studentenbund - SDS - diese Demonstratio veranstaltet hat. Von den übrigen, an dieser Demonstration Beteiligten, nannten 20 Prozent 'andere Studentenorganisationen", 26 Prozent den Republikanischen Klub, 38 Prozent 'Studenten im allgemeinen', 37 Prozent 'Ausländer' und 43 Prozent 'Kommunisten'. Annähernd so gut informiert sind die Berliner, die weder selbst an der Demonstration teilgenommen haben, noch jemand kannten, der sich beteiligte.

Acht von jeweils zehn aller Befragten wußten, daß die Vietnam-Demonstration auf Grund der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts stattfinden konnte.

Die Tatsache, daß im Unterschied zu früheren Demonstrationen der Studenten die Vietnam-Demonstration am 18. Februar von keinen nennenswerten Zusammenstößen mit der Polizei begleitet wurde, hat die Berliner beeindruckt. Nur zwei Prozent von ihnen glauben, daß es mehr Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei als früher gegeben habe; 65 Prozent meinen, daß es "seltener zu Zusammenstößen kam" und 19 Prozent glauben, daß es überhaupt keine gegeben habe. 14 Prozent haben hierüber keinen Eindruck gewonnen. Daß die Demonstration diesmal ohne nennenswerte Zusammenstöße verlief, wird durch das disziplinierte Verhalten der Polizei (52 Prozent) kaum häufiger erklärt, als durch das disziplinierte Verhalten der Demonstranten (49 Prozent). Dieser Eindruck hat sich auf das Urteil der Bevölkerung über 'das Vorgehen der Polizei' und über 'das Verhalten der Studenten' am 18. Februar ausgewirkt. Das zeigen die Antworten auf zwei Trend-Fragen, die ebenfalls nach den Ereignissen vor der Deutschen Oper anläßlich des Schah-Besuches im Juni 1967 und nach weiteren Demonstrationen gegen Verlängerung der Verkaufszeiten, Teufel-Prozeß und andere sowie nach der ersten Vietnam-Demonstration im November 1967 gestellt wurden.

"Wie ist das Vorgehen der Polizei'in der letzten Zeit' beziehungsweise'bei den Demonstrationen vor dem Opernhaus u.a.' zu beurteilen? Welche Ansicht auf dieser Karte kommt Ihrer Meinung am nächsten?"

"Wie ist das Verhalten der beteiligten Studenten zu beurteilen? Welche Ansicht auf dieser Karte kommt Ihrer Meinung am nächsten?"

-IV-

	Das Vorgehen der Polizei			Das Verhalten der Studenten		
	Juni/Juli 1967 "vor dem Opernhaus"	Nov./Dez. 1967 "in letzter Zeit"	Febr. 1968 "bei der Vietnam-Demonstr."	Juni/Juli 1967 "vor dem Opernhaus"	Nov./Dez. 1967 "in letzter Zeit"	Feb 1968 "bei der Viet-nam-Demonstrat
	%	%	%	%	%	%
In jedem Falle zu verurteilen	6	2	1	47	35	21
im großen und ganzen abzulehnen	11	11	7	36	38	29
im Grunde genommen verständlich	56	62	38	10	21	28
völlig richtig	21	21	54	1	1	16
keine Angabe	6	4	-	6	5	6
	100	100	100	100	100	100
	(597)	(589)	(301)	(597)	(589)	(301)

Die Zurückhaltung der Polizei am 18. Februar hat einerseits bewirkt, daß die Minderheit, die das Vorgehen der Polizei kritisch beurteilt, noch kleiner geworden ist (acht Prozent gegenüber 17 Prozent im Juni 1967).

Andererseits zeigt es, daß - während früher die Berliner in erster Linie "Verständnis" für das Vorgehen der Polizei zeigten - sie sich nunmehr, wenn es zu keinen nennenswerten Zusammenstößen kommt, mit ihrem Vorgehen identifizieren. Nach der Vietnam-Demonstration bezeichnen 54 Prozent der Befragten das Vorgehen der Polizei bei diesem Anlaß als "Völlig richtig", gegenüber nur 21 Prozent bei früheren Anlässen.

Obwohl noch 50 Prozent der Befragten das Verhalten der Studenten verurteilen beziehungsweise ablehnen, bewirkte das überraschend disziplinierte Verhalten der Studenten am 18. Februar ebenfalls eine deutliche Änderung des Meinungsbildes der Bevölkerung. Die uneingeschränkte Ablehnung des Verhaltens demonstrierender Studenten ist von 47 Prozent im Juni 1967 auf 21 Prozent im Februar 1968, die eingeschränkte Ablehnung von 37 Prozent auf 29 Prozent zurückgegangen. Das 'Verständnis' für die Studenten ist von zehn Prozent auf 28 Prozent gewachsen. Als 'völlig richtig' wurde ihr Verhalten am 18. Februar von 16 Prozent der Berliner bezeichnet, gegenüber ein Prozent in der Vergangenheit.

Die Toleranz, die Berliner in stark gewachsenem Maße für die Demonstration der Studenten am 18. Februar zeigen, ist in geringerem Maße auf eine Identifikation mit der einseitigen Parteinahme der Demonstranten in der Vietnam-Frage, als auf die Wahrnehmung des ordentlichen Ablaufs dieser Demonstration und auf die demokratische

-V-

Gelassenheit der Bevölkerung zurückzuführen. Die Entscheidung, vor dem Rathaus Schöneberg am 21. Februar eine Kundgebung abzuhalten, wurde in den Tagen danach von 72 Prozent der Befragten für richtig befunden; 21 Prozent meinten, man hätte besser darauf verzichten sollen, während sieben Prozent keine Meinung äußerten.

Die Notwendigkeit, auf die Vietnam-Demonstration am Sonntag wegen ihrer anti-amerikanischen und prokommunistischen Prägung eine Antwort der Berliner zu geben, wurde also auch nach den Ausschreitungen am Rande der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg bejaht.

Allerdings nicht deshalb, weil die Berliner einen Vertrauensverlust seitens der Amerikaner in Berlin befürchteten. Denn bevor Fragen über Demonstrationen gestellt wurden, zeigte sich bei dieser Umfrage bereits, daß die Befürchtung, die Amerikaner wollen "West-Berlin lieber aufgeben", nach wie vor bei der Bevölkerung sehr gering (sechs Prozent) geblieben ist.

Auf eine letzte Frage des Interviews meinten nur sieben Prozent, daß die Amerikaner nach der Vietnam-Demonstration Berlin weniger Vertrauen als zuvor entgegenbringen würden.

- - - - - - - - - - -

11.03.1968:
In Berlin erscheint vermutlich zu Beginn dieser Woche ein Flugblatt "Berufsschüler!" welches diese zu einer Versammlung in der TU am 15.3.1968 aufruft und von Michael Witte, Norbert Deutschmann, Ezra Gerhardt und Alf Böhmert unterzeichnet ist.
Q: Michael Witte, Norbert Deutschmann, Ezra Gerhardt und Alf Böhmert: Berufsschüler!, o. O. O. J.

---weitergeben---weitergeben---weitergeben---weitergeben---weitergeben---

BERUFSSCHÜLER !

Es zeigt sich immer mehr, daß unsere Ausbildung nicht den Anforderungen entspricht, die in unserem zukünftigen Beruf verlangt werden! Die Ausbildung ist veraltet, die Technik schreitet mit riesigen Schritten voran. Ebenso ändern sich die gesellschaftlichen Verhältnisse!
Der Ruf nach Mitbestimmung erschallt überall!
Auch bei uns!
Wir fordern,

daß die Ausbildung den jeweils modernen Erfordernissen angepaßt ist.

daß wir nicht mehr länger als billige Handlanger während unserer Lehrzeit ausgenutzt werden.

daß nicht jede oppositionelle Regung durch Anwendung verschiedenster Mittel unterdrückt wird.
(Auflösung des Lehrvertrages, Disziplinarverfahren, Zensurenmanipulation u. a.)

daß wir als mündige Menschen in Schule und Betrieb behandelt werden.

Wir haben die Möglichkeit, die Mißstände in gemeinsamer Aktion zu ändern!
Zu einer Diskussion darüber treffen wir uns

am F R E I T A G , den 15. 3. 1968 um 19 U H R

im H Ö R S A A L 1 0 1 in der

T E C H N I S C H E N U N I V E R S I T Ä T
Strasse des 17. Juni Nähe U-Bahnhof Ernst-Reuter-Platz

Michael Witte--Norbert Deutschmann--Ezra Gerhardt--Alf Böhmert---

11.03.1968:
Aus der SPD Berlin wird Jürgen Gerull ausgeschlossen wegen seinem Brief zu Vietnam.
Q: SPD: Brief von Jürgen Gerull, Berlin O. J. (1968)

18.7.68 BBZ

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschland
LANDESVERBAND BERLIN · Berlin 65, Müllerstraße 163 · Telefon 46 42
Kurt-Schumacher-Haus

Brief von Jürgen Gerull

Zahlreiche Zuschriften in den letzten Ausgaben der "Berliner Stimme" beschäftigen sich mit meiner Person und meinem Verhalten in den letzten Wochen. Es wird mir daher gestattet sein, ausführlich Stellung zu nehmen.

Viele Leserbriefe unterstreichen die Tatsache, daß die Schreiber ehemalige politische Häftlinge in der DDR oder der Sowjetunion sind. Dazu eine Bemerkung. Politische Haft führt nicht naturnotwendig zu qualifizierten politischen Erkenntnissen. Sehr oft ist das Gegenteil der Fall. Ich selbst habe jahrelang erleben müssen, wie persönliche Erlebnisse in den Zuchthäusern der DDR die Urteilskraft schwächen und notwendige politische Erkenntnisse verhindern.

Nun zur Sache. Scheinbar verursacht durch die Ereignisse des 2. Juni 1967, in Wirklichkeit aber als Ergebnis innerparteilicher Querelen und Machtkämpfe gegen Heinrich Albertz und andere sind Klaus Schütz und Kurt Neubauer an die Spitze unserer Stadt geeilt. Wer die Genossen kennt, konnte nicht auf eine neue und erfolgreiche Politik hoffen. Sinkende Bevölkerungszahlen, rückläufige wirtschaftliche Entwicklung und eine permanente Stärkung des uns umgebenden Staates DDR erforderten Maßnahmen, die eine maximale Erfüllung der Wünsche der Schutzmächte und der Bundesregierung unmöglich machten. Neben einer Vielzahl von Ungeschicklichkeiten wurde den Studenten und der jungen Generation dieser Stadt außer unglücklichen Allgemeinplätzen auf drängende Fragen nicht geantwortet. Im Gegenteil. Der Regierende Bürgermeister beweist sein Unvermögen, politische Entwicklungen zu erkennen, wenn er formuliert "Seht euch diese Typen an" oder "Sie sind nur zufällig links". Als Sozialdemokrat und Bürger dieser Stadt ist soviel natürliche Ignoranz für mich schlichtweg unerträglich.

Wer unfähig ist, die studentische Bewegung und ihre - heute noch - Randgebiete zu differenzieren, zu artikulieren und zu kanalisieren, ruft nach der Staatsgewalt. Der neue Innensenator ließ sich noch vor wenigen Monaten von der Springer-Presse feiern, weil er sieben Stunden lang den Kurfürstendamm ohne harten Polizeieinsatz blockieren ließ. Heute droht er mit Polizeiknüppeln, wo gar nichts zu knüppeln ist.

In der Flucht nach vorn, im Ablenken von eigener Unfähigkeit waren Klaus Schütz und Kurt Neubauer bereit, diese Stadt in ein furchtbares Blutbad zu stürzen. In Kenntnis der Fragwürdigkeit ihres Handelns verboten sie eine Demonstration, die dadurch noch mehr Bedürfnis vieler Bürger dieser Stadt wurde. Der erlösende Spruch eines unabhängigen Gerichts brachte den Regierenden Bürgermeister nicht zur Besinnung, sondern nur zu einer besonders originellen Form der Urteilsschelte. Berliner Wohnviertel hätten genauso Anrecht auf Schutz wie amerikanische Wohnsiedlungen. Inzwischen fordert er ein neues Versammlungsgesetz, obwohl das alte gerade noch verfassungskonform ist.

bitte wenden

Studentischer Protest endet oft in Formen, die auch für mich nicht akzeptabel sind. Wer Scheiben von "Morgenpost"-Filialen einwirft, überschreitet die Grenze des Erträglichen. Die Schreibtischtäter tragen dafür die volle Verantwortung. Genauso wie die politische Führung dieser Stadt dafür verantwortlich ist, wenn ein verhetzter Mob einen Bürger erschlagen will, nur weil er Rudi Dutschke ähnlich sieht. Wer ein solches Klima erzeugt oder auch nur duldet, wird bald mehr als Wasserwerfer brauchen. Ein Innensenator, der solche Formen der Auseinandersetzung nicht mit angemessenen Mitteln verhindern kann, sollte die Konsequenzen daraus ziehen.

Mein Protest gegen den Krieg in Vietnam war nicht nur allgemeiner Natur. Bei zwei denkbaren Lösungen kann man nur die eine wählen. Wenn ein Sieg der Amerikaner nur möglich ist durch ein Auslöschen des Volkes von Vietnam und die Stützung eines korrupten und faschistischen Systems im Süden, kann ich nur für den Abzug der Amerikaner und damit für einen Sieg des Vietkong eintreten.

Dabei ist mir - mit allen Einschränkungen - die Gesellschaft eines Rudi Dutschke lieber als die eines Herrn Amrehn inmitten bezahlter Demonstranten auf einer mit SED-Methoden organisierten Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus.

Wer als Anwort auf diese meine Überzeugung meint, mit Parteiausschlüssen und einer Urabstimmung gegen Teile der Berliner Partei vorgehen zu müssen, hat offensichtlich das Wesen einer demokratischen Volkspartei nicht begriffen und betreibt das Geschäft der Parteispaltung. Wenn man sich einige Charlottenburger Akteure dieser Aktion ansieht, erkennt man schnell die Durchsichtigkeit ihrer Motive. Sie sagen SDS und Vietnam-Demonstration und meinen in Wirklichkeit Veränderung der Mehrheit in der Charlottenburger SPD. Sie scheuen mit Recht die geistige Auseinandersetzung und versuchen, die Emotionen vieler Genossen für Ihre Zwecke nutzbar zu machen.

Jürgen Gerul

Berlin 10 (Charlottenburg)

Aufgrund dieses Briefes wurde Jürgen Gerull vom Landesvorstand Berlin der SPD gemäß § 29, Abs. 1 des Organisationsstatuts am 11. März 1968 ausgeschlossen.

Für die Richtigkeit:

Eberhard Hesse
Landesgeschäftsführer

11.03.1968:
Aus der SPD Berlin werden die 5 Vorsitzenden des Sozialistische Jugend-Ringes der SJD Die Falken ausgeschlossen wegen ihrem Brief vom 27.2.1968 über die Vietnamdemonstration vom 18.2.1968.
Q: SPD: Voller Wortlaut des Offenen Briefes an die Mitglieder des SJ-Ringes, Berlin O. J. (1968)

18.3.68 EB76

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschland
LANDESVERBAND BERLIN · Berlin 65, Müllerstraße 163 · Telefon 4642
Kurt-Schumacher-Haus

Voller Wortlaut des Offenen Briefes an die Mitglieder des SJ-Ringes

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken - Landesverband Berli
Der Vorstand des SJ-Ringes

Offener Brief an die Mitglieder des SJ-Ringes

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken - hat seit ihrem Bestehen ihre Absicht bekundet, für eine neue humane und sozialistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen.

Wir können daher zu dem, was sich in den letzten Wochen in dieser Stadt abgespielt hat, nicht schweigen. Wir werden nicht still halten, wenn sich die Rechtsextremisten aller Schattierungen zur Hexenjagd gegen die liberale und sozialistische Opposition formieren.

Seit dem 18. Februar weiß jeder, auf welcher Seite die Randalierer und Terroristen zu Hause sind. Noch nie bei Demonstrationen der Linken sind andersdenkende Teilnehmer oder Passanten verprügelt worden. Aber an diesem Sonntag wurden die als Gegendemonstranten getarnten Schlägertrupps der Jungen Union des Herrn Wohlrabe und der NPD auch noch von Bürgermeister Kurt Neubauer empfangen. Seine Aufforderung - "seid in der ersten Reihe dabei, wenn wir die große Freiheitskundgebung machen" - wurde denn auch beachtet, wie wir seit Mittwoch voriger Woche wissen.

Wir haben an der vom Senat dekretierten sogenannten Freiheitskundgebung nicht teilgenommen, weil unser Freiheitsbegriff nicht identisc ist mit dem der Reaktion à la Amrehn und Wohlrabe und weil eine Verständigungsmöglichkeit auf einer sozialistischen Basis zwischen uns und der Mehrheit der gegenwärtigen Führung der Berliner SPD kaum mehr gegeben ist.

Wir müssen auch feststellen, daß die junge Generation dieser Stadt durch einen Sprecher nicht vertreten war. Der Jungsozialistenvorsitzende Grimming besitzt noch nicht einmal das Vertrauen der Mehrheit der Berliner Jungsozialisten. Sein und der anderen Redner Friedensappelle für Vietnam bleiben bloße Heuchelei, solange das militärische Engagement der USA in Vietnam von ihnen gebiliigt wird.

Die reaktionären Progromtransparente, die Schlägereien und Exzesse vor dem Rathaus Schöneberg waren keine Randerscheinungen; sie waren die Fortsetzung der Reden mit anderen Mitteln.

Der Regierende Bürgermeister hat seine Unfähigkeit zum Regieren einmal mehr hinter dem Haß auf oppositionelle Gruppen verstecken wollen und scheute sich nicht, den offenen Verfassungsbruch zu riskieren, indem er neue Gesetze zur Verhinderung von Demonstrationen ankündigte

Noch unerträglicher allerdings war die Teilnahme der Gewerkschaftsführung, die damit der Arbeiterbewegung schweren Schaden zugefügt hat

bitte wenden

Der DGB-Vorsitzende Sickert, der in den letzten Monaten wiederholt politische Minderheiten verleumdete und die Arbeiterschaft ständig gegen die Studenten aufzuhetzen versuchte, hat sich am Mittwoch letzter Woche selbst als hinterhältiger Lügner entlarvt. Seine Behauptung, die Berliner Gewerkschaften würden sich an Demonstrationen beteiligen, bei denen es wirklich um den Frieden in Vietnam ginge, ist leicht widerlegbar. Eine solche Teilnahme wäre nur möglich, wenn es an der Spitze des Berliner DGB nicht Sickert und seine Clique gäbe

Wir sagen nicht, daß der Aufmarsch vor dem Rathaus Schöneberg eine faschistische Kundgebung war. Er hat aber dazu beigetragen, das in unserer Gesellschaft latent vorhandene faschistische Potential zu mobilisieren. Das hat sich in blutiger Gewalttätigkeit ausgedrückt. Wir werden diesem Gewalt nicht weichen, fordern von unseren Mitgliedern aber, als E i n z e l n e künftig alle Aktionen zu unterlassen, die sie in die Gefahr physischer Bedrängnis bringen könnten. Unseren politischen Willen werden wir auch künftig dessen ungeachtet g e s c h l o s s e n und ohne Abstriche manifestieren.

An unsere Freunde in der Sozialdemokratischen Partei appellieren wir dafür zu sorgen, daß die progressiven Kräfte in der SPD sich nicht isolieren lassen. Sie werden nur dann ihren Führungsanspruch durchsetzen können, wenn sie sich energisch allen Manipulationen und Repressionen widersetzen.

Abschließend danken wir allen Mitgliedern, die an der Vietnam-Demonstration teilgenommen haben. Das zentrale Motto dieser Demonstration - "für den Sieg der vietnamesichen Revolution" - entspricht auch der Vietnam-Erklärung der IUSY und den Beschlüssen der Bundeskonferenz unseres Verbandes vom Mai 1967.

Berlin, den 27. Februar 1968

Mit sozialistischen Grüßen

P. Bischoff - H.J. Schrankel - B. Tennstedt - G. Soukup - H. Beinert

Aufgrund dieses Briefes wurden die Unterzeichner durch Beschluß des Landesvorstandes Berlin der SPD am Montag, dem 11. März 1968 gemäß § 29, Abs. 1 des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen, nachdem sie bestätigt hatten, diesen Brief unterzeichnet zu haben.

Für die Richtigkeit:

Eberhard Hesse
Landesgeschäftsführer

12.03.1968:
In Berlin erscheint ein Flugblatt mit einem offenem Brief von AStA FU, Studentenvertretung TU, ESG, SHB LV Berlin, SJD Die Falken und Republikanischem Club (RC) mit dem Aufruf zur Demonstration am 13.3.1968 vom Olivaer Platz zur polnischen Militärmission.
Q: AStA FU et al.: Offener Brief, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

12. MRZ. 1968

OFFENER BRIEF

an die Regierung der Volksrepublik Polen
Herrn Ministerpräsidenten Cyrankiewicz

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Die außerparlamentarische Opposition in West-Berlin, die sich im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den Herrschaftsapparat des Spätkapitalismus zusammengefunden hat, solidarisiert sich mit dem antiautoritären Protest der polnischen Studenten und Arbeiter.
In der Volksrepublik Polen ist das Privateigentum an industriellen Produktionsmitteln abgeschafft und eine Restauration des Kapitalismus ausgeschlossen und deshalb muß die polnische Gesellschaft dem Einzelnen mehr reale Freiheit gewähren als im Kapitalismus denkbar ist. Wenn eine selbstherrliche und engstirnige Bürokratie die Ausdehnung gesellschaftlicher Selbstverwaltung und damit die Erweiterung der Freiheit verhindert , ist Widerstand notwendig.
Wir protestieren dagegen, daß die Regierung der Volksrepublik Polen kommunistische Studenten durch brutalen Polizeieinsatz und Schnellgerichte unterdrückt.

gez. AStA - FU — Studentenvertretung TU
SDS — SHB - Landesverband Berlin
SJD - Falken — Republikanischer Club

WIR TREFFEN UNS AM
OLIVAER PLATZ
MORGEN 13.3. UM 17°° UH
ZUM MARSCH POL. MILITÄRMISSION (LASSEN ST
ZWECKS ÜBERGABE DES OFFENEN BRIEFES

12.03.1968:
In Berlin erscheint, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt "Solidarität mit ausgeschlossenen SPD-Mitgliedern" mit einem Unterschriftencoupon zur Unterstützung des Vietnam-Briefes von Jürgen Gerull. Eingesandt werden sollen die Unterschriften an das SHB-Heim in der Sven-Hedin-Str. 44.
Q: N. N.: Solidarität mit ausgeschlossenen SPD-Mitgliedern, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

1 2 MRZ 1968

S O L I D A R I T Ä T
MIT AUSGESCHLOSSENEN SPD-MITGLIEDERN

Wir solidarisieren uns mit den vom Landesvorstand ausgeschlossenen Genossen und unterstützen den Wortlaut des Briefes vom Genossen Jürgen Gerull.

Wer nach einer Politik, wie sie vom Berliner Senat und vom Landesvorstand der SPD in den letzten Wochen betrieben worden ist, innerparteiliche Kritik mit Ausschluß bestraft, entlarvt sich als Verfechter autoritärer Parteidisziplin.

Wir hoffen, daß der Bundesparteitag der SPD solchen Praktiken, die unserer Partei die demokratische Glaubwürdigkeit vollends rauben würden, begegnet und die Ausschlüsse rückgängig macht.

Name .....

Anschrift .....

SPD-Abteilung .....
(falls Mitglied)

Die ausgefüllte Solidaritätserklärung senden Sie bitte an folgende Adresse:

SHB-Heim
1-Berlin 37
Sven-Hedin-Str. 44

13.03.1968:
Der SDS Heidelberg gibt das Flugblatt "Studentendemonstrationen in Warschau" zu Polen heraus.
Q: SDS: Studentendemonstrationen in Warschau, Heidelberg 13.3.1968

14/03.68

STUDENTENDEMONSTRATIONEN IN WARSCHAU

Der Verlauf des Protests der Warschauer Studenten und die autoritäre Reaktion von Polizei, Presse und Rektor (er weigerte sich, öffentlich üb die Forderungen der Studenten zu diskutieren !) sind teilweise den Vor gängen in der Bundesrepublik verblüffend ähnlich. (Vgl. Le Monde v. 11. Die Übereinstimmungen dispensieren uns jedoch nicht von einer konkrete Bestimmung der Tendenz der Opposition in Warschau: Wir müssen davon aus daß Polen wie die CSSR ein Land ist, in dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln weitgehend abgeschafft ist.
Das sozialistische Polen ist jedoch durch die territorialen Ansprüche Bundesrepublik und durch das aggressive NATO-Bündnis permanent bedroht Es ist historisch entstanden entscheidend durch den Sieg der Roten Armee über das faschistische Deutschland und nicht durch eine soziale Revolution. Beide Faktoren haben bewirkt, daß in Polen eine Situation de Kompromisses der Klassen und Institutionen vorliegt. Schon die unangeme Lautstärke der katholischen Kirche Polens, die weithin als Agent des bü lichen Nationalismus und der Gegenaufklärung in der Bauernschaft wirkt, macht die Situation des Klassenkompromisses deutlich. Darüberhinaus gi für Polen, was in der bisherigen Geschichte für jedes sozialistische La galt, daß die Koexistenz mit dem kapitalistischen Lager die Entfaltung der sozialistischen Produktion und die Entfaltung der Bedürfnisse der Menschen einschränkt. D.h., daß Polen als sozialistisches Land mit labile Klassengleichgewicht in der Konstellation des globalen Weltbürgerkrieg objektiv von der Konterrevolution bedroht ist. ("Konterrevolution " hei präzis Ausdehnung der Herrschaft d e r Klasse, die den Vietnamkrieg or- ganisiert, und der Bild-Zeitung, die die faschistische Verfolgung von Demonstranten organisiert und anheizt, nach Polen.)
Wir müssen also die Opposition der Kommilitonen in Polen danach beurtei ob sie die bürokratischen Elemente, die ihre Existenz der Existenz des kapitalistischen Lagers verdanken, von links oder von rechts kritisiert. ("Links" heißt direkte Demokratie, verstärkte Unterstützung der Guerilla- bewegungen in Asien und Lateinamerika, verstärkter Kampf gegen das Kiesi regime in der BRD u.s.w. - "rechts" heißt künftige heiße Empfänge für Bob Kennedy, Berthold Beitz in Warschau.)
Einen Hinweis über die Richtung der Opposition erhalten wir aus folgende Meldung : Neue Züricher Zeitung vom Dienstag, 12.3.68. S. 1 :
"Konsequent wird verschwiegen, daß es sich bei diesen Studenten um Anhäng des Marxismus handelt, die das Konzept eines reformfreudigen Kommunismus vertreten und die verlangen, daß in Polen anstelle des bürokratischen Soz ialismus der "demokratische Sozialismus" eingeführt werde. Sie sind die A hänger der Philosophie des bekannten Theoretikers Leszek Kolakowski und der jungen Gelehrten Kuron und Modzelewski, die vor 3 Jahren ein fertiges Programm für Reformen in Polen verfassten und dafür bis zum vergangenen Jahr im Gefängnis saßen."
Kolakowski, Kuron und Modzelewski als geistige Väter eines "reformierten Kommunismus" und "demokratischen Sozialismus": Die Vereinigung der Gegen- sätze findet nur in der NZZ statt. Kuron und Modzelewski fordern die all- seitige demokratische Selbsttätigkeit der Massen (Kuron in KURSBUCH 9 , S. Kolakowski überwindet den Marxismus, indem er in positivistische Evolu- tionstheorien zurückfällt, (Der Mensch ohne Alternative, S. 24), und onkel- haft den Marxismus als interessanten Aspekt für die Soziologie ansieht. (S

Wir warten auf eine Äußerung, die das Selbstverständnis der polnischen Opposition erklärt.
Steht sie auf der Seite von Kuron und Modzelewski, dann gelten ihre Steinwürfe auch den Schaufenstern von Axel Springer :
"Der Kampf gegen die Diktatur der Bürokratie hilft der Arbeiterbewegun in der Welt, sich von deren Vormundschaft zu befreien. Die siegreiche anti-bürokratische Revolution wird dieser Vormundschaft ein Ende bereiten, sie ist der natürliche Verbündete der revolutionären Bewegungen in der Welt." Kuron a.a.O. S. 44

Eine kurze Zusammenfassung der Meldungen vom 12.3., die nicht in der westdeutschen Presse erschienen:
Das Theaterstück des Dichters Mickiewicz wurde nicht wegen anti-russischer Tendenzen abgesetzt, sondern wegen seines religiös-mystischen Cha rakters, der als reaktionär empfunden wurde.
Die Studenten sangen bei Zusammenstößen mit der Polizei die polnische Hymne und die Internationale.
Anläßlich einer Solidaritätserklärung für festgenommene Kommilitonen, zu denen vermutlich auch Kuron gehört, wurde eine Resolution mit folgenden Punkten von etwa 2000 Studenten angenommen:
1. Nennung des Verantwortlichen für den Polizeieinsatz in der Uni.
2. Nennung der Verfasser tendenziöser Artikel in der Regierungspresse, die die Studenten im "Bild"-Stil beschimpft hatte.
3. Wiederzulassung zwangsweise exmatrikulierter Studenten.
4. Abschaffung der bisherigen Disziplinargerichtsbarkeit.
5. Eine Liste aller verhafteten Studenten.
6. Das Recht dieser Studenten, zu den Vorgängen gehört zu werden.
7. Öffentlichkeit der zukünftigen Disziplinarausschüsse.
Diese Forderungen in Empfang zu nehmen wurde bisher vom Senat abgelehnt.
Die Universitätsbehörden haben lediglich die Bildung einer gemischten Kommission für die Zukunft zugesagt.
MELDUNGEN ÜBER WEITERE ÄUßERUNGEN DER STUDENTEN VON WARSCHAU. VOR ALLEM ÜBER SOLCHE MIT POLITISCHEM INHALT , GIBT ES BIS JETZT NOCH NICHT (Quellen: Le Monde, Paris; NZZ, Zürich; The Guardian, London; alle vom 12.

13.3.68

S D S Heidelberg

13.03.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "VDS-Politik anno '68…" des NHB zum Beschluß des VDS die DDR anzuerkennen und den Studentendemonstrationen in Warschau in Polen und den Protesten in der CSSR. Gefordert wird die Distanzierung des AStA und des StP vom VDS-Beschluß (vgl. 4.3.1969).
Q: NHB: VDS-Politik anno '68…, Heidelberg O. J. (1968)

19/03 68

VDS-Politik anno '68 ...

Am Wochenende faßte der VDS in München einen Beschluß, durch den er die Bundesregierung zur völkerrechtlichen Anerkennung und zum Botschafteraustausch mit der DDR auffordert. Er tat das angeblich namens der durch ihn vertretenen Studenten.

Ebenfalls am Wochenende demonstrierten unsere Warschauer Kommilitonen zu Tausenden auf offener Straße gegen die kommunistische Willkürherschaft in ihrem Lande. Sie forderten Freiheit und Demokratie.

Ebenfalls am Wochenende entstand in der Tschochoslowakei eine Volksbewegung gegen das stalinistische System der Novotny und Genossen. Man forderte Pressefreiheit, Revision der stalinistischen Terrorurteile, kurz mit einem Wort: Demokratie!

Die Vorgänge in Warschau und Prag waren den VDS-Vertretern spätestens seit Samstag früh durch die Rundfunknachrichten bekannt. Aber es gab keine Solidaritätserklärung für das freiheitsliebende tschechische Volk. Stattdessen fordert der VDS die Anerkennung des Ulbricht-Systems in Mitteldeutschland, das bekanntlich noch erheblich doktrinärer und volksfeindlicher ist als die Herrschaft der Novotny und Gomulka zusammengenommen.
Polen und Tschechen demonstrierten für Demokratie, die Herren vom VDS aber bliesen in Ulbrichts Horn. Besser konnte man wirklich nicht zeigen, wes Geistes Kind man ist.

Der VDS behauptet, er spreche aufgrund eines "Politischen Mandats" namens der gesamten Studentenschaft. Woher hat er eigentlich das Mandat? Jedermann weiß doch, daß die VDS-Delegierten nicht von den Studenten selbst, ja meist nicht einmal vom Studentenparlament gewählt werden: in der Regel bestimmt sie der AStA. Was dabei herauskommt, sieht man jetzt.

Soll das so bleiben? Wir sagen: N e i n !

Wir fordern:

1) Studentenparlament und AStA distanzieren sich aufs schärfste von den Münchener Vorkommnissen.
2) Der AStA bemüht sich in Zusammenarbeit mit den aus dem VDS ausgetretenen Studentenschaften (Würzburg, Saarbrücken u.a.) sofort um eine durchgreifende Reform des VDS, wobei mittels entsprechender Satzungsänderungen sicherzustellen ist, daß der VDS künftig nicht länger als Plattform für extremistische Politik mißbraucht wohnen kann.
3) Die Delegierten für den VDS sind künftig durch Urwahl von den Studenten selbst zu bestimmen (gleichzeitig mit SP-Wahlen!): nur so kann die Gefahr der Manipulation auf ein Minimum reduziert werden.

Wir lassen uns nicht länger von ungerufenen Sprechern sagen, was wir zu denken haben.

Wir fordern die sofortige, durchgreifende Demokratisierung des VDS !

Nationaldemokratischer Hochschulbund Heidelberg (Tel 34926)

13.03.1968:
In Berlin erscheint das gestrige Flugblatt mit einem offenem Brief von AStA FU, Studentenvertretung TU, ESG, SHB LV Berlin, SJD Die Falken und Republikanischem Club (RC) sowie in einer weiteren Version handschriftlich auch des SDS mit dem Aufruf zur Demonstration vom Olivaer Platz zur polnischen Militärmission.

Angekündigt wird in der zweiten Version: "Wir bringen rote Fahnen mit und Bilder von Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht."
Q: AStA FU et al.: Offener Brief - zwei Versionen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

O F F E N E R B R I E F

an die Regierung der Volksrepublik Polen
Herrn Ministerpräsidenten Cyrankiewicz

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Die außerparlamentarische Opposition in West-Berlin, die sich im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den Herrschaftsapparat des Spätkapitalismus zusammengefunden hat, solidarisiert sich mit dem antiautoritären Protest der polnischen Studenten und Arbeiter.
In der Volksrepublik Polen ist das Privateigentum an idustriellen Produktionsmitteln abgeschafft und eine Restauration des Kapitalismus ausgeschlossen und deshalb muß die polnische Gesellschaft dem Einzelnen mehr reale Freiheit gewähren als im Kapitalismus denkbar ist, Wenn eine selbstherrliche und engstirnige Bürokratie die Ausdehnung gesellschaftlicher Selbstverwaltung und damit die Erweiterung der Freiheit verhindert , ist Widerstand notwendig.
Wir protestieren dagegen, daß die Regierung der Volksrepublik Polen kommunistische Studenten durch brutalen Polizeieinsatz und Schnellgerichte unterdrückt.

gez. AStA - FU — Studentenvertretung TU
SDS — SHB - Landesverband Berlin
SJD - Falken — Republikanischer Club

Wir bringen rote Fahnen mit und Bilder von Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

WIR TREFFEN UNS AM
OLIVAER PLATZ
MORGEN 13.3. UM 17°° UH
ZUM MARSCH POL. MILITÄRMISSION (LASSENST
ZWECKS ÜBERGABE DES OFFENEN BRIEFES

O F F E N E R B R I E F

an die Regierung der Volksrepublik Polen
Herrn Ministerpräsident Cyrankiewicz

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Die außerparlamentarische Opposition in West-Berlin, die sich im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den Herrschaftsapparat des Spätkapitalismus zusammengefunden hat, solidarisiert sich mit dem antiautoritären Protest der polnischen Studenten und Arbeiter.

In der Volksrepublik Polen ist das Privateigentum an industrielle Produktionsmitteln abgeschafft und eine Restauration des Kapitalismus ausgeschlossen und deshalb muß die polnische Gesellschaft den Einzelnen mehr reale Freiheit gewähren als im Kapitalismus dankbar ist. Wenn eine selbstherrliche und engstirnige Bürokratie die Ausdehnung gesellschaftlicher Selbstverwaltung und damit die Erweiterung der Freiheit verhindert, ist Widerstand notwendig.

Wir protestieren dagegen, daß die Regierung der Volksrepublik Pol kommunistische Studenten durch brutalen Polizeieinsatz und Schnel gerichte unterdrückt.

gez. AStA - FU
GSG
SJD- Falken
Studentenvertretung TU
SHB- Landesverband Berlin
Republikanischer Club

Der Brief wird heute, 13.03., der polnischen Militärmission übergeben.
Alle die sich an der Übergabe beteiligen wollen, treffen sich um 17^{00} am Olivaer Platz.

13.03.1968:
In Berlin erscheint vermutlich heute das Flugblatt "Solidarität!" der Gruppe Neuer Roter Turm (NRT) zu den Protesten in Polen.
Q: NRT: Solidarität!, Berlin O. J. (1968)

13.3.68

SOLIDARITÄT!

Neuer Roter Turm

"In Warschau randalieren die Studenten. Der akademische Mob terrorisiert die Warschauer Bevölkerung, die nichts als Ruhe und Ordnung wünscht.. Aber die Welt weiß, wo die Warschauer stehen. Sie werden der verschwindend kleinen anarchistischen Minderheit eine entschiedene Abfuhr erteilen."

Das stand nicht in der "Welt"; auch nicht in der "B.Z." oder der "Morgenpost". Es stand in "kommunistischen" und katholischen Blättern Polens. Dagegen entdeckt Springer neuerdings sein Herz für die antiautoritäre Revolte der Jugend. Die beiden sonst so feindlichen Brüder verfolgen dabei freilich denselben Zweck : Beide versuchen, den antiautoritären Protest umzufälschen in ein Wiedererwachen bourgeoiser Ideale und Ressentiments. Die Rebellion gegen das bornierte Bürokratenregime Gomulkas und seiner Clique wird als eine Bewegung zur Wiederherstellung des bürgerlich-parlamentarischen Systems und damit zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse dargestellt.

Sicher, aus den kümmerlichen Nachrichten, auf die wir angesichts des berüchtigten Niveaus der deutschen Presse angewiesen sind, können wir uns noch kein exaktes Bidd über den gegenwärtigen Bewußtseinsstand und die unmittelbaren Ziele dieser Bewegung machen. Es mag durchaus stimmen, daß sich unter den Forderungen der Demonstranten auch diese oder jene eindeutig bürgerlich-liberale Parole befindet. Aber kann man denn von diesen Jugendlichen eine klare revolutionäre Klassenperspektive verlangen, nachdem die Ideologen der parasitären Bürokratenkaste seit Jahr und Tag die analytische Methode des Marxismus zu einem starren Katalog steriler Gemeinplätze degradiert haben ? Aus welchen Arsenalen können denn die rebellierenden Jugendlichen ihre theoretischen Kriterien für die Entwicklung eines revolutionär-sozialistischen Programms beziehen, wenn sie den Marxismus bislang nur in der Gestalt seiner stalinistischen Karikatur kennengelernt haben ? Es bleibt ihen keine andere Wahl, als sich diese Kriterien im Verlauf ihrer Kämpfe aus ihrer eigenen empirischen Erfahrung zu entwickeln.
Es erscheint jedenfalls ziemlich absurd, hinter den Zusammenstößen in Warschau die politischen Regungen einer Bourgeoisie zu vermuten, deren sozioökonomische Existenzgrundlage in Polen doch seit langem liquidiert ist. Allerdings wäre es denkbar, daß die augenblicklichen Konfrontationen versanden könnten als kurzlebige Mißmutsäußerungen einer Schicht junger technokratischer Intellektueller , denen ihr eigener Aufstieg in die Elite der Bürokratenkaste nicht schnell genug ging ; immerhin ging die Initiative wie in Westeuropa von den Studenten aus, die in den osteuropäischen Gesellschaften - noch stärker a ls bei uns - oft nur Anwärter auf freiwerdende Bürokratensessel sind. Aber schon in den letzten beiden Tagen hat sich die Basis der Bewegung stark auf andere soziale Gruppen ausgedehnt, was eine gewisse Sicherung gegen diese Gefahr bedeutet. Nur 10% der Verhafteten sind nach polnischen Quellen Studenten.

Aber auch im Bewußtsein der polnischen Studenten spielt sich seit Jahren ein ähnlicher Prozeß ab wie etwa an den Berliner Universitäten: die Wiederentdeckung des authentischen, revolutionären Marxismus und der Idee der proletarischen Räte-Demokratie, der Tradition der Linken Opposition im stalinistischen Rußland.

Im Juli 1965 standen in Warschau zwei junge Wissenschaftler vor Gericht - Karol Modzelewski und Jacek Kuron. Ihr Verbrechen war, eine marxistische Analyse der bürokratischen Degeneration des polnischen Arbeiterstaates erarbeitet und daraus ein Programm für die politische Revolution gegen die Bürokratie entwickelt zu haben. Sie wurden zu je drei und dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, aber die Popularität, die sie persönlich, und die Resonanz, die ihr Programm errungen hatten, und die internationale Solidaritätskampagne zwangen das Gomulka-Regime, sie im Verlauf des vergangenen Jahres wieder freizulassen. Sie kapitulierten nicht, sondern haben ihre revolutionäre Oppositionsarbeit fortgesetzt. Sie und ihre Gruppe sind heute die bewußte Avantgarde der polnischen Studenten und der antibürokratischen Revolution. Dies sind ihre programmatischen Ziele, deren Durchsetzung das Machtmonopol der Bürokratie und ihren lähmenden Einfluß auf die polnische Gesellschaft brechen würde :

Abschaffung der Zensur ; Wiederbelebung der Arbeiterräte; Unabhängigkeit der Gewerkschaften; das Recht auf ökonomische und politische Streiks; Zulassung mehrerer, konkurrierenden Arbeiterparteien !

Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst der revolutionären Jugendbewegung. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, S c h ü t z und G o m u l k a, d e G a u l l e und P a t t a k o s, englische L a b o u r - Bürokraten und deutsche Polizisten !

Die Kräfte des Neuen Europa - das sind die rebellierenden Jugendlichen von Madrid, Berlin und Warschau, die internationale Solidarität der antiautoritären, antikapitalistischen und antibürokratischen Kräfte !

DARUM VOLLE SOLIDARITÄT MIT DER WARSCHAUER JUGEND !

Redaktion und Gruppe NEUER ROTER TURM,
1 Bln 39
Hohenzollernstr. 7 809 12 38

14.03.1968:
Aus Vietnam berichtet Horst Szeponik (vgl. 31.1.1968, 15.3.1968):"
Die Golddeckung des US-Dollars wird aufgehoben. Die Aufblähung des Kriegsbudgets verstärkt die inflationären Tendenzen in den USA."
Q: Horizont Nr. 46, Berlin (DDR) 2. Novemberwoche 1972, S. 25f

14.03.1968:
Der niedersächsische Kultusminister Langeheine verfaßt, laut Hans Mohrmann, einen Erlaß über die "Selbstschutzgrundausbildung von Schülerinnen und Schülern durch den Bundesluftschutzverband" (vgl. 9.9.1968).
Q: AUSS-Info Nr. 3, Frankfurt 1969, S. 61

Auch das ist wiederum kein Einzelfall. Bereits am 14. 3. 1968 regelte Niedersachsens Langeheine die "Selbstschutzgrundausbildung von Schülerinnen und Schülern durch den Bundesluftschutzverband" (Erlaß IZ 1962/22). Vom 9. - 11. September fand zu diesem Zweck in Bückeburg bereits ein "Zivilverteidigungsseminar" für Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte statt, das vom niedersächsischen Kultusministerium und dem BLSV organisiert war. Wo keine Erlasse vorhanden, finden Luftschutzveranstaltungen auch ohne legalistische Mätzchen statt. (Hessen: Schuldorf Bergstrasse)

Das heißt: Wo die pädagogische Wehrertüchtigung nicht ausreicht, sollen ständige Zivilschutzübungen dafür sorgen, daß das Gefühl der äußeren Bedrohung und die Illusion des wirksamen Schutzes davor nicht verloren geht. Im Zeitalter der Atombome ist es zur Aufrechterhaltung der "Verteidigungsbereitschaft" notwendig, wenigstens die Illusion eines wirksamen Schutzes zu vermitteln, nicht zuletzt, um dem Soldaten die Kampfmoral zu erhalten.

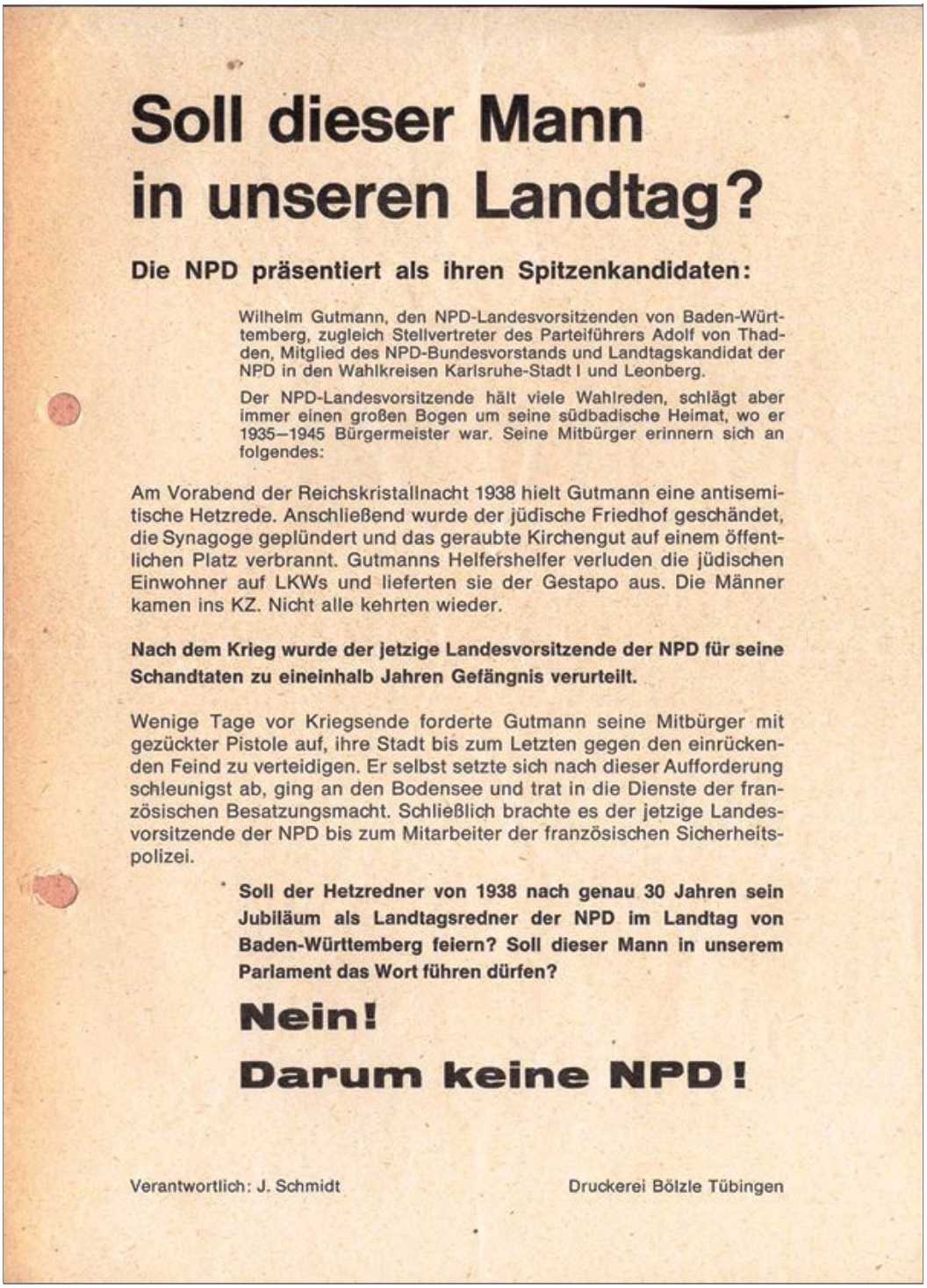
Was uns bei der ganzen Sache aufmerksam machen müßte, ist die ganz offensichtliche Kollaboration von Buwe und Kultusministerien. Besser als wir haben sie offensichtlich erkannt, wo der Kampf zu führen ist: an unseren eigenen Schulen. Die bisherige Form des Unterrichts kann offensichtlich die Aufgabe, die Schüler in die formierte Gesellschaft zu integrieren, nicht mehr erfüllen.

Dazu muß die alte Ideologie der Volksgemeinschaft aus der Mottenkiste geholt werden. Wo man rationalen Argumenten nicht mehr begegnen kann, greift man zurück auf die alte Irrationalität. "Nationale Existenz, Staatsbewußtsein, Staatsauftrag, politisches Situationsbewußtsein des deutschen Volkes" (Wagner). Die beste Instituion dafür scheint die Bundeswehr zu sein, die besten Männer dafür scheint die Bundeswehr zu erziehen, deshalb Bundeswehroffiziere an die Schulen, deshalb Bundeswehrpropaganda an den Schulen, deshalb Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, um diese Erziehung möglichst umfassend leisten zu können.

Wir müssen jedoch festhalten, daß unser bisheriger Kampf gegen die Buwe eine andere Zielrichtung hatte. Es wurde mehr oder weniger nur versucht, über den Umweg der Kriegsdienstverweigerung eine bestenfalls semipolitische Mobilisierung zu erreichen. Der Kampf gegen die Buwe war Aufgabe

15.03.1968:
Aus Vietnam berichtet Horst Szeponik (vgl. 14.3.1968, 16.3.1968):"
Der USA-Kongreß bewilligt 49, 5 Mio. Dollar im neuen Haushaltsjahr für den chemischen Krieg in Vietnam."
Q: Horizont Nr. 46, Berlin (DDR) 2. Novemberwoche 1972, S. 25f

15.03.1968:
Vermutlich landesweit in Baden-Württemberg erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Soll dieser Mann in unseren Landtag?" zu den Landtagswahlen (LTW - vgl. 28.4.1968) bzw. dem NPD-Spitzenkandidaten Wilhelm Gutmann unter Verantwortung von J. Schmidt. Gedruckt wurde es in Tübingen, verbreitet auch an der Universität Heidelberg.
Q: Schmidt, J.: Soll dieser Mann in unseren Landtag?, O. O. O. J. (1968)



Soll dieser Mann in unseren Landtag?

Die NPD präsentiert als ihren Spitzenkandidaten:

Wilhelm Gutmann, den NPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, zugleich Stellvertreter des Parteiführers Adolf von Thadden, Mitglied des NPD-Bundesvorstands und Landtagskandidat der NPD in den Wahlkreisen Karlsruhe-Stadt I und Leonberg.

Der NPD-Landesvorsitzende hält viele Wahlreden, schlägt aber immer einen großen Bogen um seine südbadische Heimat, wo er 1935–1945 Bürgermeister war. Seine Mitbürger erinnern sich an folgendes:

Am Vorabend der Reichskristallnacht 1938 hielt Gutmann eine antisemitische Hetzrede. Anschließend wurde der jüdische Friedhof geschändet, die Synagoge geplündert und das geraubte Kirchengut auf einem öffentlichen Platz verbrannt. Gutmanns Helfershelfer verluden die jüdischen Einwohner auf LKWs und lieferten sie der Gestapo aus. Die Männer kamen ins KZ. Nicht alle kehrten wieder.

Nach dem Krieg wurde der jetzige Landesvorsitzende der NPD für seine Schandtaten zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Wenige Tage vor Kriegsende forderte Gutmann seine Mitbürger mit gezückter Pistole auf, ihre Stadt bis zum Letzten gegen den einrückenden Feind zu verteidigen. Er selbst setzte sich nach dieser Aufforderung schleunigst ab, ging an den Bodensee und trat in die Dienste der französischen Besatzungsmacht. Schließlich brachte es der jetzige Landesvorsitzende der NPD bis zum Mitarbeiter der französischen Sicherheitspolizei.

Soll der Hetzredner von 1938 nach genau 30 Jahren sein Jubiläum als Landtagsredner der NPD im Landtag von Baden-Württemberg feiern? Soll dieser Mann in unserem Parlament das Wort führen dürfen?

Nein!

Darum keine NPD!

Verantwortlich: J. Schmidt

Druckerei Bölzle Tübingen

15.03.1968:
Der SDS Tübingen gibt das Flugblatt "Warschau ist nicht allein" zu Polen heraus.
Q: SDS: Warschau ist nicht allein, Tübingen 15.3.1968; SDS-Flugblätter zur Hochschulpolitik. Tübingen, Sommer-Semester 1967 Winter-Semester 1967/68, Tübingen O. J. (1968), S. 9

(6) WARSCHAU IST NICHT ALLEIN

- In Japan müssen sich erst tausende von Studenten mit tausenden von Polizisten schlagen,
- in Spanien müssen erst Massenverhaftungen unter den Studenten stattfinden und die Institute wochenlang geschlossen bleiben,
- in Persien müssen erst die Universitäten von Teheran und Schiraz geschlossen, Studenten festgenommen und gefoltert werden,
- in Italien müssen erst die Universitäten funktionsunfähig geworden sein und von Studenten besetzt werden,
- in Frankreich müssen erst Streiks der Arbeiter und Studenten von der Polizei niedergeknüppelt werden,

damit sich der größte Teil der bundesrepublikanischen Presse auf seine Informationspflicht besinnt.

In der ČSSR genügt es bereits, daß sich Prager Studenten über die schlechte Stromversorgung ihres Wohnheims beschweren, und die Presse von BILD bis FAZ überschlägt sich in antikommunistischer Propaganda.

Wenn gar in Polen Warschauer und Krakauer Studenten ihren Protest gegen staatliche Willkür und universitäre Reglementierung in offensiven Demonstrationen äußern, wird das bei uns in nichtendenwollenden Presse- und Rundfunkkommentaren als prowestliche und antisozialistische Kundgebung dargestellt. Kein Wort von solidarischen Äußerungen z.B. der tschechoslowakischen Studenten mit der westdeutschen Studentenbewegung.

Westdeutsche Kreml-Astrologen und selbsternannte Sowjetologen wittern bereits die Morgenluft des Aufstands im Ostblock.

Hat man je gelesen, daß in Springerzeitungen und in anderen, ihnen in nichts nachstehenden Presse-Organen berichtet worden wäre, bundesrepublikanische Studenten seien "brutal niedergeknüppelt" worden? (BILD-Schlagzeile am 12.3.68: KRAWALLE IN WARSCHAU, STUDENTEN NIEDERGEKNÜPPELT).

Der Warschauer Polizeiterror dagegen wird ausführlich und mit antikommunistischer Inbrunst beschrieben.

Aber wie wir ja auch alle wissen, gibt es Polizeiterror nur in sozialistischen Staaten.

Diese Berichterstattung ist System: selbst die anti-autoritäre Opposition im Ostblock - die sich bewußt als sozialistisch versteht - muß dazu herhalten, die Überlegenheit kapitalistisch-westlicher Freiheitsideologie zu propagieren. In dieser Logik muß dann auch anti-autoritäre studentische Opposition im Westen konsequent als antidemokratisch und terroristisch diffamiert werden.

WIR PROTESTIEREN gegen die bewußte Verfälschung der polnischen Studentendemonstration in einem großen Teil der westdeutschen Presse!

WIR PROTESTIEREN gegen die Diffamierung dieser Proteste in der polnischen Presse, die ebenso wie die reaktionäre westliche Presse - natürlich mit umgekehrtem Vorzeichen - von Drahtziehern spricht!

WIR PROTESTIEREN gegen die Verhaftung unserer Genossen Modzelewski und Kuron, Michnik, Szlaifer, Gorecki, Blumsztajn und Toruncyk und gegen die Unterdrückung der studentischen Bewegung in Warschau und Krakau!

WIR ERKLÄREN UNS SOLIDARISCH MIT IHREM KAMPF UM DEMOKRATISIERUNG VON HOCHSCHULE UND GESELLSCHAFT. Unsere Solidarisierung mit den polnischen Genossen kann allerdings nicht verbal bleiben; ihr Kampf gegen die Bürokratisierung des Sozialismus bestärkt uns in unserem Kampf gegen das spätkapitalistische System.

SDS SDS SDS SDS SDS SDS - 15.3.68

WARSCHAU IST NICHT ALLEIN!

- In JAPAN müssen sich erst tausende Studenten mit fünftausend Polizisten schlagen,
- In SPANIEN müssen erst Massenverhaftungen unter den Studenten stattfinden und die Institute wochenlang geschlossen bleiben,
- In PERSIEN müssen erst die Universitäten von Teheran und Schiraz geschlossen, viele Studenten festgenommen und gefoltert werden,
- In ITALIEN müssen erst die Universitäten funktionsunfähig geworden sein und von Studenten besetzt werden,
- In FRANKREICH müssen erst Streiks der Arbeiter und Studenten von der Polizei niedergeknüppelt werden,

damit sich der größte Teil der bundesrepublikanischen Presse auf seine Informationspflicht besinnt.

In der CSSR genügt es bereits, daß sich prager Studenten über die schlechte Stromversorgung ihres Wohnheims beschweren, und die Presse von BILD bis FAZ überschlägt in antikommunistischer Propaganda.
Wenn gar in POLEN warschauer und krakauer Studenten ihren Protest gegen staatliche Willkür und universitäre Reglementierung in offensiven Demonstrationen äußern, wird das bei uns in nicht endenwollenden Presse-und Rundfunkkommentaren als prowestliche und antisozialistische Kundgebung dargestellt. Kein Wort von solidarischen Äußerungen z.B. der tschechoslowakischen Studenten mit der westdeutschen Studentenbewegung.
Westdeutsche Kremlastrologen und selbsternannte Sowjetologen wittern bereits die Morgenluft des Aufstands im Ostblock.

Hat man je gelesen, daß in Springer-Zeitungen und in anderen ihnen in nichts nachstehenden Presseorganen berichtet worden wäre, bundesrepublikanische Studenten seien "brutal niedergeknüppelt" worden? (BILD-Schlagzeile am 12.3.68: KRAWALLE IN WARSCHAU-STUDENTEN NIEDERGEKNÜPPELT.)
Der warschauer Polizeiterror dagegen wird ausführlich und mit antikommunistischer Inbrunst beschrieben.
Aber wie wir ja auch alle wissen, gibt es Polizeiterror nur in den sozialistischen Staaten.

Diese Berichterstattung ist System: selbst die antiautoritäre studentische Opposition im Ostblock -die sich bewußt als sozialistisch versteht- muß dazu herhalten, die Überlegenheit kapitalistisch-westlicher Freiheitsideologie zu propagieren. In dieser Logik muß dann auch antiautoritäre studentische Opposition im Westen konsequent als antidemokratisch und terroristisch diffamiert werden.

WIR PROTESTIEREN gegen die bewußte Verfälschung der polnischen Studentendemonstrationen in einem großen Teil der westdeutschen Presse!
WIR PROTESTIEREN gegen die Diffamierung dieser Proteste in der polnischen Presse, die ebenso wie die reaktionäre westliche Presse -natürlich mit umgekehrten Vorzeichen- von Drahtziehern spricht!
WIR PROTESTIEREN gegen die Verhaftung unserer Genossen Modzelewski und Kuron, Michnik, Szlajfer, Gorecki, Blumsztajn und Toruncyk und gegen die Unterdrückung der studentischen Bewegung in Warschau und Krakau!
Wir erklären uns solidarisch mit ihrem Kampf um Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft.

Unsere Solidarisierung mit den polnischen Genossen kann allerdings nicht ve
bal bleiben; ihr Kampf gegen die Bürokratisierung im Sozialismus bestärkt u
in unserem Kampf gegen das spätkapitalistische System.

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND (SDS) TÜBINGEN 15.3.1968

15.03.1968:
Unter Beteiligung ehemaliger USG-Mitglieder findet in der Berliner TU, laut 'BED', ein Treffen statt, an dem ca. 300 Berufsschüler teilnehmen. Es wird jedoch keine neue Schülerorganisation gegründet.
*Q: Berliner Extra Dienst Nr. 80, Berlin **.*.1968, S. 6f; Michael Witte, Norbert Deutschmann, Ezra Gerhardt und Alf Böhmert: Berufsschüler!, o. O. O. J.*

15.03.1968:
In Berlin erscheint spätestens heute aufgrund einer Initiative von Oberschülern ein Flugblatt "Das große Schweigen" zum Biafrakrieg.
Q: Das große Schweigen, O. o. O. J.

1 5. MRZ. 1968

DAS GROSSE SCHWEIGEN

Während die Kriegsführung der USA in Vietnam immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik gerät, ist es möglich, daß ein mindestens ebenso blutiger Krieg wie in Südostasien von vielen unbemerkt stattfindet!
Während sich unsere Presse - zu Recht - über die Ermordung von Flüchtlingen in unserer unmittelbaren Nähe empört, verschweigt ein Teil gerade dieser Zeitungen ihrer Leserschaft die Tötung Tausender von Menschen auf einem anderen Punkt unserer Erde!
Denn: Wer kennt schon die Ursachen des Bürgerkrieges, der seit 9 Monaten im afrikanischen Staat Nigeria tobt? Wer weiß schon um die Unruhen, die diesem grausamen Kampf vorausgingen?
Warum wird ein Großteil unserer Mitbürger über solche Dinge nicht ausreichend informiert? Es gibt Informationsmöglichkeiten für Presse und Rundfunk!
Am 3. Februar sprach in einer Pressekonferenz Dr. Ibiam, ein Regierungsvertreter der ehemals nigerianischen "Republik Biafra", über die Lage in seinem Land. Er schickte seinen Ausführungen einige geschichtliche Erläuterungen voraus und erwähnte, daß 1960 bei der Gründung Nigerias drei verschiedene Völker in einem Staat zusammengefaßt worden sind. Ibiam verglich diesen Fehlgriff der britischen Kolonialbehörden mit dem unsinnigen Versuch, drei europäische Völker, etwa Jugoslawen, Italiener und Polen, zu einem Staat verschmelzen zu wollen.
Die der Unabhängigkeit Nigerias folgenden politischen Wirren fanden 1966 in der Ermordung von über 33000 Nigerianern ihren Höhepunkt. Die Opfer dieses Massakers waren nach Ibiams Worten ausschließlich Angehörige des christlichen Ibostammes, die von ihren islamischen Landsleuten aus wirtschaftlichen und politischen, also vorrangig nichtreligiösen Motiven erschlagen wurden. Die Tötung der Männer, Frauen und Kinder ging auf widerlichste Weise vor sich.
Die Ibos proklamierten daraufhin ihr Siedlungsgebiet, die Ostregion Nigerias, am 30. 5. 67 zur "Republik Biafra". Biafra wurde bisher von keinem Staat, auch von der Bundesrepublik nicht, anerkannt.
Ibiam berichtete, Biafra unterliege einer Blockade. Auch die Bundesrepublik ist an dieser Blockade beteiligt; z. B. dürfen Flugzeuge aus Biafra keine deutschen Flughäfen ansteuern. (Ibiam selbst konnte Biafra nur unter größten Schwierigkeiten verlassen und galt lange Zeit für verschollen.)
Rußland, England und die Tschechoslowakei unterstützen militärisch das restliche Nigeria, das Biafra bevölkerungs- und flächenmäßig weit überlegen ist. Viele andere Staaten, so die Bundesrepublik, leisten wirtschaftliche Hilfe.
Biafra ist dagegen auf Waffenkäufe auf dem Schwarzen Markt angewiesen. Es ist durch die Aufnahme von rund zwei Millionen Iboflüchtlingen in eine sehr schwierige Situation geraten.
Auf Fragen der bei der Pressekonferenz anwesenden Reporter teilte Ibiam mit, englische Bombenflugzeuge hätten die Ölraffinerien Biafras und Krankenhäuser angegriffen. Die Ölraffinerien seien zerstört worden.
Biafra benötigt dringend Medikamente und verschiedene Nahrungsmittel wie Fleisch und Milchpulver. Die Lage der 14 Millionen Ibos gilt als sehr bedenklich. Die Massenmorde, die im Sommer 66 und nach der Rückeroberung der ebenfalls von Nigeria abgefallenen "Mittelwestregion" verübt wurden, beweisen eine beispiellose Grausamkeit.
Die UNO hat ein Eingreifen in die augenblicklichen Geschehnisse in Nigeria bereits einmal abgelehnt. Ibiam sprach mit Bedauern davon, daß seine Versuche, mit Bonner Politikern ins Gespräch zu kommen, gescheitert seien. Er beurteilte die Lage seines Volkes als sehr ernst und bezeichnete den von England und der Sowjetunion unterstützten Krieg gegen Biafra als versuchten Völkermord.
Die vorangegangenen Zeilen enthalten Äußerungen und Ansichten eines sicherlich nicht neutralen Mannes. Wir maßen uns nicht an, sie alle auf ihre Richtigkeit hin überprüfen zu können. Wir stellen nur ein verräterisches Schweigen großer Teile unserer Presse fest und geben zu bedenken:
Politiker, die von Menschlichkeit reden und damit falsche Rücksichten meinen, führen sich selbst ad aburdum
Zeitungen, die ihre Meldungen nicht nach ihrer Wichtigkeit, sondern nach ihrer Entfernung zu ihrem Erscheinungsort sortieren, dürfen sich nicht wundern, wenn sie "provinzialistisch" genannt werden.
Nicht voreilige Parteinahme, wohl aber eine der Wichtigkeit des Themas angemessenere Berichterstattung über die Vorgänge in Biafra und Nigeria kann gefordert werden. Sachliche Informationen sind jedoch dazu da, daß man Konsequenzen aus ihnen zieht.
Ist es denn im 20. Jahrhundert wirklich noch möglich, daß sich ein Volk von der Größe des Westdeutschen in einem Bürgerkrieg zerfleischt und die ganze Welt nimmt keine Notiz davon und schweigt?
Was getan werden kann, ist, vorerst dem von beiden Gegnern zu helfen, der diese Hilfe z. Zt. am nötigsten hat. Ein öffentliches Konto unter dem Kennwort "Spendenaktion Biafra" ist bei der BERLINER COMMERZBANK eröffnet worden.

Die Konto Nummer lautet: 128 000

Die eingehenden Gelder kommen ausschließlich dem Kauf von Medikamenten, Milchpulver usw. für Biafra zugute!

- Dieses Flugblatt entstand aus der Initiative einer Gruppe von Oberschülern, die sich hier nicht an Schweigen und Untätigkeit beteiligen wollten. -

16.03.1968:
Aus Vietnam berichtet Horst Szeponik (vgl. 15.3.1968, 21.4.1968):"
Massaker von US-Truppen in Son My, bei dem über 500 Zivilisten viehisch ermordet werden."
Q: Horizont Nr. 46, Berlin (DDR) 2. Novemberwoche 1972, S. 25f

16.03.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, von der HSU Heidelberg das Flugblatt "Offener Brief an Prof. Dr. Wilhelm Hahn, Kultusminister von Baden-Württemberg" zu dessen Schreiben an die HSU vom 13.2.1968. Hahn wird aufgefordert politische Studentengruppen zu unterstützen und nicht zu behindern.
Q: HSU: Offener Brief an Prof. Dr. Wilhelm Hahn, Kultusminister von Baden-Württemberg, Heidelberg O. J. (1968)

16/05 - 68

HUMANISTISCHE STUDENTEN-UNION HEIDELBERG

Offener Brief an Prof. D. Wilhelm Hahn,
Kultusminister von Baden-Württemberg.

Sehr geehrter Herr Kultusminister!

In Ihrem Schreiben vom 13. 2. 1968 erklären Sie, "mit großem Interesse" unsern "Ausführungen über die Arbeit der Humanistischen Studenten-Union gefolgt" zu sein, und Sie fügen hinzu, Sie begrüßten das "politische Interesse" unseres Vereins und seien wie wir "der Auffassung, daß es für das Gedeihen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung von allergrößter Bedeutung" sei, "daß auch die Studenten sich politisch aktiv betätigen."

Diesen freundlichen Bemerkungen widerspricht leider, daß Sie die Humanistische Studenten-Union seit Jahren besonders unfreundlich behandeln. Parteiorientierte politische Hochschulgruppen werden aus Mitteln des Kultusministeriums unterstützt, die unabhängige Humanistische Studenten Union aber, die den Gedanken freiheitlicher Demokratie durch ihre Veranstaltungen zu fördern sucht und die z.B. in Heidelberg semesterlang mehr Öffentlichkeitsarbeit leistete als alle parteipolitischen Hochschulgruppen zusammen, erhielt aus Ihrem Etat noch keinen Pfennig. Hier ist, meinen wir, der im Grundgesetz garantierte Gleichheitsgrundsatz verletzt.

Doch lassen wir diese Frage, über die das von uns angerufene Verwaltungsgericht Karlsruhe hoffentlich bald entscheiden wird, beiseite. Folgender Tatbestand sei festgehalten: Am 28. 6. 1967 sagten Sie uns eine Besprechung zu, die Sie in Ihrem Schreiben vom 13. 2. 1968 endgültig wieder absagten. Zwischen Zusage und Absage liegen siebeneinhalb Monate, in denen Sie uns hinhielten, ein Dutzend Briefe hin und her reisen und uns zu einer vorbereitenden Besprechung nach Stuttgart (natürlich ohne die Fahrtkosten zu ersetzen) kommen ließen.

Unter diesen Umständen enthüllt sich Ihr oben zitierter Zuspruch und ebenso die rein haushaltsrechtliche Begründung Ihrer verspäteten Absage als bedeutungslos. Erstens hatten Sie, kaum daß unsere Klage beim Verwaltungsgericht anhängig gemacht war, die Richtlinien des Landesjugendplans ändern lassen - das hatte mit Haushaltsrechtlichkeit nichts zu tun sondern war als Versuch zu verstehen, unsere rechtlichen Ansprüche zu unterlaufen; damals konnten Sie Entscheidungen fällen, während Sie nun behaupten, "gebunden" zu sein -, und zweitens war die Finanzfrage, wie Sie wissen, nur der vordergründige Aspekt eines weiteren Themas Zu klären war, ob Sie nicht davon abgebracht werden könnten, die Radikalisierung in der Studentenschaft so wirksam wie bisher voranzutreiben.

Dies ist der entscheidende Punkt. Wir würden unseren Fall nicht so ernst nehmen, schiene er uns nicht symptomatisch. Gerade von Vorsitzenden und Referenten des "Allgemeinen Studenten-Ausschusses"(AStA) wissen wir, daß es nicht nur für uns sondern auch für diese schwierig ist, Sie zu erreichen. Von politischen Hochschulgruppen hat, so weit sich das feststellen läßt, nur der "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS) bei Ihnen Zugang, d.h. eine mit CDU-Geldern und Landesmitteln reich dotierte Organisation, deren Hauptforderung, der Studentenschaft das politische Mandat abzuerkennen, doch Ihrer Behauptung, "daß es für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung von allergrößter Bedeutung ist, daß auch die Studenten sich politisch aktiv betätigen", gerade entgegenwirkt. Derartiges muß Studenten, die für Fragen der Politik aufgeschlossen sind, provozieren. Sie wecken den Eindruck, auch wenn Sie das Gegenteil behaupten, garnicht politisch aktive sondern nur gehorsame Studenten zu wollen. Man könnte meinen, Sie trauerten einem Ge-

sellschaftsbild nach, das nicht der im Grundgesetz umschriebenen freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik entspricht.

Vor der Heidelberger Sportjugend erklarten Sie am 8. 2. 68, "es gebe weniger Unruhe, wenn die unzufriedene Jugend ihre nicht an den Mann gebrachten aggressiven Kräfte auf dem Sportplatz anstatt auf der Straße austoben würde. Schließlich seien es nicht die Sportler, von denen die Unruhe ausgehe."(Heidelberger Tageblatt, 10. 2.; vgl. Rhein-Neckar-Zeitung, 14. 2.) Das ist in doppelter Hinsicht ein böses Wort. Erstens diffamieren Sie diejenigen, die sich des legitimen Mittels politischer Demonstration bedienen und unterstellen ihnen unehrenhafte Motive, zweitens suggerieren Sie einen Gegensatz zwischen Sportlern und kritischen Zeitgenossen, die ersteren werden gelobt, die letzteren werden als Unruhestifter verfemt. Das weist auf Vorstellungen von politischer Gesundheit, die überwunden sein sollten. Eine freiheitliche Demokratie, nach entsprechendem Gesundheitsrezept behandelt, hat kaum Überlebenschancen.

Leider ist diese Diffamierung kein Einzelfall. Wenn Gemeindemitglieder, die zugleich dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund angehören, für Diskussion im Gottesdienst eintreten, behaupten Sie eine antikirchliche Maschination (s. Heidelberger Tageblatt und Rhein-Neckar-Zeitung, 5. 2.). Wenn der "Allgemeine Studenten-Ausschuß" zum Streik gegen die Verabschiedung eines fragwürdigen Hochschulgesetzes aufruft, unterstellen Sie Demagogie (s. Heidelberger Tageblatt, 9. 2.). Das sind nur zwei Beispiele unter anderen.

Das Ergebnis ist Radikalisierung. Ungerechte Behandlung fordert Gegnerschaft, Diffamierung fördert Aggression. Persönliche Auseinandersetzung wird damit zum Politikum. Die Öffentlichkeit wird gegen die Studenten und die Studentenschaft wird gegen die Bevölkerung mobilisiert, so weit diese die Diffamierung des kritischen Engagements übernimmt. Es entsteht eine Unruhe, die nicht geeignet ist, Verantwortungsbewußtsein zu entwickeln und rationale Diskussion in Gang zu setzen. Um die Demokratie wird sich damit, nach unserer Meinung, nicht verdient gemacht.

Manche der Linken mögen sich darüber freuen, sie beweisen damit nur Mangel an Wirklichkeitssinn. Die Linke ist in der Bundesrepublik ohne Machtreserven. Profitieren wird schließlich, sollte die Eskalation weitergehen, die andere Seite, der Rechtsextremismus.

Wir geben zu, daß Sie nicht allein an der Mißstimmung zwischen Ihnen und der Studentenschaft und damit an allgemeineren politischen Folgen schuld sind, sondern daß wir in Ihnen nur einen unter vielen, die in vergleichbarer Richtung wirken, zu sehen haben. Vorwürfe sind Ihnen deswegen nicht zu ersparen. Ein Kultusminister darf nicht nur für Sportjugend, Hausfrauenzirkel und Kolpingfamilie, sondern er muß auch für die Studentenschaft zugänglich sein. Statt Studenten zu diffamieren und provozierend abzufertigen, sollte er sich von ihnen informieren lassen. Die Öffentlichkeitsarbeit politischer Hochschulgruppen, so weit sie der Grundgesetz nicht widerspricht, sollte er nicht behindern sondern unterstützen. Das sind unsere bescheidenen Forderungen, denen Sie leider nicht entsprochen haben.

Mit hochachtungsvollen Grüßen
Im Auftrag des Vorstands der Humanistischen Studenten-Union Heidelberg
gez. Wilfried Meyer.

12.03.1968:
In Berlin erscheint das Flugblatt "Die Säuberung der SPD geht weiter" des SHB zum gestrigen SPD-Ausschluss von Erwin Beck und Harry Ristock wegen der Vietnamdemonstration vom 18.2.1968.
Q: SHB: Die Säuberung der SPD geht weiter, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

15. MRZ. 196

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

Die Säuberung in der SPD geht weiter

Nachdem schon am Montag vom Landesvorstand der SPD 5 Mitglieder wegen Kritik an der Parteiführung entfernt worden waren, wurden heute nacht Erwin Beck und Harry Ristok wegen ihrer Teilnahme an der Vietnam- Demonstration vom 18.2.68 aus der SPD ausgeschlossen.

Stalinisten aus der Berliner Parteizentrale machen rücksichtslosen Gebrauch von ihrer Mehrheit , um Kritik an der gescheiterten Berliner Senatspolitik abzuwürgen.

Die mittelmäßigen Kleinbürger, die den rechten Flügel der SPD repräsentieren und sich in nichts von den rechtsradikalen Berliner CDU- Politikern unterscheiden, gehen daran, die gesamte innerparteiliche Opposition der SPD zu eliminieren.

Wir werden jetzt rasch diskutieren und handeln müssen.

Solidarisieren Sie Sich mit uns!!!

Ort und genaue Zeit für die am Dienstag den 19.3.68 geplante Diskussionsveranstaltung des SHB über diese Vorgänge werden noch bekannt gegeben.

Solidaritätserklärungen mit den ausgeschlossenen Mitgliedern der SPD sind jederzeit an das SHB-Heim :

Bln- 37 , Sven-Hedin-Str.37

zu senden. Diese werden vom SHB an den Bundesparteitag der SPD gesandt werden.

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

Name :

Anschrift:

SPD-Abteilung:
(falls Mitglied)

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

17.03.1968:
Die SPD beginnt ihren Bundesparteitag (vgl. 1.6.1966, 16.4.1969) in Nürnberg, der bis zum 21.3.1968 dauert.
Q: Parteienhandbuch

17.03.1968:
Laut 'apo press' München konstituiert sich in München das Afrikanische Solidaritätskomitee für Rhodesien (ASKOR) zur Solidarität mit Zimbabwe. Seine Aufgabe soll darin bestehen, "den Kampf der afrikanischen Völker gegen den Imperialismus in Rhodesien zu unterstützen und der deutschen Bevölkerung Informationen über die Unterdrückung der Afrikaner durch die weiße Minderheitsregierung zu geben. … Bisher wurde eine Resolution verfaßt, die sich mit dem Problem Rhodesien beschäftigt. … Der Schwerpunkt der Arbeit liegt aber bei der Sammlung von Informationen über Afrika."
Q: apo press Nr. 10, München 1968, S. 8

18.03.1968:
Auch an der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Warnung vor Beelzebub" von Heinrich Allers, das ausführt, dass der NPD mit der CDU nicht beizukommen sei.
Q: Allers, H.: Warnung vor Beelzebub, Heidelberg O. J. (1968)

WARNUNG VOR BEELZEBUB !

18/03-68

Der Teufel läßt sich nicht mit Beelzebub austreiben! Der NPD ist ebenso nicht mit der CDU beizukommen!

Am 16.Februar und 4.März dieses Jahres verdeutlichte die CDU-Fraktion im Landtag Baden-Württembergs ihre schon im jüngst verabschiedeten Hochschulgesetz zum Ausdruck gekommenen Absichten durch folgende -hier auszugsweise zitierte- Anträge:

> "Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung zu ersuchen, unter ausdrücklicher Anerkennung des im Grundgesetz verankerten Demonstrationsrechts ...die Staatsanwaltschaft anzuweisen, bewußte Störungen der öffentlichen Ordnung und Störungen von Gottesdiensten unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Strafrechts unverzüglich und nachdrücklich zu verfolgen...., bei den Universitäten und Hochschulen des Landes dafür einzutreten, von den disziplinarrechtlichen Möglichkeiten der Universitäten und Hochschulen gegenüber solchen Studenten Gebrauch zu machen, die zu gesetzwidrigen Aktionen aufrufen oder führend an solchen Aktionen teilnehmen, durch welche die Sicherheit und Ordnung der Hochschule, der Hochschulstadt oder einer anderen Gemeinde empfindlich gestört werden; gegen Studierende, die an gesetzwidrigen Aktionen gegen die öffentliche Ordnung, Behörden und Polizei teilnehmen, das bestehende Recht durchzusetzen und Stipendien aus Landesmitteln zu sperren."

Der als unverdrossener Liebhaber der politischen Mode der frühen Fünfziger Jahre berüchtigte und an vergangenen Samstag während der Veranstaltung mit Ku-Mi Hahn seiner Abwahl als Versammlungsleiter wacker getrotzt habende frühere Bundesvorsitzende der Wehrpolitischen Hochschulgruppen (WPH), heutiger Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK), Herr Reineke, hat sich in Anbetracht der am 28.April bevorstehenden Landtagswahlen in den Kampf gegen den Rechtsradikalismus gestürzt, den er ausschließlich in den Reihen der NPD eingenistet wähnt; wer wollte es ihm, dem CDU'ler, auch verübeln, wenn er mit Blindheit gegen gleichartige Erscheinungen in anderen, nicht zuletzt seiner eigenen, Parteien geschlagen ist.

Mit Geld braucht er bei seinem Kampf gegen die NPD nicht zu geizen: Steht ihm doch ein Teil jener 1,7 Mio.DM zur Verfügung, die der ADK jährlich aus dem Titel 300 des Bundeskanzleramtes zufließen. Verdient hat sich die ADK diese Steuergelder ohne Zweifel: Ist sie doch nunmehr schon 15 Jahre unermüdlich damit beschäftigt, die Politik der Bundesregierung propagandistisch zu unterstützen.

So können es sich die Organisatoren der Anti-NPD-Kampagne auch leisten, den von ihnen zum Verteilen von Flugblättern angeheuerten Studenten einen Lohn von 5 DM pro Stunde (und eine Pizza obendrein) zu versprechen. Wer sich bereit findet, auf NPD-Veranstaltungen die Interessen der ADK zu vertreten, kann außer Ersatz der Fahrtkosten auch 19 DM pro Abend erwarten. Dabei wird bewußt versucht, die Betroffenen über die Herkunft der Finanzen im Unklaren zu lassen.

Sollte man denken, daß die ADK Leute ihres eigenen Lagers, der Rechten also, diese Segnungen des Titel 300 zugute kommen läßt, so irrt man: Wolfgang Reineke vernahm's zufrieden, als ihm sein Mittelsmann die Vermutung mitteilte, der Republikanische Club Heidelberg würde sich das Geld gern verdienen.- Möge der Schutzengel des RC dies verhüten!

WARUM liegt der um ADK und CDU versammelten Rechten daran, der NPD mit großem Aufwand den Einzug in den Landtag zu erschweren? Warum bedient sie sich zu diesem Zweck ausgerechnet der Linken (zu der der RC trotz allem zu rechnen ist)?

WEIL die CDU die ihr nicht allzu fern stehende NPD als Konkurrentin in besonderem Maß fürchten muß. Weil die lautstarke Propaganda gegen die von der CDU als Popanz aufgebaute NPD in hervorragender Weise geeignet ist, von faschistischen Strömungen in anderen Parteien, besonders in der CDU (siehe obigen Antrag), abzulenken. Weil bei dem nicht zu vermeidenden Öffentlichwerden der Aktion die Schmach der Korruption auf die Linke fällt, was der CDU natürlich recht sein dürfte.

KOMMILITONINNEN und KOMMILITONEN! Laßt Eure demokratische Gesinnung nicht dadurch mißbrauchen, daß Ihr den von der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise vertretenen -gewiß nicht demokratischen- Kreisen Schützenhilfe leistet. Dies kann nicht der Weg sein, auf dem der Gefahr, deren Größe die der NPD weit übertrifft, entgegengetreten werden muß.

Heinrich Allers, 69 HD, Heiliggeiststr.3

18.03.1968:
Von der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin erscheint eine 'CDU inform' zum Thema "Vietnam-Demonstration" zum 17./18.2.1968.
Q: CDU inform, Berlin 18.3.1968

CDU inform

18. März 1968

Vietnam-Demonstration

Am 17. und 18. Februar fand in Berlin die pro kommunistische Vietnam-Demonstration statt. Wochen vorher wurde sie in einschlägigen Linkskreisen propagiert Man versammelte sich unter Che Guevaras Losung "die Pfl jedes Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen". Peter Weiß, Hausschriftsteller der Freien Volksbühne, gab praktische Anweisung:"Sabotage , wo immer dies möglich ist " Der Demonstrationszug offenbarte schließlich den unübersehb antidemokratischen Charakter seiner Veranstalter: kommunistische Parolen und Pappköpfe prominenter Kommunisten und Revolutionäre bestimmten das Bild.
So war es denn selbstverständlich, daß der demokratisch gesinnte Teil der Berli Bevölkerung dem Aufruf des Regierenden Bürgermeisters folgte und die Veranst tung links liegen ließ Umso befremdlicher wirkte die Teilnahme von etwa 50 SP Mitgliedern, die Bedienstete des Landes Berlin sind, an ihrer Spitze der stellve tretende Bezirksbürgermeister von Kreuzberg, Erwin Beck , und der für die Vol bildung in Charlottenburg verantwortliche Stadtrat Harry Ristock, die überdies n Mitglieder des höchsten Parteigremiums der SPD sind . Um die Provokation zu u terstreichen, behängten sie sich mit Plakaten, die antiamerikanische Losungen t gen und die ihre Träger ausdrücklich als SPD-Mitglieder auswiesen.

Das politische Messer

Am folgenden Montag weigerte sich das SPD-geführte Charlottenburger Bezirksa dem Stadtrat Ristock für sein Fehlverhalten das Mißtrauen auszusprechen. Unter Protest haben daraufhin die beiden CDU-Bezirksamtsmitglieder, der stellvertre de Bezirksbürgermeister Alfons Grajek und der Gesundheitsstadtrat Dr. Legien, die Bezirksamtssitzung verlassen. Die CDU-Fraktion hat in der vorigen Woche ebenso wie die CDU-Fraktion von Kreuzberg, die Abwahl der linken Stadträte Be und Ristock verlangt. Zuvor hatte schon die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhaus den Senat befragt, ob er Disziplinarmaßnahmen gegen die betroffenen Beamten e zuleiten beabsichtige, denn die beamtenrechtlichen Vorschriften unseres Rechtsstaates verlangen vom Staatsdiener ein entschiedenes Eintreten für die Demokra - und dies nicht nu während der Dienstzeit, sondern selbstverständlich auch außer dienstlich.

Berichte und Kommentare der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin · Telefon: 78 01 32 55

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus mußte eingestehen, daß das Maß voll sei und daß nun das politische Messer angesetzt werden müsse. Aber der Regierende Bürgermeister als oberster Dienstherr schiebt die Verantwortung von sich weg und verweist auf die zuständigen Bezirksverordnetenversammlungen. Diese wiederum schieben die Verantwortung auf die Parteiorganisationen.

Selbstreinigung?

Im Gegensatz zu den studentischen Extremisten haben die Linken einige programmatische Aussagen getroffen, die dem Traum von einer Großen Linken zwischen Ost und West sehr entgegenkommen

Danach ist eine Lösung der Ost-West-Probleme nur möglich, wenn im Osten stabilisierte Regime vorhanden sind, die sich den Luxus größerer Liberalität leisten können. Unsere Aufgabe bestehe deshalb darin, diesen Stabilisierungsprozeß zu fördern. Dazu gehören wirtschaftliche Geschenke und die vielen Anerkennungen: Anerkennung der "DDR", Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Anerkennung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von Anbeginn usw. Und natürlich das Arrangement Berlins mit der "souveränen DDR".

Dieses hat die Linken als Mitläufer des Kommunismus erscheinen lassen. In Berlin ist das für eine Partei eine besonders große Sorge, die einer Entscheidung harrt. Das einfachste wäre eine Abwanderung der Linken in die FDP oder SED. Die Berliner SPD-FDP-Koalition entspricht vor allem linken Intentionen. Eine andere Möglichkeit wäre Abspaltung durch Neugründung einer Partei, die historisch der USPD entspräche. Aber dazu bringen die Linken natürlich nicht viel Lust auf.

Denn ihr Einfluß auf die Politik und die Ämterbesetzung ist viel größer innerhalb der SPD. Sicher hätte eine Neue Linke als besondere Partei keine Chancen in der Berliner Bevölkerung. Der Egoismus hält die Linken in der SPD.

Der Zwang zur Selbstreinigung liegt deshalb bei der unbestritten rechten Mehrheit der SPD. Sicher ist das ein schwerer Entschluß, durch einschlägige Maßnahmen vor der Öffentlichkeit den Zwiespalt der Partei noch offiziell bestätigen zu müssen. Deshalb nimmt es nicht wunder, daß die Tendenz wieder auflebt, den Dreck zunächst einmal unter den Teppich zu kehren.

Aber so einfach ist es nun nicht mehr - die Öffentlichkeit ist wachsamer geworden, die Gegensätze größer, die Chancen einer Integration kleiner. Da muß die hohe Kunst der Integration genauso versagen wie die konzentrierte Aktion.

Man kann der SPD Berlins im wohlverstandenen Parteiinteresse wie auch im Hinblick auf das Wohl der Stadt nur eine Selbstreinigung empfehlen.

Der Krieg in Vietnam

Ursprung des Konflikts

Die Wurzel des heutigen Geschehens in Vietnam liegt in dem Versuch der Franzosen, nach dem Ende der japanischen Besetzung im Jahre 1945 in Indochina ihr Kolonialregime neu zu begründen. Dieses Bemühen rief eine Widerstandsbewegung ins Leben, deren Führer in Vietnam von Anbeginn Ho Tschi Minh, der Führer des heutigen Nordvietnam, war. In kurzer Zeit war dieses Streben nach nationaler Unabhängigkeit zur bestimmenden politischen Kraft im Lande geworden. Seit 1949 versuchte Frankreich, sich dieser Flut entgegenzustemmen, indem es eingeborene Regierungen mit begrenzten Vollmachten in Kamboscha, Laos und dem neugeschaffenen Staat Vietnam einsetzte. Frankreich behielt sich weiterhin die Kontrolle der Außenpolitik, der Verteidigung und der Finanzen vor.

Der anfängliche Guerillakrieg der Vietminh steigerte sich zu einem ausgesprochenen Krieg gegen die französischen Streitkräfte. Nach fünf Kampfjahren verloren die Franzosen die Schlacht bei Dien Bien Phou, und Paris beschloß, nach einer politischen Lösung zu suchen. Das war der Ursprung der Genfer Konferenz von 1954, an der neben fünf Weltmächten Laos, Kambodscha, Nord- und Südvietnam teilnahmen; jedes der Gebiete, die dort vertreten waren, besaß zu diesem Zeitpunkt eine eigene Regierung. Die Regierung im Süden war von den Franzosen eingesetzt worden und mit ihnen verbündet. Hanoi war der Sitz des Rebellenregimes der Vietminh, das die Franzosen bekämpft hatte. Seine militärische und politische Macht war im Norden konzentriert; es besaß jedoch Guerillaeinheiten, die sich im ganzen Land betätigten.

Das Genfer Abkommen

1954 wurden in Genf Verträge über Laos, Kambodscha und Vietnam geschlossen. Der wichtigste ist das Waffenstillstandsabkommen für Vietnam.
Der erste Artikel dieses Abkommens legte eine Demarkationslinie am 17. Breitengrad in Zentralvietnam fest, die "Streitkräfte beider Seiten sollten zurückgezogen und umgruppiert werden, die der Volksarmee Vietnams nördlich, die der Franzosen südlich dieser Linie." Im Art. 19 desselben Vertrages wurde jede Partei verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die ihr zugesprochene Zone "nicht für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und Fortsetzung agressiver Politik benutzt werde." Und im Art. 24 wurde jede Partei verpflichtet, "keine Handlungen gegen die andere Partei zu begehen und keine Operationen gegen sie durch-

zuführen."

Art. 16 und 17 des Abkommens verbot die Einfuhr zusätzlicher Waffen und Streitkräfte in Vietnam.

Art. 18 verbot die Errichtung neuer militärischer Stützpunkte auf dem gesamten vietnamesischen Territorium.

In einem separaten Dokument, das als "Schlußdeklaration der Genfer Konferenz" bekannt wurde, bestimmten die Konferenzmächte, daß die Regelung der politischen Probleme in Vietnam "dem vietnamesischen Volk gestatten sollte, sich der fundamentalen Freiheiten demokratischer Institutionen zu erfreuen, die das Ergebnis freier, geheimer und allgemeiner Wahlen zu sein hätten."

Bis Juli 1956 sollten Konsultationen darüber zwischen den Repräsentanten beider Zonen stattfinden.

Hier also lagen die grundlegenden Impulse des Genfer Abkommens. Wenn ihnen gefolgt worden wäre, wäre der Friede in Vietnam erhalten geblieben.

Die Ereignisse in Vietnam seit 1954

Trotz der Verpflichtung zur Umgruppierung der Truppen nach den Waffenstillstandsbedingungen operierten einige kommunistische Guerillaeinheiten weiterhin auf südvietnamesischem Territorium. Sehr viele Angehörige der südlichen Vietminhtruppen, die sich nördlich der Demarkationslinie zurückgezogen hatten, wurden in Hanoi in Militär- oder Polizeieinheiten eingegliedert und in Guerillakriegstaktik ausgebildet.

Bereits 1957 begann das nordvietnamesische Regime diese Südvietnamesen nach Südvietnam einzuschleusen. Bis Ende 1964 waren rd. 40 000 von ihnen nach Südvietnam eingesickert, wo sie sich mit den bereits dort befindlichen Guerillas vereinigten, die seit 1956 mit Waffen und Material von Hanoi unterstützt worden waren.

Seit 1964 bestanden die eingeschleusten Einheiten vornehmlich aus Soldaten der regulären nordvietnamesischen Armee.

Die Kommunisten begannen ihre Operationen im Süden mit Terror und Meuchelmord an örtlichen Regierungsbeamten. Von 1957 - 59 wurden mehr als 1 000 Zivilisten ermordet oder verschleppt. Allein im Jahre 1960 ermordeten die Terroristen 1 400 örtliche Kommunalpolitiker und verschleppten 700 weitere, während bewaffnete Guerillas 2 200 Soldaten und Polizisten töteten.

Das alles ist dokumentarisch von dem Rechtskomitée der Internationalen Überwachungs- und Kontrollkommission festgestellt worden. Diese Gremium, das zur Überwachung der Durchführung der Waffenstillstandsbestimmungen in Vietn eingerichtet wurde, besteht aus indischen, polnischen und kanadischen Mitgliedern. Das Rechtskomitée hat - gegen die Stimme Polens - 1962 festgestellt:
"Es ist offensichtlich, daß Waffen, Munition und anderer Nachschub aus der nör lichen Zone in die südliche Zone gebracht worden sind mit dem Ziel, feindliche Aktivitäten einschließlich bewaffneter Angriffe gegen die Streitkräfte und die Ve waltung im Süden zu unterstützen, zu organisieren und durchzuführen.
Es ist offensichtlich, daß die nordvietnamesische Armee gestattet hat, daß die nördliche Zone feindliche Aktivitäten im Süden anregt, unterstützt und ermutigt, die darauf abzielen, die Verwaltung im Süden zu stürzen."
Mit der Ankunft regulärer nordvietnamesischer Armee-Einheiten ab Ende 1964 haben ständig militärische Auseinandersetzungen in den verschiedensten Teilen Südvietnams stattgefunden. Im Gegensatz zu Korea, wo sie ihren Angriff offen und vor aller Augen über die internationale Demarkationslinie führten, haben die Kommunisten in Südvietnam ihre Zuflucht zu verdeckten und heimlichen Tak tiken genommen. Das ist die Strategie, die kommunistische Ideologie und Propaganda "nationalen Befreiungskrieg" nennen.
Es läßt sich also mit einer Wahrscheinlichkeit, die jenseits jeden Zweifels liegt feststellen, daß der Konflikt in Südvietnam von Anbeginn keine einfache interne Rebellion war. Ein sehr erheblicher Teil der militärischen Macht kam aus dem Norden. Waffen und Material ebenfalls. Und - vielleicht als wichtigstes von allem - Planung, Leitung, Befehle stammen von Hanoi.

Keine Wahlen in Vietnam

Die Südzone Vietnams war ein Mosaik von politischen Territorialherrschaften teils feudaler, teils revolutionärer, teils religiöser Natur. Keine Regierung hät hier ihre Autorität durchsetzen können, ohne diese Staaten im Staat, die das La in einem Zustand der Anarchie hielten, zu unterwerfen. Wahlen unter diesen ve worrenen und unsicheren Verhältnissen hätten aller Voraussicht nach der stärk sten Teilgewalt, also der kommunistisch geführten und von der Nordzone her unterstützen Vietminh die Mehrheit eingebracht. Zusammen mit den Stimmen in der von den Kommunisten regierten Nordzone, wo der "Aufbau des Sozialismus" und "die Umwandlung des politischen Systems in eine Volksdemokratie" schon

mit Macht begonnen hatte, mußte die Vietminh die Herrschaft über ganz Vietnam erringen, zumal die großen Sekten schwankten und kein politisches Gegengewicht waren. Daß es keine freien Wahlen in Nordvietnam geben würde, war sicher. Niemand erwartete 1954/55 ein anderes Wahlergebnis, und so stand nicht zur Debatte, wer Südvietnam regieren, sondern ob Südvietnam kommunistisch werden sollte. Die Amerikaner und Präsident Diem, die Mehrheit des Offizierskorps der Armee, die Grundbesitzer und die reichen Kaufleute von Saigon waren entschlossen, dies zu verhindern.

Rechtliche Grundlage des amerikanischen Eingreifens

Zur Unterstützung der Völker Südostasiens entstand zwei Monate nach der Genfer Konferenz 1954 unter Führung der USA eine Allianz, die in einem Vertrag ihren Niederschlag fand und durch ein kollektives Sicherheitssystem gefestigt wurde, das als SEATO bekannt ist (South-East Asia Treaty Organization). Dieser Allianz gehören außer den USA, Groß-Britannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Thailand, Pakistan und die Philippinen an. Der Vertrag sieht nicht nur vor, die Sicherheit der Mitgliedstaaten, sondern auch die gewisser, in einem besonderen Protokoll erfaßter Staaten und Gebiete zu garantieren, falls diese darum bitten. Auch Südvietnam wurde in diesem Protokoll aufgenommen.
Diese grundsätzliche SEATO-Verpflichtung ist die Grundlage des amerikanischen Handelns in Südvietnam seit Anbeginn.
Das amerikanische Engagement im Rahmen des SEATO-Vertrages ist durch eine Reihe von zweiseitigen Abkommen und Zusagen mit der südvietnamesischen Regierung direkt vertieft und erweitert worden.

X Am 1.10.1954 schrieb Präsident Eisenhower an Präsident Diem und bot ihm an, "der Regierung von Vietnam beim Aufbau und der Erhaltung eines starken, lebensfähigen Staates zu helfen, der in der Lage ist, militärische Subversions- und Agressionsversuchen zu widerstehen."

X 1957 gaben Präsident Eisenhower und Präsident Diem eine gemeinsame Erklärung heraus, die die Aufmerksamkeit darauf lenkte, daß "in Nordvietnam eine starke kommunistische Armee aufgebaut" werde:"Da auf die Republik Vietnam Artikel IV des gemeinsamen Südostasienverteidigungsbündnisses zutrifft, stimmen Präsident Eisenhower und Präsident Diem darin überein daß die Agression oder Subversion, die die politische Unabhängigkeit der Republik Vietnam bedroht, als Gefahr für Frieden und Stabilität betrachtet wird."

X Am 2.8.1961 erklärte Präsident Kennedy, daß "die USA beschlossen haben daß die Republik Vietnam nicht an die Kommunisten verloren gehen soll au Mangel an möglicher Unterstützung, die die USA geben könnten."

X Am 14.12.1961 schrieb Präsident Kennedy an Präsident Diem und erinnert an die Erklärung der USA, die diese bei Abschluß der Genfer Konferenz ab gegeben hatten. Der Präsident stellte nochmals fest, daß die USA "bereit wären, der Republik Vietnam zu helfen, ihr Volk zu schützen und ihre Unab hängigkeit zu bewahren." Diese Verpflichtung ist seither viele Male erneuert worden.

Deshalb also haben die USA es übernommen, Südvietnam zu schützen und damit zu gleich ihren eigenen Frieden und ihre eigene Sicherheit. Sie haben amerikanische Truppen nach Südvietnam gesandt, weil dieses - im Sinne des SEATO-Vertrages - das Opfer einer "Agression mit Mitteln des bewaffneten Angriffs" ist.
Es ist keine ernsthafte Frage, daß diese Agression besteht und welcher Natur sie ist. Der Krieg dort ist eindeutig ein "bewaffneter Angriff", der systematisch vom Regime in Hanoi gegen das Volk von Südvietnam vom Zaun gebrochen wurde.

Das nordvietnamesische Regime hat sich viel Mühe gegeben, diese Tatsache zu ver schleiern, indem es versuchte, die von ihm angeführte Agression als im Lande selbst entstandene Aufstandsbewegung erscheinen zu lassen. Es soll sich aber niemand dadurch täuschen lassen. Das ist die übliche kommunistische Praxis. Da sie ihren Machtbereich nicht mehr mit den klassischen Mitteln der Gewalt - wie noch bei der Invasion in Korea - auszudehnen vermögen, haben die Kommunisten in lan gen Jahren eine sorgfältig aufgebaute Doktrin entwickelt - die sogenannten "nationa len Befreiungskriege".

Das Wesen der Nationalen Befreiungsfront

Hanoi und Peking haben beide zu wiederholten Malen erklärt - und andere kommunistische Mächte haben dem beigepflichtet - dass Verhandlungen nur möglich seien wenn die USA die "Nationale Befreiungsfront" als den einzigen originären Vertrete des gesamten südvietnamesischen Volkes anerkennten.
Es ist offensichtlich, daß die "Nationale Befreiungsfront" genau das ist, was ihr Name besagt - eine kommunistische Frontorganisation mit dem Ziel, die ausgeklü gelte Fiktion zu nähren, daß der Vietnamkrieg ein interner Aufstand sei. Die "Fro ist, wie die Fakten klar erweisen, eine Erfindung der kommunistischen Partei Nor

vietnams - der Lao-Dong-Partei - aus dem Jahr 1960, kurz nachdem der militärische Führer Nordvietnams - General Giap - verkündet hatte:"Der Norden ist die revolutionäre Basis für das ganze Land." Die zu Führern der "Front" proklamierten Personen sind weder im Norden noch im Süden des Landes besonders bekannt. Es wäre absurd zu behaupten, sie repräsentierten die Wünsche des vietnamesischen Volkes. Das bezeichnende Faktum ist vielmehr, daß zu keiner Zeit irgendeine Persönlichkeit von politischer Bedeutung in Südvietnam Anhänger der "Front" oder ihre Politik war. Während sich einige vietnamesische Führer und Gruppen durchaus darin unterscheiden, wie sie das Land regiert sehen wollen, gibt es bei ihnen allen jedoch keinen Unterschied in der Frage, daß die "Front" kein Sprecher für sie ist.

1961 versuchte Hanoi die Fiktion von dem internen Ursprung der "Front" dadurch zu nähren, daß es eine unabhängige kommunistische Partei in Südvietnam als Grundelement der "Front" gründete: die Revolutionäre Volkspartei. Ein geheimes Rundschreiben der Lao Dong vom 7.12.61 wies die Mitglieder an, daß "die Revolutionäre Volkspartei nur scheinbar unabhängig sei. Nach wie vor gibt es für uns nur die Lao-Dong-Partei, die geeint in Nord- und Südvietnam unter der Führung des ZK steht, dessen Chef Präsident Ho Tschi Minh ist."

Die Kommunisten haben einen ganz eindeutigen Grund, darauf zu bestehen, daß die Amerikaner die "Nationale Befreiungsfront" als einzige Vertretung des südvietnamesischen Volkes anerkennen sollen. Sie bestehen auf der Frage der Anerkennung der "Front" als einzigem Sprecher des südvietnamesischen Volkes seitens der Amerikaner, weil die Anerkennung der "Front" in dieser Eigenschaft in Wirklichkeit bedeuten würde, daß die Amerikaner die kommunistische Aufassung von der interne Natur des Konflikts und damit eine Regelung nach der Terminologie Hanois akzeptieren - was zugleich die Auslieferung Südvietnams an die kommunistische Kontrolle des Nordens beinhalten würde.

Bemühungen um eine politische Lösung

Seit ihrem verstärkten Eingreifen bemühen sich die Amerikaner um eine politische Lösung des Konflikts.
Im April 1965 bot Präsident Johnson als Antwort auf einen Appell von 17 bündnisfreien Ländern an, mit Nordvietnam in Verhandlungen einzutreten ohne Vorbedingungen. Hanoi hielt das nicht für annehmbar. Vor einem Jahr führten die USA eine

konzentrierte Friedensoffensive über mehr als 5 Wochen durch. Wieder lehnte die andere Seite ab.

Anläßlich der UN-Vollversammlung im Herbst 1966 faßte Botschafter Goldberg die amerikanischen Ziele wie folgt zusammen:

X "Wir suchen in diesem Konflikt eine politische Lösung, keine militärische. Dabei weisen wir auch den Gedanken zurück, daß Nordvietnam das Recht hat, eine militärische Lösung zu erzwingen.

X Wir wollen für das Volk von Südvietnam das gleiche Recht auf Selbstbestimmung sichern - d.h. selber über sein politisches Schicksal zu entscheiden, frei von Gewalteinwirkung -, das die UN-Charta allen zusichert.

X Wir glauben, daß über die Wiedervereinigung Vietnams aufgrund freier von außen unbeeinflußter Wahlen der Menschen in Nord- und Südvietnam entschieden werden sollte; das Ergebnis einer solchen Wahl sind wir bereit, voll zu unterstützen.

X Wir sind bereit, die Einstellung der Bombardierung Nordvietnams in dem Augenblick anzuordnen, in dem man uns zusichert - auf geheimen oder sonstigen Wegen -, daß dieser Schritt von der anderen Seite prom dadurch beantwortet wird, daß eine entsprechende angemessene Einschränkung der Kriegstätigkeit erfolgt."

Rückzug und Aufgabe Südvietnams ohne diese Sicherheit würde bedeuten, das Genfer Abkommen preiszugeben und allen sichtbar zu machen, daß ein internationaler Vertrag von einem Aggressor straflos als unbedeutender Fetzen Papier behandelt werden kann.

Darüber hinaus würden Rückzug und Aufgabe Südvietnams den Glauben anderer Länder an die Verteidigungsbündnisse der USA untergraben und mögliche Aggressoren in aller Welt ermutigen, ihre schwächeren Nachbarn ungehindert und erfolgreich mit Gewalt unter Druck zu setzen.

Sich dieser Verpflichtung zu entziehen, würde das Vertrauen all derer untergraben, die glauben, daß die USA sich an ihre Verpflichtungen halten. Die politisch und militärische Stabilität würde dadurch nicht gesichert, sondern vielmehr zerstört werden, wenn man Verträge abschließt und sie dann nicht erfüllt.

Der Gebrauch fremder Gewalt zur Gewinnung eines politischen Zieles darf sich nicht als erfolgreich erweisen.

18.03.1968:
Im SDS Berlin wird eine Einladung zur Diskussion des Instituts für Antikapitalistischen Kampf mit der Projektgruppe Dritte Welt und Metropolen am 25.3.1968 im SDS-Zentrum verfasst.
Q: N. N. (SDS=: Genossinnen, Genossen, Berlin 18.3.1968

18.3.1968

Genossinnen,Genossen,

das Institut für Antikapitalistischen Kampf will die Diskussion mit der Projektgruppe Dritte Welt und Metropolen aufnehmen. Wir treffen uns am Montag den 25. 3. um 10.oo KuDamm 52, Eingang Schlüterstraße 2.Stock links. Bedenkt Eure Bedenken und kommt, aber bitte nur, wenn Ihr mitarbeiten wollt. Schaulustige können an einem anderen Tag kommen. Ich versichere Euch, daß sich seit den verschiedenen Vorstellungen im Generalrat und im Beirat einiges geändert hat,zumindest was die konkret zu erarbeitenden Ziele betrifft. Das Institut will unter anderem untersuchen:

Internationale imperialistische Arbeitsteilung und Widersprüche im Gesamtkapitalismus

Die BRD als Neokolonialist und ihre Stützungstätigkeit für den US-Imperialismus

Amerikaner in Deutschland und Europa

Der Kulturimperialismus der USA

Die Rolle des westdeutschen Imperialismus als Aufsauger der ausländischen Arbeitskräfte. Hier ist beabsichtigt, eine neue Projektgruppe zu gründen, die sich mit der Revolutionierbarkeit von Fremdarbeitern beschäftigen soll.

Außerdem soll eine Projektgruppe gegründet werden, die sich mit der internationalen Konterrevolution (auch der der UDSSR) beschäftigen soll.

Dieser Rundbrief geht an alle Genossinnen und Genossenx, auch und vor allem an diejenigen, die bisher noch keine Chance bekommen haben, ihre aktive Mitgliedschaft in einem sozialistischen Verband - außer auf Demonstrationen - in Anspruch zu nehmen und voll zu nutzen. Den Nutzen sehe ich in einer gründlichen Aufarbeitung des vorhandenen Materials, um unter anderem eine hinlänglich gültige Imperialismustheorie zu erarbeiten. Die NATO könntet Ihr dann mit größerer Sicherheit und mehr Freude zerschlagen.

Ines

Nachtrag: Besprechung aller an der 1.Mai-Kampagne Interessierten am Donnerstag, 21.3. um 17 Uhr im Rep.Club.
Die nächste Beiratssitzung am 25.3. ist eine geschlossene Beiratssitzung, es sollen nur Beiratsmitglieder erscheinen, bitte.

19.03.1968:
Laut IGBE (vgl. 1.10.1971) beginnen im Bergbau die dreitägigen Betriebsratswahlen (BRW - vgl. 31.3.1971).
Q: Einheit Nr. 19, Bochum 1.10.1971, S. 2

20.03.1968:
Heute wird, laut Haug/Maessen, der Sozialistische Lehrerbund (SLB) Frankfurt von 62 LehrerInnen aller Schularten gegründet und eine Gründungserklärung verabschiedet.
Q: Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert: Was wollen die Schüler?, Frankfurt 1969, S. 75ff

21.03.1968:
In Erlangen / Nürnberg geben SDS, SHB Nürnberg, LSD, der AStA Erlangen / Nürnberg und der Republikanische Club (RC) ein Flugblatt heraus zum heute endenden SPD-Parteitag. Begrüßt wird die Initiaitv einiegr Delegierter zur Diskussion mit der APO.
Q: SDS, SHB et al.: Der SPD-Parteitag geht…, Erlangen 21.3.1968

Eo 7

SDS, SHB-Nürnberg, LSD,
Asta Erlangen/nürnberg
Republikanischer Club

Erlangen/Nürnberg, den 21.3.68

Der SPD - Parteitag geht heute, Donnerstag, den 21. 3. 1968, zu Ende... Es sind Beschlüsse gefaßt worden, die nicht nur die Partei, sondern alle angehen! Der Parteivorstand, insbesondere Willi Brandt und Herbert Wehner, soll sich darüber einer Diskussion stellen, so wie wir am Mittwoch mit SPD - Delegierten ausführlich diskutierten.
Auf dieser vom SDS veranstalteten Diskussion im überfüllten Auditorium Maximum-Nürnberg nahmen mehr als 2o SPD - Delegierte teil. Einige von ihnen versprachen, sich beim Parteivorstand für eine Weiterführung der Diskussion während des Parteitages einzusetzen!
SDS, SHB-Nürnberg, LSD, Republikanischer Club, AStA Erlangen-Nürnberg und Schüler werden daher ab 18h vor der Meistersingerhalle auf die Anberaumung eines Termins am frühen Donnerstagabend warten.
Denn wir meinen:
1. Es geht nicht, daß die SPD unter sich über uns Krokodilstränen weint. Sie muß mit uns über unsere Fragen diskutieren.
2. Die Notstandsgesetze können nicht mir nichts dir nichts über die Bühne gehen; als Betroffene dieser Gesetze wollen wir unsere Position vertreten!
3. Der von den USA begangene Völkermord in Vietnam kann nicht platonisch in Resolutionen ad acta gelegt werden. Er erfordert aktives Engagement!
4. Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition hat den "kleinen Mann" belastet. Auch er muß daher zu Worte kommen.

Der Parteivorstand soll sich dieser Diskussion stellen, so wie wir die SPD-Delegierten zu unserer Diskussion eingeladen und ausführlich gehört haben.
Keine Partei hat das Recht, sich auf private Veranstaltungen zu begrenzen, wenn sie über Lebensfragen, die alle angehen, beschließt!
Darum begrüßen wir die Initiative einiger SPD-Delegierter, diese notwendige Diskussion zwischen den Parteivorstand und der außerparlamentarischen Opposition zu betreiben.

Verantwortlich: Dirk Goldmacher, Erlangen, Schlehenstr.20

22.03.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Der Gockel als Held oder: Die Argumente des Herrn Kultusministers" des Collegium Politicum (CP) zum Auftritt von Hahn (CDU) in Heidelberg-Pfaffengrund.
Q: CP: Der Gockel als Held oder: Die Argumente des Herrn Kultusministers, Heidelberg O. J. (1968)

22/05-68

COLLEGIUM POLITICUM
HEIDELBERG

DER GOCKEL ALS HELD oder: DIE ARGUMENTE DES HERRN KULTUSMINISTERS.

Hahn kam heim nach Heidelberg, um die Studenten der Ruperto Carola zur Mitarbeit an der Verwirklichung des Hochschulgesetzes aufzufordern. Wir wollen ihm ob seiner schweren Bürde helfen und veröffentlichen die in der Presse überwiegend verschwiegenen Argumente, mit denen er sein Anliegen begründete.

Die HOCHSCHULE für GESTALTUNG in Ulm- eine als fortschrittlich bekannte Hochschule von internationalem Ruf- wurden vom Bund die Zuschüsse entzogen.Das Land gibt vor, die Finanzierung nur übernehmen zu können, wenn sie mit der dortigen Ingenieurschule zusammengelegt würde. Hahn sieht hier weder ein politisches Problem noch sieht er in der Zusammenlegung qualitativ grundverschiedener Hochschultypen (drohender Niveauverlust) ein relevantes Hindernis. Eine Reform der Ingenieurschule bei einer eventuellen Zusammenlegung fällt überhaupt nicht in seinen Gesichtskreis.

HOCHSCHULREFORM

Die rein quantitative Vergrößerung des Lehrkörpers zu Beginn der 60-iger Jahre führte Hahn ebenso als Beispiel einer fortschrittlichen Hochschulpolitik an, wie die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Reform der Studiengänge, die er "berühmt" nannte. Nicht nur die überfällige Reform des Lehrkörpers fiel unter den Tisch. Auch auf den Hinweis, daß es bei der Reform der Studiengänge auf ein Angebot durchführbarer und auswechselbarer Studiengänge ohne "Abschaffung der Studienfreiheit" ankomme (Habermas), wurde von ihm nicht aufgenommen. Er hielt es für ausreichend, daß er als Kultusminister Anweisungen zu (wissenschaftratkonformen) Studienplänen gegeben habe.
Seine Ablehnung des numerus clausus hielt er durch eine Regelung im Hochschulgesetz erwiesen, nach welcher dieser von seiner besonderen Zustimmung (sic!) abhängig gemacht wird.
Zur Zwangsexmatrikulation enthielt er sich einer Stellungnahme.
Wie an diesem Abend überhaupt, so führte er auch die Ablehnung seines Trimesterplanes durch die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) simpel und unbefangen auf "mangelnde Information" zurück. Begründete Kritik (vergl.Kommentar i.d.letzt. Ausgabe d."DUZ" !) schien es für ihn überhaupt nicht zu geben.

Seine moderne Einstellung zur Bildungswerbung sollten die Zuhörer daran erkennen, daß er sich bei den beiden letzten Kampagnen an ihre Spitze gestellt habe. Obwohl er zwei Mal deutlich nach den Ergebnissen der Bildungspolitik auf diesem Gebiet gefragt wurde, blieb er die Antwort einfach schuldig.

Politisches Format legte Hahn zum ersten Mal an den Tag, als er jeden Zusammenhang zwischen der verabschiedeten Fassung des Hochschulgesetzes und den 'Studentenunruhen' bestritt. Im Gesetz sei hierauf nicht Bezug genommen. Die abstrakten Formulierungen der 'Gummiparagraphen' wären unvermeidbar, denn ein Gesetz könne nicht alle Fälle seiner Anwendung formulieren.(Als ob es nicht Klassen von Anwendungsfällen und andere Fälle, welche von der Anwendung definitiv ausgeschlossen werden könnten, gäbe.)
Die Milderung des 'Karlsbader Paragraphen' (Anwendung des Disziplinarrechts auf Verstöße gegen die öffentliche Ordnung) sei das Ergebnis einer "Diskussion" gewesen. In Wahrheit stimmte die CDU geschlossen gegen seine Revision und brachte vorsorglich zwei vom Gesetz unabhängige Zusatzanträge ein, von denen einer die Sperrung von Stipendien aus Landesmitteln vorsieht.

Die Notwendigkeit des Disziplinarrechts verdeutlichte er zunächst am klassischen Beispiel des Bananendiebs im Diskountladen.Dann besann er sich auf den Grundsatz der Gleichheit zwischen Studenten und Professoren, die als Beamte eben-

falls einem Disziplinarrecht unterlägen. Den studentischen Interessen sei durch eine paritätische Besetzung des Disziplinarausschusses Genüge getan. Als sich herausstellte, daß die Studenten mit 3 gegen 4 Stimmen in der Minderheit sind, kam der Hinweis, daß der Ausschussvorsitzende in der Regel nicht aus den Reihen der Universität gewählt werde. Er ist weder Student, noch bei seiner Wahl durch den Großen Senat auf das Vertrauen der Studentenschaft angewiesen, denn im Großen Senat haben die Studenten nicht einmal Drittelparität!

Drittelparität fordern die Studenten in Hahns Augen ohnehin nur, weil sie die Assistenten manipulieren wollten. Ansonsten gäbe es eben Unterschiede in der Qualifikation, wie es eben auch an der Universität "Lehrlinge,Gesellen und Meiste gäbe!

Andere Fragen:
Zur Frage der gewerkschaftlichen Mitbestimmung glaubt er sich als Mitglied der Landesregierung nicht äußern zu können. Er hielt es aber mit seinem Recht auf freie Meinungsäußerung vereinbar, als Reklameminister für den Springer-Konzern aufzutreten ("Warum lesen Sie die Welt,Herr Minister?"). Eine Bedrohung der freien Meinungsäußerung durch die Pressekonzentration im Springer-Verlag hielt er nicht für gegeben. Er musste vier Mal gefragt werden, bis er seine "Unkenntnis" des Zusammenhangs, der zwischen der Einberufung des Bundestags aus den Ferien und einer vorhergehenden Kampagne der "Bild-Zeitung" anläßlich der Telefon-gebührenerhöhung besteht, zugab.

Diplomatische Beziehungen zum faschistischen Spanien hielt er für unbedenklich. Die DDR hingegen liege auf deutschem Boden. Konnte er auch die Frage nach dem Unterschied zwischen der deutschen und einer anderen Nation nicht beantworten, so wollte doch ausgerechnet er erst einmal mit den Studenten der DDR frei sprechen dürfen und die Mauer beseitigt sehen, ehe eine Anerkennung der DDR in Frage käme.

UNSERE EMPFEHLUNG: Reformieren Sie mit Hahn die Hochschulen
(MOTTO:"DENN DER BÄRENFÜHRER KOMMT,NIMMT DEN BÄREN WELCHER BROMMT",W.Busch)
Treiben Sie den Teufel mit Beelzebub aus dem Haus.
DENN BEI HAHN LIEGEN SIE RICHTIG !!!

INFORMATION

Am Montag, den 25.März 1968 stellt sich der neugewählte AStA des Sommersemesters 1968 mit seinem Programm in der Aula des Collegium Academicum von 19 - 23 Uhr vor

LASSEN SIE SICH DIESE INFORMATIONSMÖGLICHKEIT NICHT ENTGEHEN !!!!

22.03.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt des SDS, das für 20 Uhr zur Diskussion in der Neuen Uni über die Landtagswahlen (LTW) einlädt.
Q: SDS: Kommilitonen und…, Heidelberg O. J. (1968)

22/03-68

Kommilitoninnen und Kommilitonen!
"Die junge Generation im SDS als Führung will die heutige Gesellschaft
ordnung als "manipulierte Herrschaftsverhältnisse " nicht nur kritisch
ehtlarven.Sie will den Staat der Bundesrepublik zurAuflösung bringen.
sie keine Alternative hat,wie ihre Demokratisierung aussehen soll,kann
sie nur dem Zonensystem bewußt oder unbewußt in die Hände arbeiten."
" Sie wirft in ihrem Dschungelkrieg Anstand und sachliche Diskussion übe
Bord". Solches wußte Herr Knorr in der gestrigen RNZ zu berichten!

Die Teilnahme der oppositionellen Studenten am Wahlkampf verlangt die
ersten Opfer:Waren Herrn Hahn,als er endlich einer kritischen Öffent-
lichkeit gegenüberstand,nur die Waffen der Verleumdung und der Ausrede
geblieben,so reagiert Herr Knorr auf die Selbstdemontage seines Kompli
geradezu hysterisch und gemeingefährlich:bedenkenlos druckt er im An-
schluss an seine Enthüllungen den vollständigen Text eines SDS-Flugbla
ab!Weiß Herr Knorr überhaupt noch,was er anstellt?Gefährdete Herr Hahn
nur passiv die bestehende Gesellschaft,indem er auf die Fragen der oppo
sitionellen Studenten nichts zu antworten wußte,so geht Herr Knorr zum
direkten Angriff auf eine der Bastionen dieserGesellschaft über und sch
sich nicht ,subversive Literatur in einem Blatt abzudrucken,das von Ver
schweigen und Entstellen linker Argumentation lebt.
Freilich,er meint es nicht so.Er hält die Wirkung seiner jahrzehntelang
Arbeit für so fundamental,daß er gar nicht auf die Idee kommt,die Heide
berger Bevölkerung könne verstehen,was er nie verstand:Ironie und unkas
riertes Denken.Und leider wird er noch auf längere Zeit Recht behalten.
So unfähig,wie Herr Knorr immer schon war,sich rational auszudrücken,so
wenig ist es zufällig,daß er Tag für Tag Gelegenheit hat,dies öffentlic
zu dokumentieren:
Herrn Hahns reaktionäre Bildungspolitik und Herrn Knorrs von der Bevölk
ung geduldete Tiraden sind nur zwei sich ergänzende Tatsachen:daß es di
Gesellschaft gelungen ist,kritische Öffentlichkeit zu zerstören und daß
diese Gesellschaft nichts so sehr fürchten muß wie den Versuch der Oppo
sition,diese Öffentlichkeit erst wieder herzustellen.Die Herren Hahn un
Knorr wissen nur allzugut,daß ein solcher Versuch eine Störung ihres
Geschäfts darstellt.Daß er nur eine Störung ihres Geschäfts,müssen sie
allen Mitteln verschleiern.Die Herstellung einer kritischen Öffentlichk
aber ist Voraussetzung dafür,daß die Bevölkerung sich ihrer Interessen
wußt wird und eine Praxis entwickeln kann,die sie von den Praktiken der
erwähnten Herrn befreit.
Diese bewußte Praxis der Mehrheit der Bevölkerung (d.h. der M a s s e n)
wird sich dann allerdings unterscheiden müssen von unseren bescheidenen
Aktionen,die tatsächlich vorläufig nicht mehr sind als der Versuch, dur
die Störung des Betriebs allererst die Möglichkeit zu schaffen,ihn in
Frage zu stellen.Sie wird sich gegen das kapitalistische System selbst
richten und dessen bloßen Zierat,die Herren Hahn und Knorr und wie sie
alle heißen,ins Lachkabinett verweisen.
In Richtung auf eine solche Praxis müssen wir schon diesen Wahlkampf
führen,d.h. wir müssen uns klarmachen,daß unsere Aktionen nicht gerichte
sind gegen jene zufälligen Personen,die ihn exekutieren.Dieser Wahlkampf
muß von der außerparlamentarischen Opposition als Phase ihrer eigenen
Selbstorganisation verstanden werden.Laßt deshalb Herrn Hahn im Pfaffen-
grund allein,wo er heute redet,und diskutiert mit uns die Möglichkeiten
der oppositionellen Studenten im Wahlkampf und die Chancen der ausser-
parlamentarischen Opposition darüber hinaus.

Kommt heute abend 2o.oo Uhr in den HS 1 der neuen Uni.

Die Studenten dürfen nicht nur gemeinsam agieren,sie müssen ihre Aktione
auch gemeinsam diskutieren.

S D S - Heidelberg

23.03.1968:
In Berlin rief die Kampagne für Demokratie und Abrüstung (KfDA) auf zur Vietnam-Kundgebung 16 Uhr auf dem Wittenbergplatz.
Q: KfDA: Aufruf zur Kundgebung gegen den krieg der USA in Vietnam am 23. März 1968, 16 Uhr auf dem Wittenbergplatz, Berlin O. J. (1968)

Foto Krafil

Aufruf zur Kundgebung gegen den Krieg der USA in Vietnam am 23. März 1968, 16 Uhr auf dem Wittenbergplatz

Schon einmal haben die USA den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam in Betracht gezogen. Das war 1954 während der Schlacht der Franzosen um Dien Bien Phu. Der Protest gerade in den westlichen Ländern war es damals, der dies verhinderte.

Nun ist es wieder soweit. Der Außenminister der USA und der Stabschef der amerikanischen Armee haben auf Fragen amerikanischer Senatoren den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam nicht ausgeschlossen und dies, obwohl Hanoi wie auch schon früher vor aller Welt seine Bereitschaft zu Friedensgesprächen erklärt hat. Johnson weigert sich noch immer, den Luftkrieg gegen Nordvietnam abzubrechen und Friedensverhandlungen zu beginnen. Er straft so nicht nur seine sogenannten Friedensoffensiven Lügen, sondern macht damit deutlich, daß er den Vietnamkrieg nur durch militärische Unterwerfung der Bevölkerung Südvietnams beenden will. Dazu:

- **setzt Johnson Kampfgase und Napalm ein. Das ist ein Kriegsverbrechen!**
- **läßt er umkämpfte südvietnamesische Städte ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung bombardieren und verbrennen. Das ist Terror gegen die Zivilbevölkerung!**
- **gestattet er den amerikanischen Militärs, den Einsatz von Atombomben in Vietnam vorzubereiten.**

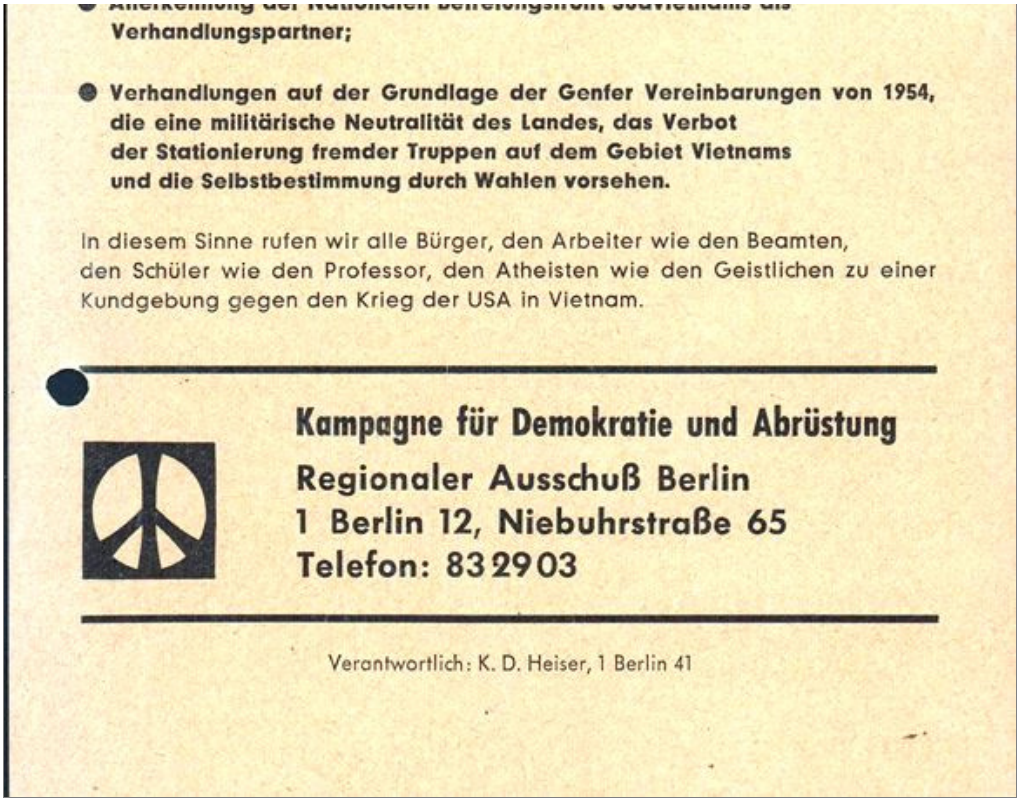
Der Einsatz atomarer Waffen in Vietnam bedroht das vietnamesische Volk mit Ausrottung. Aber auch uns in Deutschland trifft diese Bedrohung, denn Atomwaffen in Vietnam sind ein direkter Schritt zum Weltkrieg, der zweifellos Deutschland als Brennpunkt zwischen Ost und West auslöschen würde.

Wenn unsere Parlamente in dieser gefährlichen Situation jetzt nicht der Regierung der USA jede moralische Unterstützung entziehen, wenn statt dessen Washington Devisenhilfe gewährt wird, die letztlich der Fortführung des Vietnam-Krieges dient, dann muß die Bevölkerung selbst zeigen, daß sie gelernt hat, was Völkermord und Weltkrieg bedeuten, denn

- **Vietnam entscheidet darüber, ob die Menschen zum gemeinsamen Nutzen zusammenarbeiten oder sich vernichten;**
- **Vietnam entscheidet darüber, ob die Dritte Welt sich frei entwickeln wird oder ob weitere grauenhafte Kriege aus der Machtpolitik der USA erwachsen.**

Der Krieg in Vietnam tritt in seine tödliche Phase. Dem muß unser Kampf Rechnung tragen. Deshalb sind jetzt, wie es dem Auftrag unserer Verfassung entspricht, alle geeigneten demokratischen Mittel der Demonstration und Aktion gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam einzusetzen. Deshalb kann es heute nur eine Forderung an die Regierung der USA geben:

- **sofortige bedingungslose Einstellung der Bombardierung Nordvietnams;**
- **Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams als**



Verhandlungspartner;

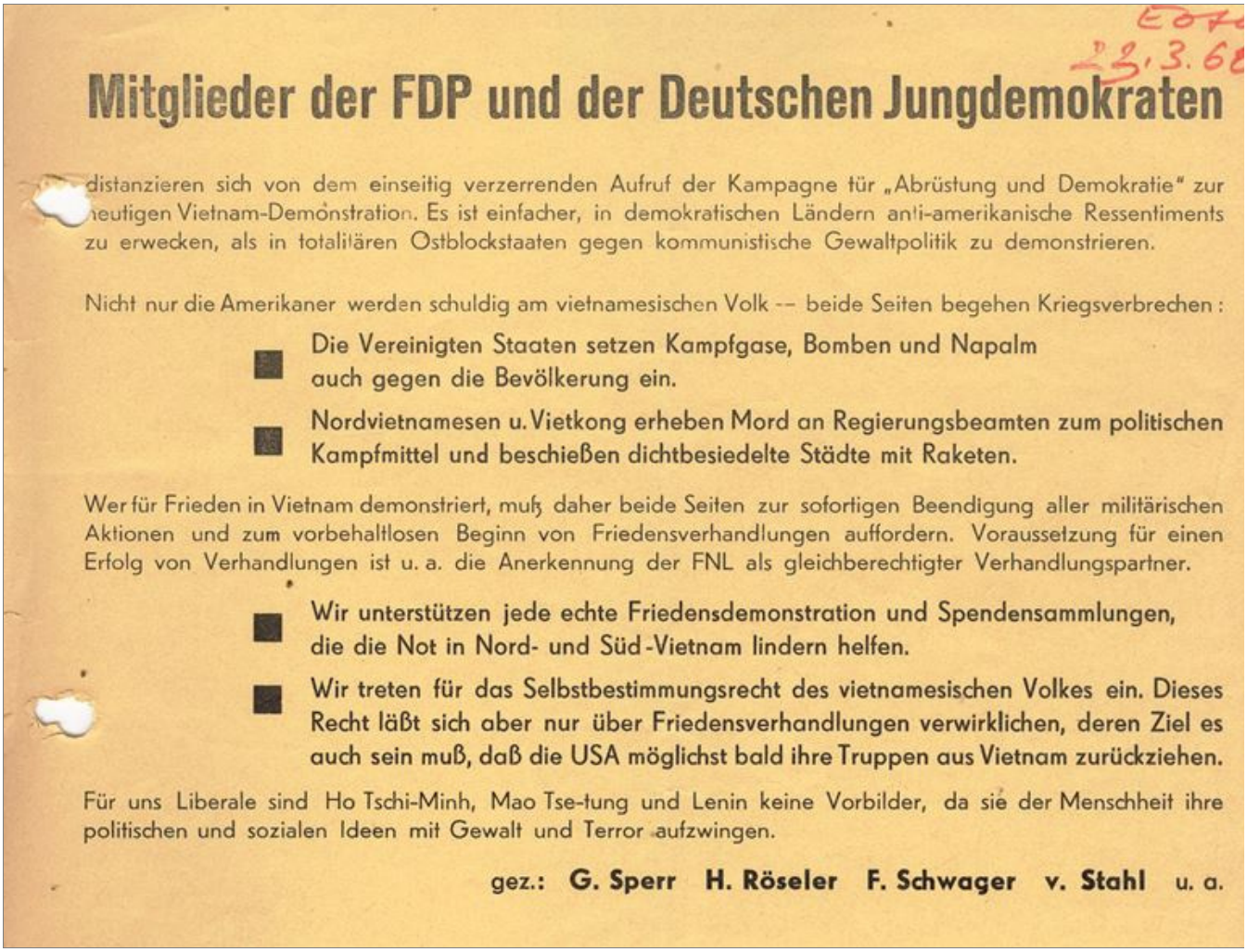
- Verhandlungen auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen von 1954, die eine militärische Neutralität des Landes, das Verbot der Stationierung fremder Truppen auf dem Gebiet Vietnams und die Selbstbestimmung durch Wahlen vorsehen.

In diesem Sinne rufen wir alle Bürger, den Arbeiter wie den Beamten, den Schüler wie den Professor, den Atheisten wie den Geistlichen zu einer Kundgebung gegen den Krieg der USA in Vietnam.

Kampagne für Demokratie und Abrüstung
Regionaler Ausschuß Berlin
1 Berlin 12, Niebuhrstraße 65
Telefon: 832903

Verantwortlich: K. D. Heiser, 1 Berlin 41

23.03.1968:
In Berlin verteilen "Mitglieder der FDP und der Deutschen Jungdemokraten" (DJD) ein Flugblatt mit einer Distanzierung vom "einseitig verzerrenden" Aufruf der KfDA zur heutigen Vietnam-Demonstration.
Q: Sperr, G. et al.: Mitglieder der FDP und der Deutschen Jungdemokraten, O. O. (Berlin) O. J. (1968)



Mitglieder der FDP und der Deutschen Jungdemokraten

distanzieren sich von dem einseitig verzerrenden Aufruf der Kampagne für „Abrüstung und Demokratie" zur heutigen Vietnam-Demonstration. Es ist einfacher, in demokratischen Ländern anti-amerikanische Ressentiments zu erwecken, als in totalitären Ostblockstaaten gegen kommunistische Gewaltpolitik zu demonstrieren.

Nicht nur die Amerikaner werden schuldig am vietnamesischen Volk -- beide Seiten begehen Kriegsverbrechen:

- Die Vereinigten Staaten setzen Kampfgase, Bomben und Napalm auch gegen die Bevölkerung ein.
- Nordvietnamesen u. Vietkong erheben Mord an Regierungsbeamten zum politischen Kampfmittel und beschießen dichtbesiedelte Städte mit Raketen.

Wer für Frieden in Vietnam demonstriert, muß daher beide Seiten zur sofortigen Beendigung aller militärischen Aktionen und zum vorbehaltlosen Beginn von Friedensverhandlungen auffordern. Voraussetzung für einen Erfolg von Verhandlungen ist u. a. die Anerkennung der FNL als gleichberechtigter Verhandlungspartner.

- Wir unterstützen jede echte Friedensdemonstration und Spendensammlungen, die die Not in Nord- und Süd-Vietnam lindern helfen.
- Wir treten für das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes ein. Dieses Recht läßt sich aber nur über Friedensverhandlungen verwirklichen, deren Ziel es auch sein muß, daß die USA möglichst bald ihre Truppen aus Vietnam zurückziehen.

Für uns Liberale sind Ho Tschi-Minh, Mao Tse-tung und Lenin keine Vorbilder, da sie der Menschheit ihre politischen und sozialen Ideen mit Gewalt und Terror aufzwingen.

gez.: **G. Sperr H. Röseler F. Schwager v. Stahl** u. a.

23.03.1968:
In Berlin gibt die Verständigungshilfe des Christlichen Friedensdienstes (CFD) zu heute ihr Flugblatt Nr. 3 heraus unter der Schlagzeile "Noch einmal Vietnam".
Q: CFD: Noch einmal Vietnam, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E5702

Christl. Friedensdienst F L U G B L A T T Nr. 3 zum 23.3.68
Verständigungshilfe

N o c h e i n m a l V i e t n a m

Den Beantwortern und Kritikern des Flugblattes Nr. 2, darunter auch Bischof Scharf, Dank und Replik :

1.) Können wir mit Vietnam-Demonstrationen "Westberlin retten"?

Friede und Unfriede unserer einen Welt sind unteilbar. Demokratisierung im Inneren bringt auch Frieden nach außen. Alle scheinbar äußeren Probleme und Katastrophen sind Ausdruck innerer Krisen und Unstimmigkeiten. In Vietnam wird offenbar, daß die bürgerlich-liberale westliche Gesellschaftsentwicklung keine Zukunft hat, wenn sie so autoritär und reaktionär fortgeführt wird.
Die Erste Welt macht sich in Vietnam nicht nur vor der Dritten Welt unglaubwürdig. Unglaubwürdige Positionen aber sind unhaltbare Positionen. Der demokratische Anspruch Westberlins steht in Vietnam ebenso in Frage wie derjenige der Ersten Welt.

2.) Dürfen wir uns ein Urteil über die Respektierung bzw. Nichtrespektierung der US-Verfassung durch Präsident Johnson gestatten ?

Zwei Jahrzehnte lang - davon auch einige Jahre unter dem Aspekt der reeducation - waren wir der eindrucksvollen revolutionären Gründungsgeschichte der USA und ihrer Verfassung pädagogisch konfrontiert. Daher muß jetzt die Frage erlaubt sein, wie die USA einen Krieg führen können, den der verfassungsmäßig dazu einzig befugte US-Senat nie ausdrücklich erklärt hat (Skandal um den Tonkin-Zwischenfall).

3.) Warum ergreifen wir Partei für den Vietcong ?

Die Südvietnamesische Befreiungsfront tritt für die politische und ökonomische Emanzipation Südvietnams ein. Ihre Vertreter sollen von den feudalen Herrschaftsklassen Südvietnams und ihren amerikanischen Verbündeten durch Vernichtung mit Waffengewalt von der Mitwirkung an der Entwicklung ihres Landes ausgeschlossen werden. Als Befürworter einer brüderlichen menschlichen Gesellschaft sind wir Gegner von organisatorischen und militärischen Ausschlußaktionen.
Inzwischen ist allen Informierten klar geworden, daß nur der Vietcong - und nicht die durch fremde Macht gestützte Feudalherrschaft - die Probleme Südvietnams lösen kann und nur durch ihn die Erringung des Friedens für das Land möglich wird. Der Friede dort kommt erst mit dem Sieg des Vietcong bzw. mit dem bedingungslosen Rückzug der Amerikaner.

Friede im Sinne von Shalom schließt politische Progressivität und soziale Gerechtigkeit notwendig ein. Shalom erfordert : "Bessert euer Leben und Denken." (Jer. 7,3)
K o n k r e t f ü r d e n F r i e d e n z u s e i n, k a n n l e t z t l i c h n u r P a r t e i n a h m e s e i n f ü r d i e a n d e r A u s ü b u n g i h r e s L e b e n s - u n d E n t w i c k l u n g s r e c h t s G e h i n d e r t e n - a l s o f ü r d e n V i e t c o n g.

4.) Dürfen wir fragen, ob wir uns die Amerikaner als Schutzmacht in Westberlin noch leisten wollen ?

Schutz ist nicht nur eine Frage materieller Kräfteverhältnisse. "Weh denen, die hinabziehen nach Ägypten um Hilfe und sich verlassen auf Rosse und hoffen auf Wagen, weil ihrer viele sind, und auf Gespanne, weil sie sehr stark sind ! ... und fragen nichts nach dem HERRN." (Jes. 31, 1)
Schützen kann eigentlich nur ein Friedensprogramm, das bei Nachbarn und Freunden Vertrauen und Hoffnung auslöst. Bloße materielle und moralische Zuschußgebiete sind auf Dauer ohnehin unhaltbar.
Unser Pro-test (Zeugnis für etwas) soll dazu beitragen, die in den USA Verantwortlichen zu einer vernünftigen Friedenspolitik zu bekehren. Nur peinliche Fragen können dazu helfen, vieltausendfache menschliche Pein zu beenden.

5.) Was sollten Senat und SPD im Ergebnis ihrer demokratischen Auseinandersetzung mit der Jugend und der Außerparlamentarischen Opposition hier in Westberlin tun ?

Statt "Ordnung" in einem autoritär-repressiven Sinne verstehen und erzwingen zu wollen, sollten SPD und Senat von Westberlin exemplarische Friedenspolitik nach innen und außen betreiben. Normalisierung des Verhältnisses zur DDR, Abbau der mit einem 500-Millionen-Jahresetat überrüsteten Polizeidivision Westberlins, Entwicklung eines fortschrittlichen Bildungs- und Gesellschaftssystems (damit wir uns von einer blossen Leistungsgesellschaft zu einer Bildungsgesellschaft wandeln können) - das wären Alternativschritte, die die Situation hier entspannen und unseren Freunden in den USA helfen könnten, ihre Friedenspolitik für Amerika und für Vietnam durchzusetzen.

23.03.1968:
In der deutschen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale tagt die Zentralredaktion. Befreundet ist man mit der Gruppe Neuer Roter Turm (NRT) Berlin. Diese will in Kooperation mit der Jugend der Gruppe Arbeiterpolitik in der Revolutionär-Sozialistischen Jugend (sprich SDAJ) mitarbeiten.
Q: VS-deutsche Sektion-ZR: Protokoll der Redaktionssitzung vom 23.3.1968, o. O. O. J.

24.03.1968:
In Nuoro auf Sardinien wird, laut 'Roter Morgen', die revolutionäre Front Sardiniens gegründet.
Q: Roter Morgen, Hamburg Apr. 1968

25.03.1968:
Der Ortsausschuß Heidelberg der KfDA veröffentlicht das Programm für den Ostermarsch am 13.4.1968, wobei um Anmeldung der Teilnehmer gebeten wird. Verbreitet wird dieses Programm auch an der Universität Heidelberg.
Q: KfDA-OA Heidelberg: Durch die…, Eppelheim 25.3.1968

Kampagne für Demokratie und Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner

ORTSAUSSCHUSS HEIDELBERG

25.3.68

Durch die neuesten Erklärungen der Koalitionsparteien wird bestätigt, daß noch in diesem Sommer die im Grundgesetz garantierten Bürgerrechte mit Hilfe der Notstandsverfassung ausgehöhlt werden sollen. Die Entschlossenheit Präsident Johnsons, den Vietnamkrieg weiterzuführen, erhöht die Gefahr einer weltweiten Katastrophe. Die Ereignisse seit dem Tod Benno Ohnesorgs haben die Brutalität verdeutlicht, deren der bestehende Machtapparat einschließlich der Springerpresse fähig ist.

Um so nötiger ist es, daß die Kräfte der außerparlamentarischen Opposition ihre Positionen klären, sich zusammenfinden und ihre Stärke demonstrieren. Die Gelegenheit dazu gibt der Ostermarsch.

Für Heidelberg konzentriert sich der Ostermarsch in diesem Jahr auf Samstag-Nachmittag und -Abend. Wir erbitten natürlich auch zahlreiche Beteiligung für die Aktionen in Ludwigshafen, Mannheim, Pforzheim, Ludwigsburg und Stuttgart, wollen aber ganz besonders die Heidelberger Bevölkerung mobilisieren, diese besondere Gelegenheit zur Information und Demonstration zu nutzen.

Das Programm für Heidelberg am Oster-Samstag, dem 13. April:

15 Uhr: Ostermarsch ab Albertuskirche über Bergheimer Straße, Bismarckplatz, Hauptstraße zum Marktplatz.

16 Uhr: Kundgebung der außerparlamentarischen Opposition auf dem Marktplatz. Es sprechen Vertreter verschiedener Gruppen.

17-19 Uhr: Es ist wieder ein Spaziergang zum Schloß vorgesehen, wobei wir allerlei neue Ideen haben. Bringen Sie hierzu Tonbandgeräte und Fotoapparate mit!

20 Uhr: Forum „Verfall des Parlamentarismus ?" im Liederkranzsaal, Bienen. Eingeladen sind die Landtagswahl-Kandidaten von SPD, FDP, DL und CDU.

Vorbereitungen zum Ostermarsch: Am kommenden Samstag, dem 30. März, wird auf dem Bismarckplatz ein Informationsstand aufgestellt (insbesondere über den Vietnamkrieg). Es sind 5000 Flugblätter zu verteilen und Geld für die Hilfsaktion Vietnam zu sammeln. Helfen Sie bitte mit und kommen Sie in der Zeit zwischen 9 und 18 Uhr.

Anmeldungen der Teilnehmer am ganzen Marsch baldmöglichst erbeten.

Unterkünfte für Ostermarschteilnehmer suchen wir für die Nacht von Ostersamstag auf -sonntag. Auch wer keine Betten frei hat, kann sich melden, da Luftmatratzen vorhanden sind. Bitte Meldung an H.Ebel.

Mit freundlichen Grüßen

Kampagne für Demokratie und Abrüstung
Ortsausschuß Heidelberg

gez. H.Ebel gez. O.Winteroll gez. J.Fink

6901 Eppelheim
Brahmsstr. 1

PS-Konto 1345 21 Krhe
(Herbert Ebel, Sonderkto.)

25.03.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute, laut AStA-Archiv erst morgen, ein Flugblatt des SDS und Collegium Politicum (CP) zur Disziplinarordnung gemäß dem neuen LHG, die der Senat am 26.3.1968 um 15 Uhr beraten will. Aufgerufen wird für dieselbe Zeit zum Teach in.
Q: SDS / CP: Kommilitonen und…, Heidelberg O. J. (1968)

26/03-68

Kommilitoninen und Kommilitonen!

Alles schläft, einsam wacht nur der hohe und edle Senat!
Aus tiefer Sorge um eine mögliche disziplinlose Zeit hat der Senat der Universität eine vorläufige Disziplinarordnung erarbeiten lassen, die er am Dienstag, den 26.III. um 15 Uhr beraten und beschließen will. Nach dem neuen Hochschulgesetz soll diese zwar erst nach Beratung mit der Studentenschaft beschlossen werden, aber da das Gesetz erst am 1.IV. in Kraft tritt, glauben diese Herren, sie könnten noch schnell ohne uns und in geheimer Sitzung eine Disziplinarordnung fabrizieren, als erste Maßnahme zur Durchrung des Hochschulgesetzes und unter gleichzeitiger Umgehung des Gesetzes. Dieser Wille wird deutlich aus dem § 17 des Entwurfes, wonach der jetzige Senat schon die Befugnisse des erst zu schaffenden neuen Senats haben soll. Die Kernpunkte der geplanten Disziplinarordnung sind:

1. Ein Disziplinarrecht nach dem § 55 des neuen Hochschulgesetzes d.h. disziplinarische Maßnahmen auch gegen politisch unliebsame Studenten,
2. Regelung der Zwangsexmatrikulation nach § 46 des Hochschulgesetzes durch denselben Disziplinarausschuß, ebenso die zwangsweise Rücknahme der Immatrikulation.

Also gerade jene Punkte, die die heftigste Kritik am Hochschulgesetz hervorriefen, sollen jetzt in großer Eile, ohne auch nur die Studentenschaft zu hören, beraten werden. Der Sinn dieser Maßnahme kann nur sein, schon jetzt für das kommende Semester ein Machtmittel zur "Befriedung" der Universität an der Hand zu haben. Hier zeigen sich die Auswirkungen des Hochschulgesetzes, das in Heidelberg verwirklicht werden soll, bevor es überhaupt in Kraft ist.
Will die Universität überraschend und grundlos von sich aus den politischen Bruch mit den Studenten vollziehen? Wie anders ist es zu erklären, daß die Disziplinarordnung zu einer Zeit beschlossen werden soll, da die Studenten überhaupt keine Stimme im Senat haben, und die Verabschiedung dieser Ordnung nicht notwendig wäre, weil der kommende Senat(19 % Studentenvertreter) hierzu verpflichtet wäre?

Informieren Sie sich genau über diese geplanten Maßnahmen, kommen Sie am Dienstag, den 26.III., um 15 Uhr zum Teach-in! (Neue Uni)

SDS-Heidelberg Collegium Politicum

25.03.1968:
Der neue AStA der Universität Heidelberg will im CA von 19 bis 23 Uhr sein Programm vorstellen.
Q: CP: Der Gockel als Held oder: Die Argumente des Herrn Kultusministers, Heidelberg O. J. (1968), S. 2

25.03.1968:
In Berlin rufen die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) mit einem Flugblatt auf zur Spaziergangsdemonstration vom Europa-Haus in der Bismarckallee 46 zur Griechischen Militärmission.
Q: JEF-LV: Appell Heute, Berlin O. J. (1968)

Foto 2

JUNGE EUROPÄISCHE FÖDERALISTEN Landesverband Berlin
EUROPÄISCH FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND Bundesvorstand
1 Berlin 33, Bismarckallee 46-48, Tel. 89 61 13

HEUTE **APPELL** HEUTE

Wir sind gegen ungerechtfertigte Herrschaft in ganz Europa - sei es in Warschau, Berlin, Prag oder Rom.

In dem autoritären Offiziersregime in Athen sehen wir gegenwärtig die größte Herausforderung.

1. Die Öffentlichkeit ist in ihrer wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber der Diktatur in Griechenland wachzurütteln!

2. Die Verantwortlichen in der BRD fordern wir auf, der weiteren Verfestigung der Offiziersjunta durch Druckmaßnahmen zu begegnen. Gerade über die EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN sind nachhaltige Wirkungen zu erzielen.
Es ist noch nicht zu spät!

3. Wir rufen Sie alle auf, sich am MONTAG, 25.3., 14.30 an der gewaltfreien SPAZIERGANGS DEMONSTRATION zu beteiligen!

Um 14.30 wollen wir vom Europa-Haus Berlin, A 19, A 17 Bismarckallee 46 in Picketing-Linie über den Kurfürstendamm zur GRIECHISCHEN MILITÄRMISSION marschieren!

Dort werden wir um 17.00 Uhr einen Protestbrief gegen Einsperrung und Folterung der politischen Gefangenen übergeben.

HEUTE

Griechenland-Aktionskomitees
der JEF und des EFS
gez. Ernst Piehl
EFS-Bundesvorsitzender

EFS JEF EFS JEF EFS JEF EFS JEF EFS JEF EFS JEF EFS JEF EFS

JUNGE EUROPÄISCHE FÖDERALISTEN

EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND

MILITÄRDIKTATUR IN GRIECHENLAND

Anläßlich des 11. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge appellieren wir an das demokratische Gewissen der deutschen Öffentlichkeit, sich nicht mit dem griechischen Militärregime abzufinden.

Griechenland hat sich durch die Unterzeichnung der Satzung des Europarates, der europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und dem Assoziationsabkommen mit der EWG Verpflichtungen unterzogen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren vollen Einfluß in den europäischen Gremien und in Athen geltend zu machen, um die griechische Regierung durch moralischen, wirtschaftlichen und politischen Druck zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu zwingen. Eine Zusammenarbeit mit Griechenland ist nur solange vertretbar, wie sie der Schaffung freiheitlich-demokratischer Zustände in Griechenland dient. Eine Kollaboration mit dem griechischen Militärregime gegen das griechische Volk lehnen wir ab, weil sie unseren demokratischen Idealen und den Interessen Europas widerspricht.

Wir verlangen die Einstellung der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung Griechenlands, falls die demokratischen Grundrechte nicht wiederhergestellt werden!

WAS MUSS

EUROPA TUN?

JEF EFS JEF EFS JEF EFS JEF EFS JEF EFS JEF EFS JEF EFS

1 Berlin 33, Bismarckallee 46-48, Europa-Haus Berlin, 89 61 13

25.03.1968:
In Berlin erscheint in dieser Woche ein Flugblatt des Aktionskreis Schülerselbsthilfe (ASH) als Information Nr. 3 zu den Vorfällen bei der Abiturfeier der Beethovenschule.
Q: ASH: Information Nr. 3, Berlin März 1968

ASH

AKTIONSKREIS SCHÜLERSELBSTHILFE
März 1968

I)Schüler und Lehrer, unzufrieden mit der gegenwärtigen Hierarchie an den Oberschulen und unzufrieden mit den Unterrichtsformen und -zielen, haben sich im letzten Sommer zu einem Arbeitskreis zusammengefunden.
Wir beschäftigen uns bis jetzt in einzelnen Gruppen mit Disziplinarfragen, Unterrichtsformen und Unterrichtsinhalten (wie z.B. sexualpädagogischen Fragen und Fragen des Deutschunterrichts, zu denen jeweils Fragebogen herausgegeben wurden und deren Ergebnisse wir veröffentlichen werden!) .
mit dem Ziel uns: erstens über Mißstände klarzuwerden und Änderungs- und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten; zweitens konkrete Wege zur Verwirklichung dieser Vorschläge zu finden und drittens diese Punkt für Punkt durchzusetzen!
Autoritäres Verhalten, auf welcher Seite auch immer, werden wir bekämpfen.

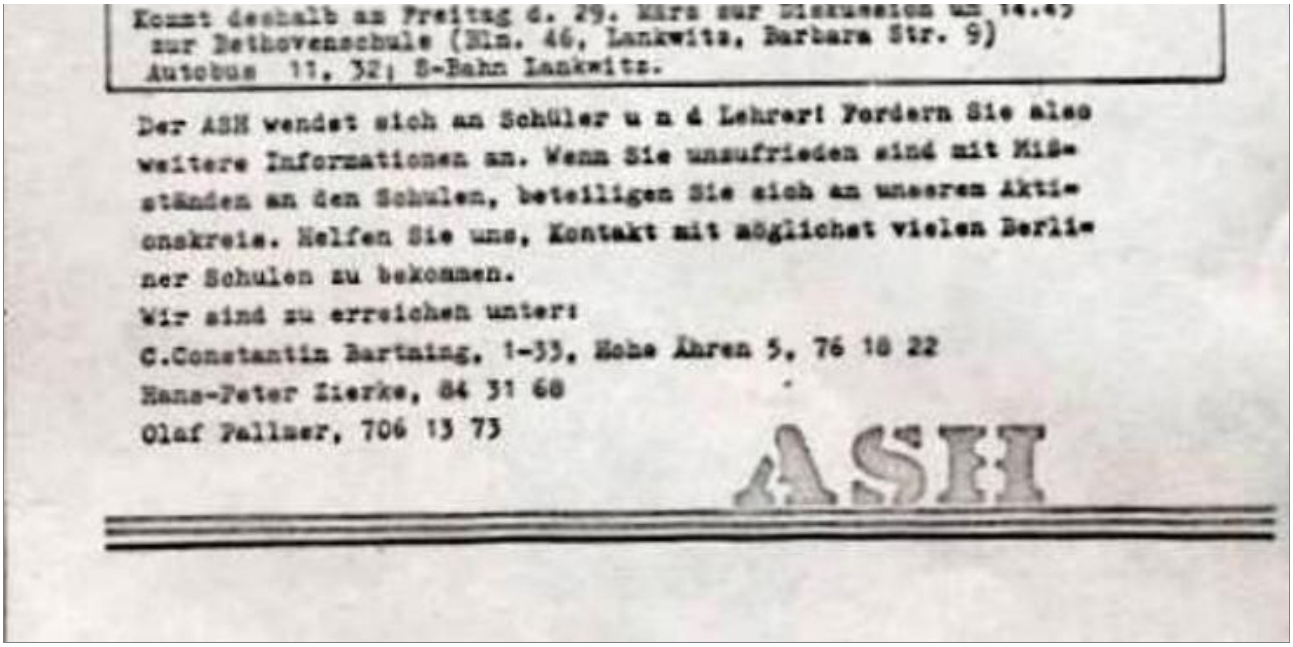
INFORMATION Nr. 3

Am Sonnabend, dem 23.März 1968, wurde dem Redner, der stellvertretend für die beiden Schulsprecher der Beethoven - Schule auf der Abiturientenabschlußfeier sprach, vom Direktor Redeverbot erteilt, als er auf verschiedene aktuelle politische Probleme einging. Der Schüler begründet seine Rede folgendermaßen: "Als Studenten werden die Abiturienten mit vielen verschiedenen Meinungen und Gruppierungen konfrontiert werden. Sie haben sich also in weit größerem Rahmen mit dem politischen Geschehen auseinanderzusetzen, um nicht in gefährliche politische Strömungen zu geraten."
Bei seiner Rede wurde der Sprecher zweimal von Direktor Zabrocki unterbrochen und schließlich aufgefordert, diesem Themenkreis nicht weiter auszuführen: Er solle auf die Verabschiedung der Abiturienten im engsten Sinne eingehen. Gleich darauf wurde er ein drittes Mal unterbrochen und erhielt Redeverbot. Als Begründung gab der Direktor an, die Rede passe nicht zu der Feier. Als ihm der Schulsprecher eine demokratische Abstimmung über die Fortsetzung der Rede vorschlug, äußerte Direktor Zabrocki, es genüge, daß er die Rede nicht hören wolle. Anschließend jedoch durfte sich ein Lehrer in einer ca. 20minütigen Rede in entgegengesetzter Richtung mit allgemeinen gesellschaftspolitischen Problemen auseinandersetzen. Spätere Rechtfertigung: Er sei mit dem pädagogischen Referat beauftragt gewesen.

FOLGEN DES VORFALLS : Die Eltern dreier Schüler wurden zu "Erziehungsgesprächen" in die Schule bestellt. Einem Schüler wurde zunächst das Verlassen der Schule nahegelegt, weil dieser "kein Vertrauen in die Schulleitung" bewiesen habe. (Er hatte die Ansprache des Direktors in Notizen festgehalten.)

UNSERE MEINUNG: Dieses Verhalten Direktor Zabrockis widerspricht sämtlichen demokratischen und pädagogischen Grundsätzen, denn - laut §1 des Berliner Schulgesetzes - "Aufgabe der Schule ist, ... die Heranbildung von Persönlichkeiten, welche fähig sind, die vollständige Umgestaltung der deutschen Lebensweise auf demokratischer und friedlicher Grundlage zustandezubringen ... Ihre Wirksamkeit muß bestimmt werden von der Anerkennung einer grundsätzlichen Gleichberechtigung aller Menschen, von der Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und von der Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen der gesellschaftlichen Verhältnisse ..." Diese Grundsätze kann man nur bejahen lernen, wenn sie von den Erziehern, auch vom Direktor, vorgelebt werden. Man kann nicht von Demokratie und Toleranz reden und gleichzeitig die Methoden der Meinungsunterdrückung benutzen, denn für die Diskussion am Freitag hat Direktor Zabrocki die Anwesenheit von schulfremden Personen untersagt und die Zeit der Diskussion - 14.45 Uhr -(also also 85 Minuten nach Schulschluß) so gelegt, daß die Teilnahme erheblich erschwert wird. Den beiden "Delinquenten" wurde außerdem Redeverbot erteilt.

WIR BITTEN ALLE SCHÜLER , sich mit den betroffenen beiden Schülern solidarisch zu erklären und zu verhindern, daß diese weiteren Repressionen durch die Schulleitung ausgesetzt werden.



Kommt deshalb am Freitag d. 29. März zur Diskussion um 14.45
zur Bethovenschule (Bln. 46, Lankwitz, Barbara Str. 9)
Autobus 11, 32; S-Bahn Lankwitz.

Der ASH wendet sich an Schüler u n d Lehrer! Fordern Sie also weitere Informationen an. Wenn Sie unzufrieden sind mit Mißständen an den Schulen, beteiligen Sie sich an unserem Aktionskreis. Helfen Sie uns, Kontakt mit möglichst vielen Berliner Schulen zu bekommen.

Wir sind zu erreichen unter:

C.Constantin Bartning, 1-33, Hohe Ähren 5, 76 18 22

Hans-Peter Zierke, 84 31 68

Olaf Pellner, 706 13 73

ASH

25.03.1968:
In Berlin rief die Studentenvertretung der TU mit einem Flugblatt "Öffentliches Hearing vor dem Abgeordnetenhaus zum Hochschulgesetz" auf zum Rathaus Schöneberg um 11 Uhr (vgl. 1.4.1968).
Q: SV TU: Öffentliches Hearing vor dem Abgeordnetenhaus zum Hochschulgesetz, Berlin O. J. (1968)

Öffentliches

HEARING

vor dem Abgeordnetenhaus zum

HOCHSCHULGESETZ

Entwürfe der FDP, SPD und CDU-Fraktion

Teilnehmer: Der Rektor
Sprecher der Dozenten
Akademischen Räte
Assistenten
Studentenvertretung

Wird die Hochschule diszipliniert?

-------- CDU: Heute sit-in - morgen exmatrikuliert

Freiheit des Studiums?

-------- CDU: "Die Studenten sollen ihr Studium nach den Plänen und Prüfungsordnungen ihrer Studienrichtung durchführen."
"Studien- und Prüfungsordnungen sollen Fristen vorsehen, in denen die Studenten einzelne Studienabschnitte beendet haben müssen.

Entmachtung der Ordinarien?

-------- SPD: Kollegiale Abteilungsleitung dafür, mächtige kaum kontrollierbare Universitätsspitze und starke Einflußmöglichkeiten des Staates.

Freiheit der Studentenvertretung?

-------- SPD: Der Präsident kann den AStA absetzen und einen neuen bestimmen, ohne daß eine Kontrollmöglichkeit durch akademische Gremien besteht. § 7,6.

Es besteht die Chance für ein modernes Hochschulgesetz. CDU und SPD sind dabei sie zu verspielen.

Kommen Sie am Montag zum Hearing. Dokumentieren Sie, daß man in Berlin kein Hochschulgesetz ohne die Studenten machen kann.

Die Studentenschaft kann mit einem massiven Widerstand verhindern, daß ein Gesetz geschaffen wird, das für sie unertragbar ist.

MONTAG, DEN 25. MÄRZ 1968 - 1[illegible].oo UHR

RATHAUS SCHÖNEBERG SAAL 1102

TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN — STUDENTENVERTRETUNG

gez. Reiner Wethekam
1. Vors.

gez. Eberhard Udem
2. Vors.

27.03.1968:
Laut der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW (vgl. Okt. 1972) wird vom Kultusministerium (KuMi) NRW ein Schülerzeitungserlaß erlassen.
Q: Landeselternschaft der Gymnasien in NRW: Mitteilungsblatt Nr. 77, Rheydt Okt.

1972, S. 10f

28.03.1968:
Im Landtag von Baden-Württemberg wird das Hochschulgesetz bzw. Landeshochschulgesetz (LHG) verabschiedet, welches u.a. ein Disziplinarrecht und die Einbindung aller Gruppen in Mitbestimmungsgremien beinhaltet.
Q: Rote Notizen Nr. 5, Tübingen 8.5.1969, S. 2f

Am 21.März 1968, vier Wochen vor der Landtagswahl, war von dem Landtag das Hochschulgesetz verabschiedet worden. Seine wesentlichen Grundzüge sind

- die Umstrukturierung der Universitätsverwaltung zu einem übersichtlichen, unter technokratischen Interessen leicht zu handhabenden Gebilde,
- die staatliche Ermächtigung, an jeder Stelle des Wissenschaftsbetriebes eingreifen und steuern zu können (Aufhebung der feudalistischen Autonomie der Ordinarien),
- die Schaffung eines Disziplinarrechts zur Zerschlagung aller studentischen Organisationen, die dem Technokraten-Konzept sich einzufügen nicht willens sind,
- Integration aller universitären Gruppen in ein weitmaschiges Netz von akademischen Mitbestimmungsgremien, deren Kompetenzlosigkeit garantieren soll, daß die bei der geplanten Techonkratisierung der Universität auftretenden Konflikte in diesen Gremien lautstark aber für die Praxis folgenlos artikuliert und so verschleiert werden.

Zahlreiche Proteste der Studenten- und Assistentenschaft des Landes seit 1967, eigene Gesetzesvorlagen und umfassende Kataloge von Änderungsanträgen, Gespräche mit Staatsbürokraten und Abgeordneten, und schließlich, als der Landtag und sein Hochschulausschuß sich vor und nach der 2.Lesung nicht willens zeigten, auf unsere konkreten Forderungen auch nur einzugehen, Demonstrationen vor dem Landtagsgebäude in Stuttgart, Streik an allen Universitäten des Landes, zeitigten als Ergebnisse eine ausgesprochene Verschärfung des Disziplinarteils des Gesetzes und für diesen Sommer erwartete Studentenprozesse wegen Parlamentsnötigung.

Hatten die Technokraten auch keine Schwierigkeiten gehabt, dieses Gesetz bei den unfähigen Abgeordneten durchzubringen, so bedurfte es doch eines kühl kalkulierten Manövers, die in ihrem Standesdünkel - man hatte vergessen, sie zu konsultieren und zu informieren - verletzten reaktionären Ordinarien zu besänftigen und sie, wie auch alle anderen Gruppen an der Universität, wenigstens zu einer nachtrgälichen Akklamation des Hochschulgesetzes zu veranlassen. So wurden die Grundordnungsversammlungen geboren, "autonome" Versammlungen der baden-württembergischen Hochschulen, denen die verantwortungsvolle Aufgabe anvertraut wurde, diesen Gesetzentwur konkretisieren und auf die jeweiligen schulen zu übertragen.

Mit boshafter Geschicklichkeit setzte Interessengruppe Wissenschaft/Wirtsch und deren Repräsentant Hahn den Stolz die Selbstherrlichkeit der Lehrstuhlh ein. Die bisher ungefährdeten Fürsten Universität sahen nach der Verabschie des Hochschulgesetzes ihre Position b und versuchten deshalb, die GOV zu be das "Beste" in ihrem Sinn daraus zu m So sollten sie mit den linken Student Streit geraten ; diese hatten mit nur der Stimmen sowieso nie die Chance, i Vorstellungen zu verwirklichen, sofer in dem engen Rahmen des Hochschulgese möglich gewesen wäre. Der Streit wäre ergebnislos verlaufen, beide Gruppen ihre "Reformunfähigkeit" erwiesen, un lachende Dritte hätten die liberaltec kratischen Ordinarien vom Schlage Rai und die Mittelbauern vom Typ Schwartl der die GO nach ihren Wünschen handli gestalten können.

Die Rechnung ging nicht auf, da sich Studenten auf dieses Spiel - die Reak an unverwundbaren Stellen schlagen (H tierten-Mehrheit in der GOV 60 %) - n einliessen, sondern die Wahlen zur GO boykottierten : nur 7 % wählten den H der als unmittelbarer Vertreter techn tischer Interessen hier die Chance sa diese Interessen durchzumauscheln. Er tert darüber, daß die Studenten die f tionslose Funktionalität der GOV durch schaut hatten und diese bei ihrer erst Sitzung auseinanderjagten, wurde Ankl gestellt nicht nur wegen schweren Haus densbruchs (150 Polizisten hatten den den wiederhergestellt), sondern auch wegen Landfriedensbruchs, Beamtennötig und Aufruhr - ein ganz schönes Sümmch für die betroffenen Rädelsführer.

Die Reaktionäre - HTS und Ordinarien - ten mit ihrer Majorität gegenüber den veren Technokraten zunächst obsiegen ständestaatliche Beschlüsse fassen, di schneidende Anderungen in der Situatio Studenten bedeuteten. Die Einführung Immatrikulationsbeschränkungen und Dis plinarmaßnahmen, die Machtkonzentratio der Universitätsspitze geben das Start chen zu einer Kampagne gegen die polit sierten Studenten.

Gingen hier noch Reaktion und Liberali Hand in Hand, so mußten die Technokrat

doch konstatieren, daß die eigentliche Funktion der GOV - die nachträgliche Akklamation des Hochschulgesetzes durch alle Gruppen - mißlungen war ; denn Assistenten und Akademische Räte zogen, ob des ständischen Prpporzdenkens der Konservativen verbittert, aus der GOV aus. Die Lehrstuhlherren hatten ihnen in den niederen akademischen Gremien (daß sie kompetenzlos sind, ist den formalistischen Assistenten bis heute entgangen) nicht genügend Stimmanteile gegeben. Außerdem war die bis zum 30.4. nach einer vierwöchigen Fristverlängerung erst in 2.Lesung verabschiedete Grundordnung für die Technokraten zu umfangreich, ausgetüftelt und damit "unpraktikabel" (Raiser) geworden.

So zogen die Agenten der Herren von Wirtschaft, Wissenschaft & Co. die schon vorsorglich in das Hochschulgesetz eingebaute Notbremse. Raiser, dessen Auflösungsantrag die GOV nicht angenommen hatte, lief zu seinen Bossen in das Stuttgarter Kultusministerium, wurde dort ob seiner untadeligen Haltung belobigt, un erreichte, daß der Abgabetermin nicht bis zu einer 3.Lesung verlängert wurde, sondern daß - in holder Zusammenarbeit mit ihm allein - das Kultusministerium Tübingen eine ganz neue GO aufoktroyieren wird.

In ihrer Realitätsblindheit haben die hervorragendsten Reaktionäre à la Gernhuber und Pohmer sich das eigene Grab geschaufelt, und mit ihnen der HTS. Auf der anderen Seite ist es aber notwendiger als je zuvor geworden, den Eierköpfen des Kultusministeriums, solange sie die neue GO noch nicht ausgeplant haben, solange sie noch die Manipulierbarkeit der Studenten kalkulieren, endgültig klarzumachen, daß der Boykott der GOV-Wahl im vorigen Sommer eine politische Entscheidung war. Den Planern des Bildungsnotstandes, der NS-Gesetze und den Befürwortern der Relegationen, die meinen, auf diese Weise ihre Hochschulreform durchbringen zu können, müssen wir das Handwerk legen.

Solange wir die neue GO noch nicht haben, können wir durch eine Urabstimmung das formal-legalistische Geschwätz des HTS, der Ordinarien und der Kultusburokratie beiseitefegen und auf diesem Weg in aller Deutlichkeit darlegen, wo die Reorganisation des Wissenschaftsbetriebes einzusetzen hat.

Folgende Forderungen, die die Basisg
pen noch detailliert auszuarbeiten h
ben, müssen dem Kultusministerium al
Bedingung für eine neue GO auf dem W
der Urabstimmung vorgelegt werden :

1. (Novellierung des Hochschulges

Finanzautonomie der Universität,
Offenlegung aller Haushalte ; Beseit
des Dirigismus von Wirtschaft und Bü
kratie ; Verteilung der vorhandenen
tel und Stellen aufgrund von Bedarfs
trägen aller am Wissenschaftsprozeß
teiligten ;
Öffentlichkeit aller akademischen Gr
mien.

2. Studienreform (im Hochschulges
nicht erwähnt) :

Aufhebung der kultusministeriell
Prüfungshoheit ; Festlegung der Prü
kriterien durch die Organe der einz
nen Fächer (das schließt eine über
gionale Koordination nicht aus) ;
wertung der in Lehrveranstaltungen
Teilnehmer durch das Plenum ; Aufhe
der staatlich normierten bzw. im Ho
schulgesamtplan vorgesehenen verbi
lichen Studiengänge zugunsten eines
allen Mitgliedern des jeweiligen Fa
ständig neu festzulegenden und zu ü
prüfenden Themenkataloges.

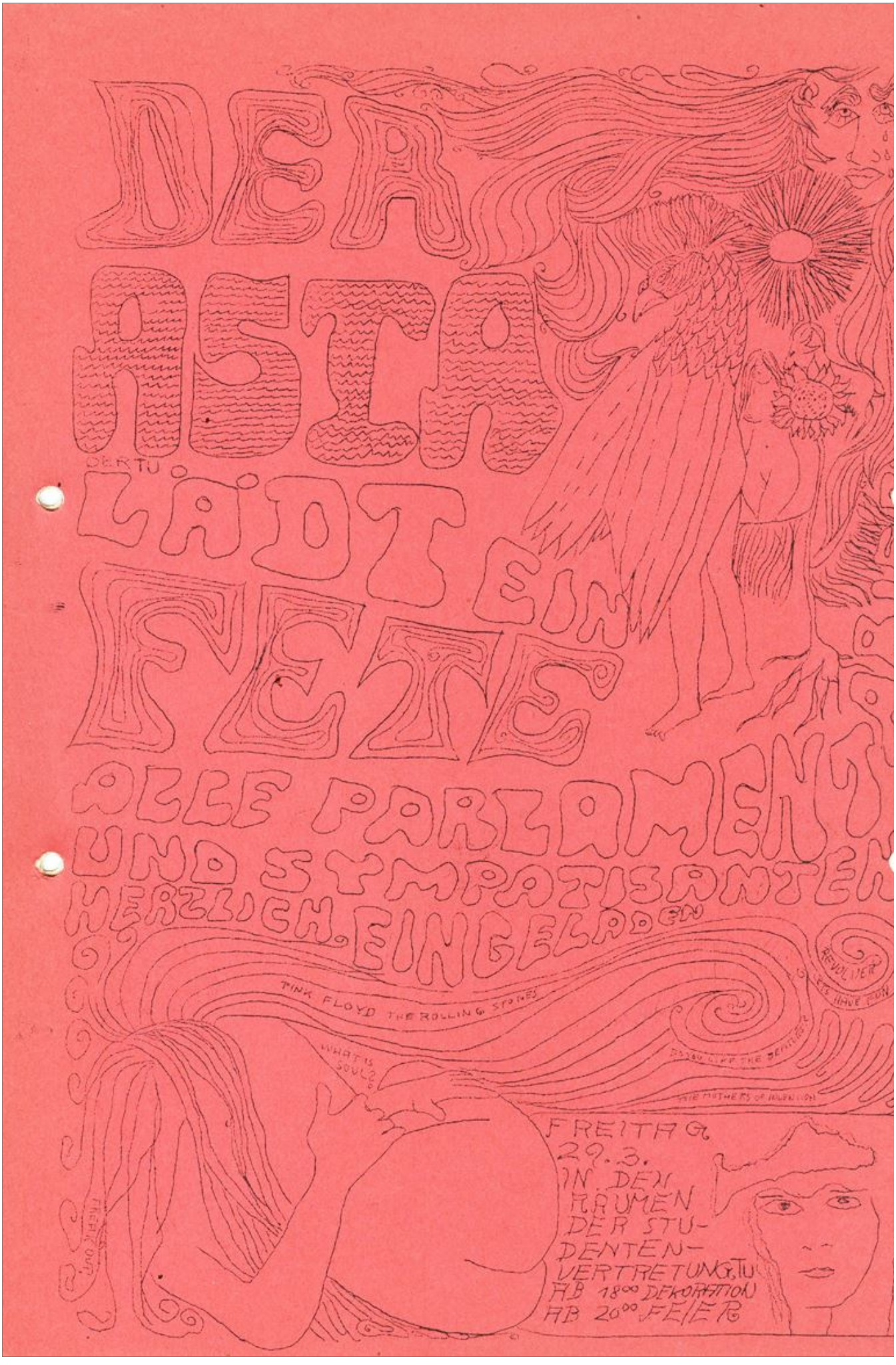
3. Die Forderungen in 1. und 2.
ten eine eindeutige Absage an <u>jede</u>
men des Hochschulgesetzes erlassene

Wie die geforderte Reorganisation d
Universität in der Praxis aussieht,
deutlichen die exemplarischen Arbei
richte zweier Basisgruppen : des Fa
musseminars und der Germansiten. Du
diese Basisarbeit schaffen wir erst
Voraussetzungen, die technokratische
schulreform zu unterlaufen, die lib
Schwafler als deren Helfershelfer z
larven und eine gesamtgesellschaftl
Emanzipation voranzutreiben.

Der SDS wird ab morge
notwendigen 1200 Unters
ten für die Urabstimmung
meln. Stände: Neue Aula,
Neue Mensa, Clubhaus.

29.03.1968:
Heute beginnt eine außerordentliche Delegiertenkonferenz (DK) des SDS in Frankfurt, die bis zum 31.3.1968 dauert. Die anwesenden Mitglieder der deutschen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale sind, nach eigenen Angaben, nicht aufgetreten, wohl aber die Lambertisten von der 'Internationalen Arbeiter Korrespondenz' (IAK). Relevanter allerdings war die KPD-Strömung aus Köln und Bonn (Hannes Heer), die unterstützt wurde von den Gruppen Marburg, München und anscheinend auch Essen.
Laut 'Diskus' Frankfurt wurde Rudi Dutschke Denunziation vorgeworfen, da er den SDS Bonn und Köln als durch die DDR finanziert bezeichnet hatte.
Q: =Diskus Nr. 3, Frankfurt Apr. 1968, S. 5; VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief Nr. 3, o.O. März 1968

29.03.1968:
In Berlin lud die Studentenvertretung der TU alle Mitglieder des Studentenparlaments und deren Sympathisanten ein zur Fete.
Q: SV TU: Der AStA lädt ein…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)


DER
ASTA
DER TU
LÄDT EIN
ZUM
FEST
ALLE PARLAMENTA
UND SYMPATISANTEN
HERZLICH EINGELADEN
PINK FLOYD THE ROLLING STONES
WHAT IS SOUL?
REVOLVER
LET IT BE
THE MOTHERS OF INVENTION
FREITAG
29.3.
IN DEN
RÄUMEN
DER STU-
DENTEN-
VERTRETUNG TU
AB 18⁰⁰ DEKORATION
AB 20⁰⁰ FEIER

29.03.1968:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 12 (vgl. 9.2.1968, 25.4.1968) heraus mit dem Leitartikel "Der Senat schwieg. Griechisches Militär-Regime sucht Adressen".

Weitere Artikel sind:
- "Unverantwortlich" zur Verweigerung der Adressen griechischer Studenten;
- "Foltermethoden" zu Griechenland;
- "VDS-Vorsitzender tritt nicht zurück";
- "VDS-Tagung: Diskussionen die kommen sollen";
- "Mehr Geld für den AStA";
- "Mißverständns" zum Reisereferat;
- "Demokratisierung";
- "Bremen und kein Ende. Patenschaft für Bremer Universität fraglich";
- "Solidarität, das war alles" zum Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen, in dem sich allein der USSB aktiv engagierte;
- "Afro-Asiaten-Heim";
- "Politisches Mandat. Mißverständnis - Selbstverständnis - Mißbrauch";
- "Mitbestimmung ohne Chancen. Was wird aus der Paritätischen Kommission der Philosophischen Fakultät?";
- "Höhere Mensapreise?";
- "SHB am Scheideweg";
- "Studentendemonstrationen in Polen. Erklärung des AStA";
- "Schizophrenie oder Gehorsam. Der Nürnberger Parteitag der SPD";
- "Sonst gibts die Jacke voll" zu den Reaktionen der Bevölkerung auf die Einstellung der Berlin-Reisen für Studenten durch den AStA;
- "Zum Ausländergesetz";
- "Es hätte bestimmt geklappt…" zur NPD-Demonstration am 14.3.1968;
- "Gloss-In" sowie;
- "Theater".
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 12, Göttingen 29.3.1968

30.03.1968:
In Berlin wurde für 12 Uhr auf dem Theodor-Heuß-Platz zu einem Zeugnisverbrennungshappening aufgerufen.
Q: Anonymer Aufruf, O. O. O. J.

Letzte Änderung: 13.10.2021